

# Sächsisches Amtsblatt

Nr. 51/2023

21. Dezember 2023

## Inhaltsverzeichnis

### Sächsisches Staatsministerium des Innern

Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums des Innern zur Änderung der Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die Gewährung von Zuwendungen für die Mitwirkung im Katastrophenschutz vom 6. Dezember 2023.....1583

### Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr zur Förderung von Lokalen Innovationsräumen für Digitalisierung im Freistaat Sachsen (FRL LIfD) vom 30. November 2023 .....1584

Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr zur Änderung der Mittelstandsrichtlinie vom 5. Dezember 2023 .....1592

### Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt

Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt zur Vor- und Nachbereitung, Durchführung und Dokumentation von Untersuchungen durch den Kinder- und Jugendärztlichen Dienst sowie den Kinder- und Jugendzahnärztlichen Dienst der Gesundheitsämter im Freistaat Sachsen (VwV Untersuchungen Kinder- und Jugendärztlicher Dienst sowie Kinder- und Jugendzahnärztlicher Dienst) vom 7. Dezember 2023 .....1593

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt über den Widerruf der Anerkennung der Schwangerschaftskonfliktberatungsstelle des DRK Landesverbandes Sachsen e.V. in Dresden vom 5. Dezember 2023 .....1594

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt zur Satzung über die Beiträge der Sächsischen Tierseuchenkasse (Beitragssatzung) vom 4. Dezember 2023 .....1595

Beitragssatzung der Sächsischen Tierseuchenkasse vom 19.10.2023 .....1595

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt zur Neunten Änderung der Satzung der näheren Beschlüsse des Verwaltungsrates zur Beihilfesatzung der Sächsischen Tierseuchenkasse für den Agrarsektor vom 4. Dezember 2023.....1599

Neunte Änderung der Satzung der näheren Beschlüsse des Verwaltungsrates zur Beihilfesatzung der Sächsischen Tierseuchenkasse für den Agrarsektor vom 19.10.2023 .....1600

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt zur Ersten Änderung der Allgemeinen Beihilfesatzung der Sächsischen Tierseuchenkasse vom 4. Dezember 2023 .....1602

Erste Änderung der Allgemeinen Beihilfesatzung der Sächsischen Tierseuchenkasse vom 19.10.2023 .....1602

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt – Landesjugendamt – über die Termine des Landesjugendhilfeausschusses 2024 vom 7. Dezember 2023 .....1603

### Sächsisches Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft Allgemeinverfügung zum Vollzug des Vorkaufsrechts nach § 99a des Wasserhaushaltsgesetzes für das Jahr 2024 vom 7. Dezember 2023 .....1604

## Sächsisches Staatsministerium für Regionalentwicklung

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Regionalentwicklung zur Auslobung des Landeswettbewerbs „Stadtquartier mit Zukunft“ vom 30. November 2023 .....1623

## Landesdirektion Sachsen

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen über Anträge auf Erteilung von Leitungs- und Anlagenrechtsbescheinigungen Gemarkung Syrau vom 16. November 2023 .....1629

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen über Anträge auf Erteilung von Leitungs- und Anlagenrechtsbescheinigungen Gemarkungen Scheibenberg und Crottendorf vom 16. November 2023 .....1630

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen über den Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes Antrag auf wesentliche Änderung der Biogaserzeugungsanlage Zwickau-Niederplanitz der Firma Bioenergieerzeugung Zwickau eG am Standort 08064 Zwickau, Zur Kohlenstraße 29 – Auslegung des Antrages und der Unterlagen – Gz.: 44-8431/2782 vom 4. Dezember 2023 .....1631

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen über die Auslegung der räumlichen Erweiterungen des Verordnungsentwurfes im Festsetzungsverfahren des Hochwasserentstehungsgebietes „Oberlausitzer Bergland/Hohwald“ Gz.: DD42-8612/1859/14 vom 4. Dezember 2023 .....1633

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen nach § 5 Absatz 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung über das Ergebnis der Vorprüfung zur Feststellung der UVP-Pflicht für das Vorhaben „Talsperre Forchheim, Neubau einer zusätzlichen Hochwasserentlastungsanlage zur Herstellung der Hochwassersicherheit nach DIN 19700/11“ Gz.: 42-8301/108/5 vom 30. November 2023 .....1634

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen zur Entstehung der Stiftung „Stiftung Zukunft Gewandhaus zu Leipzig“ Gz.: 20-2245/762/1 vom 13. Dezember 2023 .....1636

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen zur Auflösung der „Familienstiftung Menze“ Gz.: 20-2245/102/1 vom 4. Dezember 2023 .....1637

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen zur Entstehung der Stiftung „Stiftung Gemeinsinn Limbach-Oberfrohna“ Gz.: 20-2245/735/1 vom 5. Dezember 2023 .....1638

## Andere Behörden und Körperschaften

Bekanntmachung des Landratsamtes Bautzen über die Genehmigung der Satzung zur Änderung der Verbandssatzung des Abwasserzweckverbandes „Kamenz-Nord“ vom 13. Oktober 2023 .....1639

Satzung zur Änderung der Verbandssatzung des Abwasserzweckverbandes „Kamenz-Nord“ .....1640

Bekanntmachung des Landratsamtes Meißen über die Genehmigung der Neufassung der Verbandssatzung des Zweckverbandes Abwasserbeseitigung „Oberes Elbtal Riesa“ vom 23. November 2023 .....1641

Verbandssatzung des Zweckverbandes Abwasserbeseitigung Oberes Elbtal Riesa – Neufassung – vom 29. September 2023 .....1641

Bekanntmachung des Landratsamtes Sächsische Schweiz-Osterzgebirge über die Genehmigung der Neufassung der Gemeinschaftsvereinbarung der Verwaltungsgemeinschaft zwischen der Stadt Dohna (erfüllende Gemeinde) und der Gemeinde Müglitztal (beteiligte Gemeinde) vom 1. Dezember 2023 .....1646

Neufassung der Gemeinschaftsvereinbarung zur Verwaltungsgemeinschaft Dohna-Müglitztal .....1646

# **Sächsisches Staatsministerium des Innern**

## **Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums des Innern zur Änderung der Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die Gewährung von Zuwendungen für die Mitwirkung im Katastrophenschutz**

**Vom 6. Dezember 2023**

### **I.**

Die Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die Gewährung von Zuwendungen für die Mitwirkung im Katastrophenschutz vom 11. Juli 2011 (SächsABl. S. 1051), die zuletzt durch die Richtlinie vom 4. Juli 2023 (SächsABl. S. 963) geändert worden ist, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 29. November 2021 (SächsABl. Sdr. S. S 167), wird wie folgt geändert:

**1. Ziffer I Nummer 1 wird wie folgt gefasst:**

„Der Freistaat Sachsen gewährt nach § 8 Absatz 1 Nummer 11 und § 70 Absatz 3 des Sächsischen Gesetzes über den Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz vom 24. Juni 2004 (SächsGVBl. S. 245, 647), das zuletzt durch das Gesetz vom 25. Juni 2019 (SächsGVBl. S. 521) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, in Verbindung mit § 11 der Sächsischen Katastrophenschutzverordnung vom 19. Dezember 2005 (SächsGVBl. S. 324), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 19. April 2013 (SächsGVBl. S. 239) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, nach Maßgabe der §§ 23 und 44 der Sächsischen Haushaltsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. April 2001 (SächsGVBl. S. 153), die zuletzt durch

Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Mai 2021 (SächsGVBl. S. 578) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, der Verwaltungsvorschriften des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zur Sächsischen Haushaltsordnung vom 27. Juni 2005 (SächsABl. Sdr. S. S 226), die zuletzt durch die Verwaltungsvorschrift vom 23. November 2022 (SächsABl. S. 1423) geändert worden sind, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 6. Dezember 2021 (SächsABl. Sdr. S. S 178) und dieser Richtlinie Zuwendungen für die Mitwirkung im Katastrophenschutz.“

**2. Ziffer V Nummer 4 Satz 2 wird wie folgt gefasst:**

„Die Höhe der Zuwendung, die als Zuschuss bewilligt wird, beträgt 75 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben, höchstens jedoch 20 000 Euro; für tragereigene Kraftfahrzeuge im Sinne der Sächsischen Katastrophenschutzverordnung für Mannschaftstransportkraftwagen höchstens 50 000 Euro und für Mehrzweckfahrzeuge/Einsatzleitwagen 1 höchstens 100 000 Euro.“

### **II.**

Diese Richtlinie tritt zum 1. Januar 2024 in Kraft.

Dresden, den 6. Dezember 2023

Der Staatsminister des Innern  
Armin Schuster

# **Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr**

## **Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr zur Förderung von Lokalen Innovationsräumen für Digitalisierung im Freistaat Sachsen (FRL LIfD)**

**Vom 30. November 2023**

### **I.**

#### **Zuwendungszweck, Rechtsgrundlage**

1. Der Freistaat Sachsen gewährt auf Grundlage von § 2 Absatz 3 Buchstabe a bis e des Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens „Fonds für digitale Teilhabe und schnelles Internet“ vom 14. Dezember 2018 (SächsGVBl. S. 782, 783), das zuletzt durch das Gesetz vom 5. Juli 2023 (SächsGVBl. S. 558) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, Zuwendungen zur Förderung von Lokalen Innovationsräumen für Digitalisierung (LIfD) im Freistaat Sachsen. Die Förderung soll die Einrichtung, Weiterentwicklung und Sichtbarmachung von sachsenweit verteilten physischen Orten der Digitalisierung vorantreiben. Hierfür sollen lokale Innovationsräume für die Digitalisierung, die eines oder mehrere der nachfolgenden Förderziele forcieren, gefördert werden:
  - a) Standortstärkung, insbesondere durch Ansiedlung der LIfDs im ländlichen Raum
  - b) Stärkung der Digitalisierung in Unternehmen vorantreiben
  - c) Cross-sektorale Vernetzung von Menschen, Projekten und Organisationen über das Thema Digitalisierung vorantreiben
  - d) digitale Transformation nutzen, um Innovationen anzuregen
  - e) Vermittlung von digitalen Themen im Sinne der Stärkung von Kompetenzen und digitaler Teilhabe
2. Der Freistaat Sachsen gewährt Zuwendungen
  - 2.1 nach Maßgabe dieser Richtlinie,
  - 2.2 auf der Grundlage der allgemeinen haushaltsrechtlichen Bestimmungen, insbesondere der §§ 23, 44 und 44a der Sächsischen Haushaltsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. April 2001 (SächsGVBl. S. 153), die zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Mai 2021 (SächsGVBl. S. 578) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung sowie
  - 2.3 auf der Grundlage der Verwaltungsvorschriften des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zur Sächsischen Haushaltsordnung vom 27. Juni 2005 (SächsABl. SDr. S. S 226), die zuletzt durch die Verwaltungsvorschrift vom 23. November 2022 (SächsABl. S. 1423) geändert worden sind, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 6. Dezember 2021 (SächsABl. SDr. S. S 178), einschließlich der Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P) und der Verwaltungsvorschrift für Zuwendungen des Freistaates Sachsen an kommunale Körperschaften (VVK), in der jeweils geltenden Fassung.
3. Ein Anspruch des Antragstellers auf Gewährung der Zuwendung besteht nicht. Vielmehr entscheidet die Bewilligungsstelle auf Grund ihres pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen verfügbarer Haushaltsmittel.
4. Beihilferechtliche Grundlagen
  - 4.1 Soweit es sich bei den Zuwendungen um staatliche Beihilfen im Sinne des Artikels 107 Absatz 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (ABl. C 326 vom 26.10.2012, S. 47) handelt, werden diese nach Maßgabe und unter Einhaltung der Voraussetzungen der folgenden beihilferechtlichen Bestimmungen sowie deren Nachfolgebestimmungen, in der jeweils geltenden Fassung, gewährt:
    - 4.2 Verordnung (EU) Nr. 651/2014 der Kommission vom 17. Juni 2014 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (ABl. L 187 vom 26.6.2014, S. 1, L 283 vom 27.9.2014, S. 65), die zuletzt durch die Verordnung (EU) Nr. 2023/1315 der Kommission vom 23. Juni 2023 (ABl. L 167 vom 30.6.2023, S. 1) geändert worden ist.
    - 4.3 Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen (ABl. L 352 vom 24.12.2013, S. 1), die zuletzt durch die Verordnung (EU) 2020/972 der Kommission vom 2. Juli 2020 (ABl. L 235 vom 7. Juli 2020, S. 3) geändert worden ist.
    - 4.4 Einem Unternehmen, das einer Rückforderungsanordnung aufgrund eines früheren Beschlusses der Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer von demselben Mitgliedstaat gewährten Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt nicht nachgekommen ist, darf keine Förderung nach dieser Richtlinie gewährt werden.
    - 4.5 Im Übrigen gelten die in der Anlage „AGVO“ aufgeführten Bestimmungen.

## II.

**Gegenstand der Förderung**

1. Gegenstand der Förderung sind Maßnahmen zur Unterstützung der Digitalisierung im Freistaat Sachsen nach § 2 Absatz 3 Buchstabe a bis e des Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens „Fonds für digitale Teilhabe und schnelles Internet“ in „Lokalen Innovationsräumen für Digitalisierung“ (LIfD) wie:
  - a) Maßnahmen der digitalen Transformation
  - b) Modellprojekte zu Co-Working-Flächen,
  - c) Innovations- und Lösungslabore,
  - d) Digitallabore, multifunktionale Räume und Maßnahmen der Einbindung in Netzwerke,
  - e) Stärkung digitaler Kompetenzen
2. Als „Lokale Innovationsräume für Digitalisierung“ (LIfD) werden im Sinne der Richtlinie physische Orte verstanden. Ausschließlich digitale LIfD-Lösungen, wie beispielsweise virtuelle Begegnungsräume, Plattformen oder digitale Netzwerke, sowie reine Forschungs- und Entwicklungsvorhaben sind nicht förderfähig.
- 2.1 Einzelprojekte „Lokale Innovationsräume für Digitalisierung“ (LIfD)
  - 2.1.1 Es werden Maßnahmen für die Errichtung und den Betrieb von stationären LIfDs gefördert.
  - 2.1.2 Bei einem stationären LIfD kann es sich auch um die Erweiterung eines bereits etablierten Innovationsraums handeln, soweit dadurch ein neuer Anwendungsbereich eröffnet wird.
- 2.2 Mobiler „Lokaler Innovationsraum für Digitalisierung“ (LIfD)
  - 2.2.1 Es werden Maßnahmen für die Errichtung und den Betrieb eines mobilen LIfD gefördert.  
Gefördert werden:
    - a) Umsetzung einer mobilen LIfD-Lösung mit technischen Demonstratoren (inkl. der notwendigen Hard- und Software-Produkte)
    - b) Betrieb eines mobilen „LIfD“ zur Initiierung von Digitalisierung in den Regionen, welche über keine oder wenige lokale Innovationsräume für Digitalisierung verfügen
  - 2.2.2 Die Förderung etablierter mobiler LIfD-Lösungen ist ausgeschlossen. Nicht ausgeschlossen sind Konzepte etablierter stationärer oder mobiler LIfD-Lösungen, sofern das bisherige Konzept erweitert wird, wodurch sich ein neuer Anwendungsbereich ergibt.

## III.

**Zuwendungsempfänger**

1. Zuwendungsempfänger sind juristische Personen des privaten oder öffentlichen Rechts, rechtsfähige Personengesellschaften sowie Personen, die eine freiberufliche Tätigkeit im Sinne von § 18 EStG ausüben.
2. Zuwendungsempfänger sowie Kooperationspartner haben ihren Sitz oder eine Betriebsstätte im Freistaat Sachsen.
3. Von der Förderung ausgeschlossen sind Antragsteller, über deren Vermögen ein Insolvenzverfahren beantragt oder eröffnet worden ist. Dasselbe gilt für Antragsteller, die eine eidesstattliche Versicherung nach § 807 der Zivilprozessordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. Dezember 2005 (BGBl. I S. 3202; 2006 I S. 431; 2007 I S. 1781), die zuletzt durch Artikel 19 des Gesetzes vom 22. Februar 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 51) geändert worden ist, oder § 284 der Abgabenordnung in der Fassung der Bekanntma-

chung vom 1. Oktober 2002 (BGBl. I S. 3866; 2003 I S. 61), die zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 20. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2730) geändert worden ist, abgegeben haben.

## IV.

**Zuwendungsvoraussetzungen**

1. Allgemeine Zuwendungsvoraussetzungen:
  - 1.1 Der Durchführungsort des Vorhabens liegt im Freistaat Sachsen.
  - 1.2 Mit der Vorhabenidee ist
    - 1.2.1 eine detaillierte Projektplanung inklusive Ziele, Zielgruppen, Arbeitspakete, Zeit-, Kosten- und Personalplanung vorzulegen,
    - 1.2.2 ein Evaluationskonzept mit projektspezifischen und messbaren Indikatoren zur Zielerreichung vorzulegen. Die Evaluation hat im Rahmen des Fördervorhabens intern oder extern zu erfolgen.
  - 1.3 Im Vorhabenkonzept ist darzustellen, dass die Räume multifunktional durch verschiedene Zielgruppen genutzt werden können.
  - 1.4 Eine Ergänzung der Förderung nach dieser Richtlinie durch andere Förderprogramme des Freistaates Sachsen, der Bundesrepublik Deutschland oder der Europäischen Union ist nicht zulässig und eine Doppelförderung ist ausgeschlossen.
2. Spezifische Zuwendungsvoraussetzungen für stationäre LIfDs nach Ziffer II Nummer 2.1:
  - 2.1 Ein stationärer LIfD muss als Kooperation von cross-sektoralen Partnern (zum Beispiel Kommunen, Bibliotheken, Unternehmen, Universitäten, Vereine, Schulen, Berufsschulzentren oder überbetriebliche Ausbildungsstätten) umgesetzt werden.
    - 2.1.1 Es wird ein Partner benannt, der die federführende Rolle übernimmt (sog. Lead-Partner). Der Lead-Partner trägt die organisatorische, inhaltliche und finanzielle Gesamtverantwortung für das Projekt und ist alleiniger Zuwendungsempfänger und Ansprechpartner gegenüber der Bewilligungsstelle.
    - 2.1.2 Die Bestimmungen für die Zusammenarbeit zwischen den Partnern werden in einem Kooperationsvertrag festgelegt. Der Kooperationsvertrag muss mit dem Projektantrag eingereicht werden. Ein verbindliches Muster ist auf [www.sab.sachsen.de](http://www.sab.sachsen.de) abrufbar.
  - 2.2 Bei bereits etablierten Innovationsräumen
    - 2.2.1 muss eine erkennbare Nutzungserweiterung vorliegen, wodurch sich ein neuer Anwendungsbereich ergibt,
    - 2.2.2 können nur die für das neue LIfD-Vorhaben abgrenzbaren Ausgaben gefördert werden.
3. Spezifische Zuwendungsvoraussetzungen für mobilen LIfD nach Ziffer II Nummer 2.2:  
Die Konzeption der mobilen LIfD-Lösung beinhaltet:
  - a) Beschreibung und Begründung des gewählten Mobilitätsansatzes (zum Beispiel Bus, LKW, Pop-Up-Lösung) sowie dessen Ausstattung inklusive technischer Ausrüstung (Hard- und Software)
  - b) Geplante LIfD-Aufbau- und Fertigstellungsdauer
  - c) Betriebsbeginn und Projektlaufzeit
  - d) mögliche Einsatzorte und spezifische Lauf-/Standzeiten
  - e) Angaben zu den Kompetenzen des Projektträgers, um dieses Projekt erfolgreich durchzuführen
4. Nachweise  
Der Nachweis der Zuwendungsvoraussetzungen erfolgt durch Eigenerklärung im Antragsformular, sofern

aufgrund der vorgenannten Punkte keine anderweitigen Nachweise und Unterlagen vorzulegen sind.

## V.

### Art und Umfang, Höhe der Zuwendung

1. Der Freistaat Sachsen gewährt die Zuwendung im Rahmen einer Projektförderung als Anteilfinanzierung in Form eines Zuschusses.
2. Zuwendungsfähig sind
  - 2.1 Ausgaben für die Anschaffung oder Herstellung von Ausrüstung.
  - 2.2 Personalausgaben, soweit das Personal für das Projekt eingesetzt wird.
    - a) Die Abrechnung der Personalausgaben erfolgt über Standardeinheitskosten.
    - b) Personalstandardeinheitskosten werden über Stunden- oder Monatssätze für den Zeitraum der Einsatzdauer der einzelnen Beschäftigten im Projekt gefördert. Die geltenden Stunden- und Monatssätze sind der Anlage „Personalausgaben“ zu entnehmen.
  - 2.3 vorhabenbezogene Sachausgaben/Fremdleistungen
    - a) Ausgaben für Materialverbrauch
    - b) Miet-/Leasingausgaben für Ausstattungsgegenstände
    - c) Mietausgaben für Räume
    - d) Fremdleistungen
    - e) Ausgaben für Marketing und Öffentlichkeitsarbeit in Höhe von höchstens 1 Prozent der Summe der zuwendungsfähigen Ausgaben nach den Buchstaben a bis d
    - f) Reiseausgaben in Anlehnung an das Sächsische Reisekostengesetz vom 12. Dezember 2008 (SächsGVBl. S. 866, 876), das zuletzt durch Gesetz vom 17. Mai 2023 (SächsGVBl. S. 246) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, die für Reisen innerhalb des Freistaates Sachsen anfallen und für die Projektumsetzung erforderlich sind.
  - 2.4 vorhabenbezogene Gemeinkosten
    - a) als Pauschalfinanzierung in Höhe von 15 Prozent der zuwendungsfähigen Personalausgaben nach Nummer 2.2.
    - b) Hierzu zählen Ausgabenpositionen wie Strom, Heizung, Wasser- und Abwasser, Telefongebühren, Versandkosten oder Reinigungsdienste, sofern diese nicht bereits mit den Nummern 2.1 bis 2.3 abgedeckt sind.
    - c) Fallen keine zuwendungsfähigen Personalausgaben an, da personeller Aufwand durch ehrenamtliches Personal erbracht wird, können hilfsweise fiktive Personalausgaben nach Nummer 2.2 entsprechend der ausgeübten Tätigkeit und der dafür erforderlichen Kompetenzen für die Berechnung der Gemeinkostenpauschale herangezogen werden.
3. Nicht zuwendungsfähig sind Ausgaben für gesetzliche Pflichtaufgaben sowie Finanzierungsausgaben, die bei einer Kreditaufnahme zur Beschaffung des Eigenanteils oder bei einer Vor- und Zwischenfinanzierung entstehen.
4. Eine Anschlussförderung wird ausgeschlossen.
5. Spezifische Bestimmungen für stationäre LfDs:
  - 5.1 Für Vorhaben, für die die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung

(ANBest-P) gelten, muss die Zuwendung je Einzelfall mindestens 4 000 Euro betragen.

- 5.2 Die Zuwendung kann
  - 5.2.1 bis zu 80 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben für Ausrüstung nach Nummer 2.1,
  - 5.2.2 bis zu 60 Prozent der zuwendungsfähigen Personalausgaben nach Nummer 2.2, der zuwendungsfähigen Sachausgaben/Fremdleistungen nach Nummer 2.3 sowie der zuwendungsfähigen Gemeinkosten nach Nummer 2.4 betragen.
  - 5.2.3 insgesamt höchstens 400 000 Euro je Projektantrag umfassen.
6. Spezifische Bestimmungen für mobilen LfD:
  - 6.1 Die Zuwendung kann
    - 6.1.1 bis zu 80 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben für Ausrüstung nach Nummer 2.1,
    - 6.1.2 bis zu 60 Prozent der zuwendungsfähigen Personalausgaben nach Nummer 2.2, der zuwendungsfähigen Sachausgaben/Fremdleistungen nach Nummer 2.3 sowie der zuwendungsfähigen Gemeinkosten nach Nummer 2.4 betragen.
    - 6.1.3 insgesamt höchstens 3 000 000 Euro umfassen.

## VI.

### Sonstige Zuwendungsbestimmungen

Im Zuwendungsbescheid wird der Antragsteller beauftragt, mit dem Projekt spätestens innerhalb von sechs Monaten nach Erhalt des Zuwendungsbescheides zu beginnen. Als Beginn zu werten sind Maßnahmen im Sinne von Nummer 1.4.1 der Verwaltungsvorschriften zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung. Kann der Antragsteller bis zum Ablauf der Frist keine entsprechenden Maßnahmen vorweisen, ist die Bewilligungsstelle berechtigt, den Zuwendungsbescheid zu widerrufen.

## VII.

### Verfahren

1. Bewerbungsverfahren

Im Rahmen eines Förderaufrufes (Call) ist bis zu einem im Sächsischen Amtsblatt kommunizierten Stichtag ein Ideenpapier einzureichen, das neben persönlichen Angaben zum Nachweis der Voraussetzungen insbesondere die nach Ziffer IV dieser Richtlinie benannten Inhalte zur Vorhabenidee umfassen muss. Die Einreichung erfolgt ausschließlich elektronisch über ein von der Bewilligungsstelle bereitgestelltes Portal.
2. Auswahlverfahren
  - 2.1 Die Auswahl der Projekte erfolgt in einem wettbewerblichen Verfahren. Auf der Grundlage der eingereichten Ideenpapiere gibt ein Gremium im Staatministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr ein Votum zur Förderwürdigkeit des Vorhabens ab.
  - 2.2 Das Gremium legt bei seiner Entscheidung eine Bewertungsmatrix zu Grunde, die mindestens folgende Kriterien umfasst:
    - Projektteam
    - Konzeptionsstärke, Konzeptnachhaltigkeit, Machbarkeit
    - Innovationsgehalt, Modellhaftigkeit, Wettbewerbssituation
    - Zielgruppen, Nutzerzentrierung und Bürgerpartizipation
    - Standortstärkung, Digitalisierung in Unternehmen
    - Vernetzung, digitale Kompetenz, Teilhabe

3. Antrags- und Bewilligungsverfahren
- 3.1 Antrags- und Bewilligungsstelle ist die Sächsische Aufbaubank – Förderbank – (SAB).
- 3.2 Die Zuwendung wird nur auf Antrag gewährt.
- 3.3 Die Antragstellung erfolgt über das von der Bewilligungsstelle bereitgestellte Antragsverfahren ([www.sab.sachsen.de](http://www.sab.sachsen.de)).
- 3.4 Die vollständige Aufstellung aller Unterlagen, die dem Antrag beizufügen sind, ist im Internet unter [www.sab.sachsen.de](http://www.sab.sachsen.de) abrufbar.
- 3.5 Antragsberechtigt
- 3.5.1 ist für einen stationären LfD nach Ziffer II Nummer 2.1 der von den Kooperationspartnern festgelegte Lead-Partner.
- 3.5.2 ist für den mobilen LfD nach Ziffer II Nummer 2.2 ausschließlich ein einzelner Projektträger.
- 3.6 Nach Auswahl der Projekte durch das im Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr eingesetzte Gremium, entscheidet die SAB auf Grundlage vollständiger Antragsunterlagen über den förmlichen Antrag.
- 3.7. Der Bewilligungszeitraum beträgt für Maßnahmen nach Ziffer II Nummer 2.1 und 2.2 jeweils bis zu fünf Jahre.
4. Auszahlungsverfahren
- 4.1 Für Vorhaben, für die die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (AN-Best-P) gelten, erfolgt die Auszahlungen der Zuwendung abweichend von Nummer 7.1 nach Nummer 7.5 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung.
- 4.2 Für Vorhaben, für die die Verwaltungsvorschrift für Zuwendungen des Freistaates Sachsen an kommunale Körperschaften (VVK) gelten, erfolgt die Auszahlung der Zuwendungen nach Nummer 7.1 der Anlage 3 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung (VVK).
5. Verwendungsnachweisverfahren
- 5.1 Im Rahmen der Verwendungsnachweisprüfung sind für die Personalausgaben die tatsächlich erbrachten

Bezugseinheiten (Einsatzmonat beziehungsweise Einsatzstunde) nachzuweisen.

- 5.2 Mit dem Sachbericht und dem zahlenmäßigen Nachweis (vergleiche Nummer 6.2 Anlage 2 zur Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung und Nummer 6.2 Anlage 3 a zur Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung) ist ein Evaluationsbericht, basierend auf dem im Antrag eingereichten Evaluationskonzept, vorzulegen.
6. Zweckbindungsfristen  
Während der Zweckbindungsfrist ist die zweckentsprechende Nutzung und Aufrechterhaltung der aus der Zuwendung finanzierten Investitionen zu gewährleisten. Die im Rahmen des Projektes entwickelten IT-Anwendungen/Plattformen sind im Betrieb zu halten und zu aktualisieren. Die Zweckbindungsfrist wird im Zuwendungsbescheid festgelegt und richtet sich nach Nummer 4.2.6 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung und Nummer 4.2.6 der Anlage 3 zur Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung (VVK).
7. Für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendung sowie für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung und die gegebenenfalls erforderlichen Aufhebungen des Zuwendungsbescheides und die Rückforderung der gewährten Zuwendung gelten die Regelungen der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung einschließlich deren Anlagen, soweit nicht in dieser Förderrichtlinie Abweichungen zugelassen worden sind.

#### VIII. Inkrafttreten

Diese Förderrichtlinie tritt am Tag nach der Veröffentlichung in Kraft.

Dresden, den 30. November 2023

Der Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr  
Martin Dulig

**Anlage 1 „AGVO“**  
(zu Ziffer I Nummer 4.5)

Sofern die Maßnahmen als staatliche Beihilfen auf Grundlage der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 der Kommission vom 17. Juni 2014 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (ABl. L 187 vom 26.6.2014, S. 1.), die zuletzt durch die Verordnung (EU) Nr. 2023/1315 der Kommission vom 23. Juni 2023 (ABl. L 167 vom 30.6.2023, S. 1) geändert worden ist, im Folgenden AGVO genannt, gefördert werden, sind ergänzend zu den Vorgaben der Richtlinie die nachfolgenden Punkte zu beachten.

1. **Anwendbare Freistellungstatbestände**  
Eine Förderung kann auf der Grundlage der Artikel 17, 18, 26a, 27, 28 und 56 der AGVO gewährt werden.
2. **Förderverbot (Artikel 1 AGVO)**  
Von der Förderung ausgeschlossen sind Unternehmen beziehungsweise Sektoren in den Fällen des Artikel 1 Absatz 2 bis 5 AGVO.
3. **Deggendorf-Klausel (Artikel 1 Absatz 4 lit. a AGVO)**  
Einem Unternehmen, das einer Rückforderungsanordnung aufgrund eines früheren Beschlusses der Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer von demselben Mitgliedstaat gewährten Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt nicht nachgekommen ist, darf keine Förderung nach dieser Richtlinie gewährt werden.
4. **Beachtung der Anmeldeschwelle (Artikel 4 AGVO)**

Bei der Bewilligung der Einzelvorhaben sind folgende Anmeldeschwellen nach Artikel 4 AGVO zu beachten:

- Investitionsbeihilfen für KMU: 8,25 Mio. Euro pro Unternehmen und Investitionsvorhaben
  - KMU-Beihilfen: 2,2 Mio. Euro pro Unternehmen und Vorhaben für die Inanspruchnahme von Beratungsdiensten
  - Investitionsbeihilfen für Erprobungs- und Versuchsinfrastrukturen: 25 Mio. Euro
  - Beihilfen für Innovationscluster: 10 Mio. Euro pro Innovationscluster
  - Innovationsbeihilfen für KMU: 10 Mio. Euro pro Unternehmen und Vorhaben
  - Investitionsbeihilfen für lokale Infrastrukturen: 11 Mio. Euro oder die Gesamtkosten über 22 Mio. Euro für dieselbe Infrastruktur.
5. **Transparenz (Artikel 5 AGVO)**  
Die Förderung nach dieser Richtlinie erfolgt in Form von Zuschüssen.
  6. **Anreizeffekt (Artikel 6 AGVO)**  
Der Beihilfeempfänger muss vor Beginn der Arbeiten für das Vorhaben oder die Tätigkeit den schriftlichen Förderantrag gestellt haben. Dieser muss mindestens die folgenden Angaben enthalten:
    - Name und Größe des Unternehmens
    - Beschreibung des Vorhabens mit Angabe des Beginns und des Abschlusses,
    - Standort des Vorhabens
    - die Kosten des Vorhabens
    - Art der Beihilfe (zum Beispiel Zuschuss, Kredit, Garantie, rückzahlbarer Vorschuss oder Kapitalzuführung) und

- Höhe der für das Vorhaben benötigten öffentlichen Finanzierung.

7. **Berechnung von Beihilfeintensität und beihilfefähigen Kosten (Artikel 7 AGVO)**  
Für die Berechnung der Beihilfeintensität und der beihilfefähigen Kosten werden die Beträge vor Abzug von Steuern und sonstigen Abgaben herangezogen. Auf die beihilfefähigen Kosten oder Ausgaben erhobene Mehrwertsteuer, welche nach nationalen Steuerrecht erstattungsfähig ist, wird jedoch bei der Ermittlung der Beihilfeintensität und beihilfefähigen Kosten nicht berücksichtigt. Die beihilfefähigen Kosten sind durch schriftliche Unterlagen zu belegen, die klar, spezifisch und aktuell sein müssen.
8. **Kumulierungsregel (Artikel 8 AGVO)**  
Auf der Grundlage der AGVO gewährte staatliche Beihilfen können mit anderen staatlichen Beihilfen kumuliert werden, sofern diese Maßnahmen unterschiedliche bestimmbare beihilfefähige Kosten betreffen. Mit anderen staatlichen Beihilfen für dieselben, sich teilweise oder vollständig überschneidenden beihilfefähigen Kosten ist eine Kumulation zulässig, wenn durch diese Kumulierung die höchste nach der AGVO für diese Beihilfen geltende Beihilfeintensität beziehungsweise der höchste nach der AGVO für diese Beihilfen geltende Beihilfebetrags nicht überschritten wird.
9. **Beihilfefähige Kosten**
  - Artikel 17 AGVO Investitionsbeihilfen für KMU:
    - Beihilfefähige Kosten im Sinne des Artikel 17 Absatz 2 AGVO
  - Artikel 18 AGVO KMU-Beihilfen für die Inanspruchnahme von Beratungsdiensten:
    - Beihilfefähig sind die Kosten für Beratungsleistungen externer Berater.
  - Artikel 26a Investitionsbeihilfen für Erprobungs- und Versuchsinfrastrukturen:
    - Beihilfefähig sind die Kosten der Investitionen in materielle und immaterielle Vermögenswerte.
  - Artikel 27 AGVO Beihilfen für Innovationscluster:
    - Beihilfefähige Kosten für Investitionsbeihilfen sind die Kosten der Investitionen in materielle und immaterielle Vermögenswerte.
    - Beihilfefähige Kosten von Betriebsbeihilfen für Innovationscluster sind die Kosten für Personal und Verwaltung (einschließlich Gemeinkosten) für die Betreuung des Innovationsclusters zwecks Erleichterung der Zusammenarbeit, des Informationsaustauschs und der Erbringung und Weiterleitung von spezialisierten und maßgeschneiderten Unterstützungsdienstleistungen für Unternehmen;
    - Werbemaßnahmen, die darauf abzielen, neue Unternehmen oder Einrichtungen zur Beteiligung am Innovationscluster zu bewegen und die Sichtbarkeit des Innovationsclusters zu erhöhen;
    - die Verwaltung der Einrichtungen des Innovationsclusters, die Organisation von Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen, Workshops und Konferenzen zur Förderung des Wissensaustauschs, die Vernetzung und die transnationale Zusammenarbeit.



- Artikel 28 Innovationsbeihilfen für KMU: Beihilfefähige Kosten sind:
    - Kosten für die Erlangung, die Validierung und Verteidigung von Patenten und anderen immateriellen Vermögenswerten;
    - Kosten für die Abordnung hochqualifizierten Personals einer Einrichtung für Forschung und Wissensverbreitung oder eines großen Unternehmens für Tätigkeiten im Bereich Forschung, Entwicklung oder Innovation in einer neu geschaffenen Funktion innerhalb des begünstigten KMU, wodurch jedoch kein anderes Personal ersetzt wird;
    - Kosten für Innovationsberatungsdienste und innovationsunterstützende Dienstleistungen, einschließlich Diensten, die von Einrichtungen für Forschung und Wissensverbreitung, Forschungsinfrastrukturen, Erprobungs- und Versuchsinfrastrukturen oder Innovationsclustern erbracht werden.
  - Artikel 56 Investitionsbeihilfen für lokale Infrastrukturen:
    - Die beihilfefähigen Kosten sind die Kosten der Investitionen in materielle und immaterielle Vermögenswerte.
10. Beihilfehöchstintensitäten
- Artikel 17 AGVO Investitionsbeihilfen für KMU:
    - Die Beihilfeintensität darf folgende Sätze nicht übersteigen:
      - 20 Prozent der beihilfefähigen Kosten bei kleinen Unternehmen
      - 10 Prozent der beihilfefähigen Kosten bei mittleren Unternehmen
  - Artikel 18 AGVO KMU-Beihilfen für die Inanspruchnahme von Beratungsdiensten:
    - Die Beihilfeintensität darf 50 Prozent der beihilfefähigen Kosten nicht übersteigen.
  - Artikel 26a Investitionsbeihilfen für Erprobungs- und Versuchsinfrastrukturen
    - Die Beihilfeintensität darf 25 Prozent der beihilfefähigen Kosten nicht überschreiten.
    - Die Beihilfeintensität kann bei großen, mittleren und kleinen Unternehmen gemäß den folgenden Vorgaben auf eine Beihilfehöchstintensität von 40 %, 50 % beziehungsweise 60 Prozent der beihilfefähigen Investitionskosten angehoben werden:
      - um 10 Prozentpunkte bei mittleren Unternehmen und um 20 Prozentpunkte bei kleinen Unternehmen;
      - um weitere 10 Prozentpunkte bei grenzübergreifenden Erprobungs- und Versuchsinfrastrukturen, für die mindestens zwei Mitgliedstaaten öffentliche Mittel bereitstellen, oder bei auf Unionsebene bewerteten und ausgewählten Erprobungs- und Versuchsinfrastrukturen;
      - um weitere 5 Prozentpunkte bei Erprobungs- und Versuchsinfrastrukturen, bei denen mindestens 80 Prozent der jährlichen Kapazitäten KMU zugewiesen werden.
  - Artikel 27 AGVO Beihilfen für Innovationscluster:
    - Die Beihilfeintensität von Investitionsbeihilfen für Innovationscluster darf höchstens 50 Prozent der beihilfefähigen Kosten betragen. Die Beihilfeintensität kann bei Innovationsclustern in Fördergebieten nach Artikel 107 Absatz 3 Buchstabe a AEUV um 15 Prozent und bei Innovationsclustern in Fördergebieten nach Artikel 107 Absatz 3 Buchstabe c AEUV um 5 Prozent erhöht werden.
    - Die Beihilfeintensität von Betriebsbeihilfen darf im Gewährungszeitraum höchstens 50 Prozent der beihilfefähigen Gesamtkosten betragen.
  - Artikel 28 Innovationsbeihilfen für KMU:
    - Die Beihilfeintensität darf 50 Prozent der beihilfefähigen Kosten nicht überschreiten.
    - Bei Beihilfen für Innovationsberatungsdienste und innovationsunterstützende Dienste kann die Beihilfeintensität auf bis zu 100 Prozent der beihilfefähigen Kosten angehoben werden, sofern der Gesamtbetrag der Beihilfe für Innovationsberatungsdienste und innovationsunterstützende Dienste innerhalb von drei Jahren nicht mehr als 220 000 Euro pro Unternehmen beträgt.
  - Artikel 56 Investitionsbeihilfen für lokale Infrastrukturen:
    - Der Beihilfebetrags darf nicht höher sein als die Differenz zwischen den beihilfefähigen Kosten und dem Betriebsgewinn der Investition. Der Betriebsgewinn wird vorab, auf der Grundlage realistischer Projektionen, oder über einen Rückforderungsmechanismus von den beihilfefähigen Kosten abgezogen.
11. Veröffentlichung und Information (Artikel 9 AGVO)  
Es wird darauf hingewiesen, dass Informationen über jede Einzelbeihilfe von über 100 000 Euro auf einer ausführlichen Beihilfe-Website veröffentlicht werden.
12. Geltungsdauer der AGVO (Artikel 58 Absatz 5 in Verbindung mit Artikel 59 AGVO)  
Die Freistellungstatbestände der AGVO gelten vorerst bis zum 31. Dezember 2026 zuzüglich einer Anpassungsperiode von sechs Monaten, mithin bis zum 30. Juni 2027.  
Sollte die AGVO nicht verlängert oder durch eine neue AGVO ersetzt werden, oder werden relevante inhaltliche Veränderungen der derzeitigen AGVO vorgenommen, wird die Förderrichtlinie zur Einhaltung der neuen Vorgaben entsprechend überarbeitet werden.

## Anlage 2 „Personalausgaben“ (zu Ziffer V Nummer 2.2)

Sofern zuwendungsfähige Personalausgaben nach Ziffer V Nummer 2.2 gefördert werden, sind ergänzend zu den Vorgaben der Richtlinie die nachfolgenden Punkte zu beachten.

### 1. Voraussetzung

Voraussetzung für die Förderfähigkeit der Personalausgaben ist das Bestehen eines Arbeitsverhältnisses zwischen dem Zuwendungsempfänger und dem Projektmitarbeiter auf der Grundlage eines Beschäftigungsdokumentes.

Als Beschäftigungsdokument gelten Beschäftigungsbeziehungsweise Arbeitsverträge, sowie sonstige Verträge, aus denen ein Beschäftigungsverhältnis abgeleitet werden kann und deren Zahlungen Lohn- und Gehaltszahlungen gleichgestellt werden können.

Über die Standardeinheitskosten werden die gesamten Bruttoarbeitskosten des Zuwendungsempfängers abgegolten (Lohn- und Gehaltszahlungen, damit zusammenhängende Steuern und Sozialversicherungsbeiträge und sonstige tarifliche oder betriebsübliche Sonderzahlungen, welche auf Basis eines Beschäftigungsdokumentes festgelegt sind).

### 2. Tätigkeitsprofile

Die für das Projekt Beschäftigten sind einem der nachfolgenden Tätigkeitsprofile (TP) zuzuordnen.

Die Profile beziehen sich auf die im Projekt auszuübenden Tätigkeiten und die dafür erforderlichen Kompetenzen beziehungsweise das Verantwortungsniveau. Das beschriebene Bildungsniveau dient vorrangig zur Einschätzung der fachlichen Anforderungen beziehungsweise der Verantwortungsebene im Projekt.

Für die Zuordnung in ein Tätigkeitsprofil ist die konkrete Beschreibung der Aufgaben im Projekt maßgeblich. Bei mehreren wahrzunehmenden Aufgaben beim Zuwendungsempfänger ist für die Einstufung in das Tätigkeitsprofil entscheidend, welche Aufgaben im Projekt überwiegend wahrgenommen werden.

Für die Zuordnung in die jeweiligen Tätigkeitsprofile genügt nicht allein der Verweis auf die Funktions- oder Berufsbezeichnung des Beschäftigten beim Zuwendungsempfänger.

#### TP 1 Führungskräfte

Tätigkeiten mit Aufsichts- und Dispositionsbefugnis. Hierzu zählen zum Beispiel Geschäftsführer/innen und Betriebsinhaber/innen.

#### TP 2 herausgehobene oder wissenschaftliche Fachkräfte

Arbeitnehmer/innen, die in größeren Führungsbereichen Dispositions- oder Führungsaufgaben wahrnehmen und Tätigkeiten, die umfassende kaufmännische oder technische Fachkenntnisse erfordern. In der Regel werden die Fachkenntnisse durch ein Hochschulstudium erworben.

#### TP 3 Gehobene Fachkräfte

Schwierige bis komplexe oder vielgestaltigen Tätigkeiten, für deren Ausübung in der Regel nicht nur eine abgeschlossene Berufsausbildung, sondern darüber hinaus mehrjährige Berufserfahrung und spezielle Fachkenntnisse erforderlich sind. Die Tätigkeiten werden überwiegend selbstständig ausgeführt. Dazu gehören auch Arbeitnehmer/innen, die in kleinen Verantwortungsbereichen gegenüber anderen Mitarbeiter/innen Dispositions- oder Führungsaufgaben wahrnehmen (zum Beispiel Vorarbeiter/innen, Meister/innen).

#### TP 4 Fachkräfte

Schwierige Fachtätigkeiten, administrative und organisatorische Aufgaben für deren Ausübung in der Regel eine abgeschlossene Berufsausbildung, zum Teil verbunden mit Berufserfahrung, erforderlich ist.

#### TP 5 Hilfskräfte

Einfache, unterstützende, schematische Tätigkeiten oder isolierte Arbeitsvorgänge, für deren Ausübung keine berufliche Ausbildung erforderlich ist. Das erforderliche Wissen und die notwendigen Fertigkeiten können durch Anlernen von bis zu drei Monaten vermittelt werden.

### 3. Personalstandardeinheitskosten

Für die Abrechnung der Personalausgaben sind folgende Personalstandardeinheitskosten je Tätigkeitsprofil (TP) zugrunde zu legen:

Stunden in Euro/Stunde

Tätigkeitsprofil	2023	2024	2025	2026	2027	2028
1	66,20	67,50	68,90	70,30	71,70	73,10
2	53,90	55,00	56,10	57,20	58,30	59,50
3	45,00	45,90	46,80	47,70	48,70	49,70
4	32,80	33,50	34,20	34,90	35,60	36,30
5	26,30	26,80	27,30	27,80	28,40	29,00

Monatssatz in Euro

Tätigkeitsprofil	2023	2024	2025	2026	2027	2028
1	9.488,70	9.675,00	9.875,70	10.076,30	10.277,00	10.477,70
2	7.725,70	7.883,30	8.041,00	8.198,70	8.356,30	8.528,30
3	6.450,00	6.579,00	6.708,00	6.837,00	6.980,30	7.123,70
4	4.701,30	4.801,70	4.902,00	5.002,30	5.102,70	5.203,00
5	3.769,70	3.841,30	3.913,00	3.984,70	4.070,70	4.156,70

### 4. Antragstellung

Der Zuwendungsempfänger nimmt im Vorhabenantrag für jede geplante Stelle eine Stellenbeschreibung mit Angaben zur Funktion, der Aufgaben, dem Tätigkeitsprofil und der Einsatzdauer im Projekt vor.

Die Stellenbeschreibung muss eine eindeutige Zuordnung der Stelle zum Anforderungsniveau des jeweiligen Tätigkeitsprofils ermöglichen. Die projektypischen Tätigkeiten der jeweiligen Stelle sind so zu beschreiben, dass der Umfang, der Schwierigkeitsgrad und die Komplexität der wahrzunehmenden Aufgaben sowie eventuelle Aufsichts- und/oder Dispositionsbefugnisse hinreichend dargestellt werden. Zudem ist der erforderliche Bildungsgrad für die Stelle anzugeben.

Die Kalkulation der Personalausgaben erfolgt im Rahmen der Antragstellung stellenbezogen nach Vollzeit-äquivalent (VZÄ) oder deren Anteilen. Alternativ kann eine Kalkulation auch nach Projektstunden erfolgen. Über die Stellenkalkulation wird im Vorhabenantrag das Gesamtbudget für die Personalausgaben des Zuwendungsempfängers ermittelt.

### 5. Abrechnung

Bei der ersten Abrechnung des Beschäftigten im Projekt legt der Zuwendungsempfänger eine Stellenbeschreibung mit Angabe des Vor- und Zunamens, der Funktion, der Aufgaben, dem zugeordneten Tätigkeitsprofil, dem Stellenanteil und der Einsatzdauer im Projekt vor.

Die Stellenbeschreibung dient als Beschäftigungsnachweis und muss daher zwingend vom Zuwendungsempfänger (Arbeitgeber) und dem Projektmitarbeiter (Beschäftigten) vor der Abrechnung unterzeichnet werden. Im Rahmen der Prüfung können weitere Nachweise (zum Beispiel Arbeitsvertrag oder andere Urkunden oder Vorschriften zur internen Organisation, Erklärungen) angefordert werden.

Die Personalausgaben können nur bis zur Höhe des Kostensatzes des jeweiligen Tätigkeitsprofils anerkannt werden, für das die Zuordnung nachgewiesen und bestätigt wurde. Die Bewilligungsstelle kann bei der Überprüfung auch die Zuordnung in ein niedrigeres Tätigkeitsprofil vornehmen.

In der Stellenbeschreibung wird auch die Variante zur Abrechnung der Personalkosten für den jeweiligen Beschäftigten festgelegt. Die Abrechnung kann erfolgen über:

- Monatssätze bei Personal mit festen monatlichen Arbeitszeitanteilen oder
- Stundensätze bei Personal mit flexiblen Arbeitszeitanteilen.

Für Personal mit festen monatlichen Arbeitszeitanteilen ist keine projektbezogene Zeiterfassung erforderlich.

Für Personal mit flexiblen monatlichen Arbeitszeitanteilen erfolgt die Abrechnung der Personalausgaben auf Stundenbasis für tatsächlich geleistete Projektstunden. In diesem Fall muss für jeden Abrechnungsmonat ein Zeitrachweis geführt werden, in dem die geleisteten Stunden tagesgenau und getrennt nach projektbezogener und projektfremder Arbeitszeit sowie die Fehltage (Urlaub, Krankheit, tarifliche oder betriebliche Ruhetage etc.) dokumentiert werden, so dass im Zeitrachweis die monatliche Gesamtarbeitszeit des Beschäftigten ausgewiesen wird. Projektfremde Tätigkeiten und Fehltage sind nicht förderfähig.

Pro Kalenderjahr können für einen Vollzeitbeschäftigten maximal 1 720 Stunden geltend gemacht werden. Bei einem Teilzeitbeschäftigten ist die Anzahl der jährlich maximal abrechnungsfähigen Projektarbeitsstunden anteilig zu reduzieren. Die förderfähigen Stunden pro Tag sind grundsätzlich auf zehn begrenzt.

Unvollständige Stellenbeschreibungen oder Zeitrachweise können dazu führen, dass die betroffenen Personalausgaben im Abrechnungszeitraum als nicht förderfähig anerkannt werden.

**Richtlinie  
des Sächsischen Staatsministeriums  
für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr  
zur Änderung der Mittelstandsrichtlinie**

**Vom 5. Dezember 2023**

I.

Teil C Ziffer I der Mittelstandsrichtlinie vom 23. März 2020 (SächsABl. S. 398), die zuletzt durch die Richtlinie vom 5. Oktober 2022 (SächsABl. S. 1254) geändert worden ist, enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 28. November 2021 (SächsABl. SDr. S. S 224), wird wie folgt gefasst:

„Diese Richtlinie tritt am Tag nach der Veröffentlichung in Kraft. Sie tritt mit Ablauf des 30. Juni 2024 außer Kraft.“

II.

Diese Richtlinie tritt am Tag nach der Veröffentlichung in Kraft.

Dresden, den 5. Dezember 2023

Der Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr  
Martin Dulig

# **Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt**

## **Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt zur Vor- und Nachbereitung, Durchführung und Dokumentation von Untersuchungen durch den Kinder- und Jugendärztlichen Dienst sowie den Kinder- und Jugendzahnärztlichen Dienst der Gesundheitsämter im Freistaat Sachsen (VwV Untersuchungen Kinder- und Jugendärztlicher Dienst sowie Kinder- und Jugendzahnärztlicher Dienst)**

**Vom 7. Dezember 2023**

Zu den von den Gesundheitsämtern auf der Grundlage von § 11 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 des Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst im Freistaat Sachsen vom 11. Dezember 1991 (SächsGVBl. S. 413), das zuletzt durch Artikel 14 des Gesetzes vom 26. April 2018 (SächsGVBl. S. 198) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, § 7 Absatz 2 des Gesetzes über Kindertagesbetreuung in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Mai 2009 (SächsGVBl. S. 225), das zuletzt durch das Gesetz vom 1. Juni 2023 (SächsGVBl. S. 326) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, § 26a des Sächsischen Schulgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. September 2018 (SächsGVBl. S. 648), das zuletzt durch Artikel 8 Absatz 8 des Gesetzes vom 6. Juli 2023 (SächsGVBl. S. 467) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, und den §§ 2 bis 6 der Sächsischen Schulgesundheitspflegeverordnung vom 23. August 2018 (SächsGVBl. S. 598), in der jeweils geltenden Fassung, vorzunehmenden Untersuchungen, erlässt das Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt die nachstehende Verwaltungsvorschrift:

### **I.**

#### **Anwendung des Ringbuchs**

1. Die Vor- und Nachbereitung, Durchführung und Dokumentation der Untersuchungen erfolgt durch die Gesundheitsämter gemäß dem „Ringbuch für den Kinder- und Jugendärztlichen Dienst“ (Ringbuch). Das Ringbuch ist bei allen Untersuchungen nach den oben genannten Vorschriften durch die Gesundheitsämter unter Berücksichtigung fachlicher Standards anzuwenden. Das Ringbuch wird vom Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt in der jeweils aktuellen Fassung für die Gesundheitsämter zur Verfügung gestellt und gilt in der Regel schuljahresweise. Das Ringbuch wird nicht veröffentlicht.

2. Das Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt aktualisiert und überarbeitet das Ringbuch kontinuierlich unter Beteiligung von Kinder- und Jugendärztinnen und Kinder- und Jugendärzten der Gesundheitsämter.

### **II.**

#### **Anwendung des Leitfadens**

1. Die Vor- und Nachbereitung, Durchführung und Dokumentation der kinder- und jugendzahnärztlichen Untersuchungen erfolgt durch die Gesundheitsämter gemäß dem „Leitfaden für die standardisierte Befunderhebung und Dokumentation durch die zahnärztlichen Dienste der Gesundheitsämter des Freistaates Sachsen“ (Leitfaden). Der Leitfaden ist bei allen Untersuchungen nach den oben genannten Vorschriften durch die Gesundheitsämter unter Berücksichtigung fachlicher Standards anzuwenden. Der Leitfaden wird vom Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt in der jeweils aktuellen Fassung für die Gesundheitsämter zur Verfügung gestellt. Der Leitfaden wird nicht veröffentlicht.
2. Das Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt aktualisiert und überarbeitet den Leitfaden kontinuierlich unter Beteiligung von Kinder- und Jugendzahnärztinnen und Kinder- und Jugendzahnärzten der Gesundheitsämter.

### **III.**

#### **Inkrafttreten**

Diese Verwaltungsvorschrift tritt am 1. Januar 2024 in Kraft.

Dresden, den 7. Dezember 2023

Die Staatsministerin für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt  
Petra Köpping

**Bekanntmachung  
des Sächsischen Staatsministeriums  
für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt  
über den Widerruf der Anerkennung  
der Schwangerschaftskonfliktberatungsstelle  
des DRK Landesverbandes Sachsen e. V. in Dresden**

**Vom 5. Dezember 2023**

Das Sächsische Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt gibt gemäß § 3 Absatz 5 Nummer 1 Sächsisches Ausführungsgesetz zum Schwangerschaftskonfliktgesetz vom 13. Juni 2008 den Widerruf

der Anerkennung der Schwangerschaftskonfliktberatungsstelle des DRK Landesverbandes Sachsen e. V. in Dresden mit Wirkung zum 31. Dezember 2023 bekannt.

Dresden, den 5. Dezember 2023

Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt  
Thomas Früh  
Abteilungsleiter

# **Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt zur Satzung über die Beiträge der Sächsischen Tierseuchenkasse (Beitragssatzung)**

**Vom 4. Dezember 2023**

Das Sächsische Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt als zuständige Rechtsauf-

sichtsbehörde genehmigt hiermit die nachfolgende Satzung über die Beiträge der Sächsischen Tierseuchenkasse.

Dresden, den 4. Dezember 2023

Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt  
Dr. Stephan Koch  
Abteilungsleiter

## **Beitragssatzung der Sächsischen Tierseuchenkasse**

**Vom 19.10.2023**

Aufgrund von § 15 Abs. 1 Nr. 1, § 18 Abs. 1 Nr. 2 und § 23 Abs. 6 des Sächsischen Ausführungsgesetzes zum Tiergesundheitsgesetz (SächsAGTierGesG) vom 9. Juli 2014 (SächsGVBl. S. 386) hat der Verwaltungsrat der Sächsischen Tierseuchenkasse folgende Beitragssatzung beschlossen, die nach Genehmigung durch das Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt hiermit bekannt gemacht wird.

### **§ 1 Meldepflicht**

(1) Halter von Pferden, Rindern (einschließlich Wasserbüffeln, Wisenten und Bisons), Schweinen, Schafen, Ziegen, Geflügel, Bienenvölkern und Fischen, die diese Tiere im Freistaat Sachsen halten, und Viehhändler gemäß Absatz 4 (Tierhalter) sind verpflichtet, der Sächsischen Tierseuchenkasse jährlich ihren Gesamtbestand an Tieren der genannten Arten, entsprechend der Meldekategorien auf dem amtlichen Tierbestandsmeldebogen (entspricht § 4 dieser Satzung), schriftlich oder im elektronischen Meldeverfahren unter [www.tsk-sachsen.de](http://www.tsk-sachsen.de), zu melden. Tierhalter ist nach § 2 Nr. 18 des Tiergesundheitsgesetzes derjenige, der ein Tier besitzt. Esel, Maultiere und Maulesel sind von der Melde- und Beitragspflicht ausgenommen. Minischweine, Mikroschweine, Hängebauschweine und sonstige Schweine, außer Wildschweine, sind ebenso in den jeweiligen Kategorien zu melden. Hummeln sind von der Melde- und Beitragspflicht ausgenommen.

(2) Die Meldepflicht bei Geflügel bezieht sich auf Junghennen bis 18. Lebenswoche (einschließlich Hähne), Legehennen ab 18. Lebenswoche (einschließlich Hähne), Masthähnchen (einschließlich Bruderhähne), Puten, Gänse, Enten aller in § 4 Nr. 6 genannten Meldekategorien (ein-

schließlich Eltern- und Großelterntiere). In den jeweiligen Kategorien sind Tiere aller Altersgruppen, Geschlechter oder Gewichte zu melden. Die Meldung für Brütereien bezieht sich auf die durchschnittlich erbrüteten Küken je Schlupftag des Vorjahres. Bei Neugründung einer Brüterei meldet der Tierhalter die geplante Anzahl durchschnittlich zu erbrütender Küken je Schlupftag und korrigiert die gemeldete Anzahl zum 31. Dezember des Jahres, im Falle des Überschreitens der geplanten Produktion. Tauben, Fasane, Rebhühner, Wachteln, Laufvögel sind von der Melde- und Beitragspflicht ausgenommen. Das sonstige Rassegeflügel ist den jeweiligen Meldekategorien nach § 4 Nr. 6 Buchstaben c), e), g), i), k oder m) zuzuordnen.

Dabei sind im Sinne der Beitragssatzung:

- Legehennen/Junghennen:  
Hühner, die zum Zwecke der Eiproduktion gehalten oder für diese Produktionsrichtung aufgezogen werden (Junghennen).
- Masthähnchen:  
Jungmasthühner zum Zwecke der Fleischerzeugung sowie Bruderhähne.
- Eltern – und Großelterntiere:  
Legereife, weibliche Tiere (inkl. Aufzuchttiere), die zur Erzeugung von Bruteiern zwecks Vermehrung dienen, sowie die zu diesem Zweck und in räumlicher Einheit gehaltenen männlichen Tiere (inkl. Aufzuchttiere).
- Enten:  
Mastenten, die der Fleischerzeugung dienen.
- Gänse:  
Mastgänse, die der Fleischerzeugung dienen.
- Puten:  
Mastputen, die der Fleischerzeugung dienen.
- Brütereien:  
Betrieb, in den die Bruteier des unter § 4 Nr. 6 Buchstabe a) – k) genannten Geflügels ausgebrütet werden.

(3) Die Meldung bei Fischen bezieht sich auf die Vorjahresproduktion in jeder Meldekategorie beziehungsweise bei Teichwirtschaften auf die Teichnutzfläche in Hektar des laufenden Produktionsjahres. Bei neuen Salmonidenbetrieben, Kreislaufanlagen und anderen Aquakulturanlagen bzw. bei Kreislaufanlagen für Clarias erfolgt die Meldung im ersten Produktionsjahr auf der Grundlage der geplanten Jahresproduktion. Zu Fischen gehören auch Neunaugen, Schleimaale, wasserbewohnende Krebstiere (Crustaceae), Weichtiere (Mollusca). Fische, die zu Zierzwecken gezüchtet, gehalten oder gehältert werden, sind von der Melde- und Beitragspflicht ausgenommen.

(4) Viehhändler sind beitragspflichtige Tierhalter, wenn sie Tierhändlerställe betreiben. Viehhändler haben die Anzahl der im Vorjahr umgesetzten Pferde, Rinder (einschließlich Wasserbüffel, Wisente und Bisons), Schweine, Schafe, Ziegen und des umgesetzten Geflügels der Sächsischen Tierseuchenkasse, entsprechend der vorgegebenen Meldekategorien des amtlichen Tierbestandsmeldebogens (entspricht § 4 dieser Satzung), zu melden.

(5) Für jeden Standort der Tierhaltung, der nach § 26 Viehverkehrsverordnung (ViehVerkV)<sup>2</sup>, § 6 Fischseuchenverordnung (FischSeuchV)<sup>3</sup> oder § 1a Bienenseuchenverordnung (BienSeuchV)<sup>4</sup> registrierungspflichtig ist, ist eine separate Tierbestandsmeldung abzugeben. Werden die Tiere an einem von der Postadresse abweichenden Standort gehalten, ist dieser bei der Meldung des Tierbestandes anzugeben. Pferdehalter teilen die Registriernummer und die Anschrift des Standortes der Tiere mit.

(6) Die Tierbestandsmeldung an die Sächsische Tierseuchenkasse ist eine amtliche Erhebung. Die Tierbestandsmeldung erfolgt mittels eines von der Sächsischen Tierseuchenkasse zu beziehenden amtlichen Tierbestandsmeldebogens (entspricht § 4 dieser Satzung) oder durch die elektronische Tierbestandsmeldung unter [www.tsk-sachsen.de](http://www.tsk-sachsen.de).

(7) Die Tierbestandsmeldung hat bis 15. Januar des Beitragsjahres zu erfolgen und beinhaltet den vorhandenen Tierbestand am 1. Januar (Stichtag) des laufenden Jahres oder, bei Tierhaltern gemäß § 1 Abs. 2 Satz 2, Abs. 3 und Abs. 4 die entsprechenden Angaben des Vorjahres.

(8) Eine Nachmeldung nach dem Stichtag muss innerhalb von 30 Tagen, entsprechend der vorgegebenen Meldekategorien des amtlichen Tierbestandsmeldebogens (entspricht § 4 dieser Satzung), erfolgen:

- a) nach Zugängen von anderen Tierhaltern
    - um mehr als 10 Prozent oder
    - um mehr als 10 Tiereder am Stichtag gemeldeten Tiere,
  - b) nach Anschaffung von meldepflichtigen Tieren einer am Stichtag nicht vorhandenen Tierart,
  - c) bei Geflügel sind mehr als 150 im Tierbestand verbleibende Tiere aus eigener Reproduktion nachzumelden.
  - d) bei Fischen nach Bestandserweiterung, wenn dadurch die zu erwartende Jahresproduktion die des Vorjahres um mehr als 10 Prozent in der jeweiligen Meldekategorie oder nach Erweiterung der Teichnutzfläche im laufenden Jahr überschritten wird,
  - e) bei Bienen nach Bestandserweiterung durch Zugang von anderen Tierhaltern um mehr als 5 Bienenvölker.
- Für nachgemeldete Tiere werden Jahresbeiträge nach § 4 erhoben.

(9) Die Neugründung oder der Neubeginn einer Tierhaltung oder eines Tierbestandes ist innerhalb von 30 Tagen an die Tierseuchenkasse zu melden. Nach Neugründung oder

Neubeginn einer Tierhaltung werden Jahresbeiträge nach § 4 erhoben.

## § 2 Beitragsserhebung

(1) Der Berechnung der Jahresbeiträge für Pferde, Rinder (einschließlich Wasserbüffel, Wisente und Bisons), Schweine, Schafe, Ziegen, Geflügel und Bienenvölker werden vorbehaltlich § 3 Abs. 3 Satz 1 jeweils die Tierzahlen am 1. Januar des laufenden Jahres und die weiteren Kriterien nach § 4 dieser Satzung zugrunde gelegt.

(2) Für Fische erfolgt die Berechnung des Jahresbeitrages vorbehaltlich § 3 Abs. 3 Satz 1 auf der Grundlage der Vorjahresproduktion der Salmonidenbetriebe, Kreislaufanlagen und anderer Aquakulturanlagen. Der Beitragsserhebung für Teichwirtschaften wird die Teichnutzfläche in Hektar des laufenden Produktionsjahres zu Grunde gelegt. Bei neuen Salmonidenbetrieben, Kreislaufanlagen und anderen Aquakulturanlagen erfolgt die Berechnung des Jahresbeitrages im ersten Produktionsjahr auf der Grundlage der geplanten Jahresproduktion an Speisefischen und der gehaltenen Satz- und Brutfische. Die weiteren Kriterien des § 4 dieser Satzung gelten entsprechend.

(3) Der Beitragsberechnung für Viehhändler werden vorbehaltlich § 3 Abs. 3 Satz 1, fünf Prozent der Zahl der im Vorjahr umgesetzten Tiere und die weiteren Kriterien nach § 4 dieser Satzung zu Grunde gelegt.

(4) Für Brütereien erfolgt die Berechnung der Jahresbeiträge vorbehaltlich § 3 Abs. 3 Satz 1 auf Grundlage der durchschnittlich erbrüteten Küken je Schlupftag des Vorjahres. Bei neuen Betrieben im ersten Produktionsjahr erfolgt die Berechnung des Jahresbeitrages auf der geplanten Anzahl durchschnittlich zu erbrütender Küken je Schlupftag und wird gegebenenfalls um die Anzahl der durchschnittlich mehr erbrüteten Küken je Schlupftag nachberechnet. Die weiteren Kriterien des § 4 dieser Satzung gelten entsprechend.

(5) Die Beiträge sind innerhalb von 30 Tagen nach Bekanntgabe des Beitragsbescheides in voller Höhe zu entrichten.

(6) Eine Minderung der Jahresbeiträge bei Aufgabe des Tierbestandes oder bei Neuaufbau nach dem Stichtag erfolgt nicht. In besonderen Fällen entscheidet auf Antrag der Verwaltungsrat. Bei Abmeldung ist der Übernehmer der Tiere innerhalb von 30 Tagen der Sächsischen Tierseuchenkasse mitzuteilen.

(7) Reichen die erhobenen Beiträge gemäß dieser Satzung und die gebildeten Rücklagen zur Deckung unvorhergesehener Entschädigungen durch den Ausbruch einer Tierseuche nicht aus, können höhere Beiträge gemäß § 23 Abs. 7 SächsAGTierGesG im laufenden Jahr per Satzung festgesetzt werden.

(8) Keine Beiträge sind zu entrichten für Tiere, die dem Bund oder einem Land gehören, sowie für Schlachtvieh, das Viehhöfen oder Schlachtstätten zugeführt worden ist.

(9) Für Tiere, die nur vorübergehend saisonal in Sachsen gehalten werden, kann auf schriftlichen Antrag des Tierhalters von einer Beitragsveranlagung bei der Sächsischen Tierseuchenkasse abgesehen werden, wenn der Tierhalter für diese Tiere seiner Melde- und Beitragsverpflichtung zu einer anderen Tierseuchenkasse im Geltungsbereich des



Tiergesundheitsgesetzes für das Beitragsjahr nachgekommen ist. Besteht für diese Tiere eine Beitragsbefreiung in der anderen Tierseuchenkasse, werden die Beiträge in Sachsen erhoben. Der Antragsteller hat die Voraussetzungen für die Befreiung nachzuweisen. Die Meldeverpflichtung gemäß § 1 für die Tiere nach Satz 1 gegenüber der Sächsischen Tierseuchenkasse bleibt davon unberührt. Im Fall einer Befreiung von der Beitragspflicht bei der Sächsischen Tierseuchenkasse besteht für die betreffenden Tiere und deren Nachzucht grundsätzlich kein Anspruch auf Gewährung von Beihilfen und Leistungen der Sächsischen Tierseuchenkasse.

(10) Forderungen durch Nachmeldungen von Tierbeständen gemäß § 1 Abs. 8, welche eine Beitragshöhe von 5,00 EUR nicht überschreiten, werden nicht mit einem eigenen Bescheid geltend gemacht. Die Forderungen werden in den Folgebescheid übertragen.

### § 3

#### Verstöße gegen die Melde- und Beitragspflicht

(1) Liegt der Sächsischen Tierseuchenkasse keine Tierbestandsmeldung innerhalb der jeweiligen Meldefrist nach § 1 Abs. 7 bis 9 des laufenden Jahres vor, handelt es sich um einen Meldeverstoß. Wird eine Forderung nach § 2 Abs. 5 nicht oder nicht fristgemäß beglichen, handelt es sich um einen Verstoß gegen die Beitragspflicht. Ein Verstoß gegen die Melde- oder Beitragspflicht kann zu Kürzungen bei beantragten Beihilfe-, Leistungs- und Entschädigungszahlungen führen.

(2) Kommt der Tierhalter seiner Melde- und Beitragspflicht nicht nach, kann die Sächsische Tierseuchenkasse gemäß dem Verwaltungsvollstreckungsgesetz für den Freistaat Sachsen (SächsVwVG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. September 2003 (SächsGVBl. S. 614, 913), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 1 des Gesetzes vom 5. April 2019 (SächsGVBl. S. 245) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung und dem Sächsischen Kommunalabgabengesetz (SächsKAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 116), das durch Artikel 2 Absatz 17 des Gesetzes vom 5. April 2019 (SächsGVBl. S. 245) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, in Verbindung mit der Abgabenordnung (AO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Oktober 2002 (BGBl. I S. 3866, 2003 S. 61), die zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 20. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2730) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung ihre Forderungen zwangsweise durchsetzen.

(3) Wird der Beitrag verspätet entrichtet, kann für jeden angefangenen Monat der Säumnis ein Säumniszuschlag von einem Prozent des rückständigen Beitrages erhoben werden, wenn dieser 50,00 EUR übersteigt. Für jede Mahnung erhebt die Sächsische Tierseuchenkasse eine Mahngebühr nach § 13 Abs. 2 SächsVwVG i. V. m. laufende Nummer 1 Tarifstelle 8.1 Zehntes Sächsisches Kostenverzeichnis (SächsKVZ) vom 16. August 2021 (SächsGVBl. S. 898), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 2. März 2023 (SächsGVBl. S. 74) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung.

(4) Ist der Tierhalter seiner Pflicht zur Abgabe seiner Tierbestandsmeldung nicht nachgekommen, werden dem Beitragsbescheid der Tierbestand des Vorjahres, bei Fischen gemäß § 2 Abs. 2, bei Viehhändlern gemäß § 2 Abs. 3 und bei Brütereien gemäß § 2 Abs. 4 die Angaben für das dem Vorjahr vorangegangene Jahr, oder anderweitig amt-

lich ermittelte Tierzahlen dem Beitragsbescheid zugrunde gelegt. Dies entbindet den Tierhalter nicht von der Pflicht zur Abgabe der Meldung seines Tierbestandes.

(5) Wird nachträglich festgestellt, dass die Tierbestandsmeldungen oder die Erhebungen von Beiträgen gegenüber dem tatsächlich gehaltenen Tierbestand nicht vollständig waren, können die Beiträge nacherhoben werden. § 18 Abs. 3 und 4 des Tiergesundheitsgesetzes bleibt unberührt.

### § 4

#### Meldekategorien und Beiträge

Folgende Jahresbeiträge sind zu entrichten:

Meldekategorie	Beitrag
<b>1. Pferde</b>	
a) Ponys, Kleinpferde bis 148 cm Stockmaß (einschließlich Fohlen)	3,60 EUR je Tier
b) andere Pferde (einschließlich Fohlen)	5,70 EUR je Tier
<b>2. Rinder (einschließlich Bisons, Wisente und Wasserbüffel)</b>	
a) Kälber bis 6 Monate	1,80 EUR je Tier
b) Rinder über 6 Monate bis 2 Jahre	3,30 EUR je Tier
c) Rinder über 2 Jahre	3,30 EUR je Tier
<b>3. Schweine</b>	
a) Ferkel bis 30 kg (ab Geburt)	0,70 EUR je Tier
b) Zucht- und Mastschweine über 30 kg	1,10 EUR je Tier
c) Zuchtsauen (nach erster Belegung)	1,10 EUR je Tier
<b>4. Schafe</b>	
a) Schafe bis einschließlich 9 Monate	0,00 EUR je Tier
b) Schafe 10 bis einschließlich 18 Monate	0,90 EUR je Tier
c) Schafe ab 19 Monate	0,90 EUR je Tier
<b>5. Ziegen</b>	
a) Ziegen bis einschließlich 9 Monate	0,00 EUR je Tier
b) Ziegen 10 bis einschließlich 18 Monate	0,90 EUR je Tier
c) Ziegen ab 19 Monate	0,90 EUR je Tier
<b>6. Geflügel</b>	
a) Junghennen bis 18. Lebenswoche (einschließlich Hähne und Küken)	0,023 EUR je Tier
b) Legehennen ab 18. Lebenswoche (einschließlich Hähne)	0,06 EUR je Tier
c) Legehennen – Eltern- und Großelterntiere (einschließlich Hähne), einschließlich Rassegeflügel	0,12 EUR je Tier
d) Masthähnchen (einschließlich Bruderhähne und Küken)	0,023 EUR je Tier
e) Masthähnchen – Eltern- und Großelterntiere (einschließlich Küken), einschließlich Rassegeflügel	0,046 EUR je Tier

f) Puten (einschließlich Küken)	0,10 EUR je Tier	b) Salmonidenbetriebe, Kreislaufanlagen und andere Aquakulturanlagen:	
g) Puten – Eltern- und Großelterntiere (einschließlich Küken), einschließlich Rassegeflügel	0,20 EUR je Tier	– Speisefische (einschließlich Krebstiere):	4,90 EUR/ 100 kg
h) Enten (einschließlich Küken)	0,08 EUR je Tier	– Satzfische (einschließlich Krebstiere):	9,80 EUR/ 1000 Stk.
i) Enten – Eltern- und Großelterntiere (einschließlich Küken), einschließlich Rassegeflügel	0,16 EUR je Tier	– Brutfische (einschließlich Krebstiere):	0,41 EUR/ 1000 Stk.
j) Gänse (einschließlich Küken)	0,08 EUR je Tier	c) Kreislaufanlagen für Clarias	1,20 EUR/ 100 kg
k) Gänse – Eltern- und Großelterntiere (einschließlich Küken), einschließlich Rassegeflügel	0,16 EUR je Tier	<b>8. Bienen</b>	
l) Küken in Brütereien	0,04 EUR je Tier	je Volk	0,70 EUR
m) Elterntierküken in Brütereien, einschließlich Rassegeflügel	0,08 EUR je Tier	<b>9. Der Mindestbeitrag beträgt für jeden beitragspflichtigen Tierhalter oder Standort gemäß § 1 Abs. 5</b>	5,20 EUR
<b>7. Fische</b>			
a) Teichwirtschaften (außer Salmoniden): (Teichnutzfläche)	10,00 EUR/ ha		

## § 5

**Inkrafttreten und Außerkrafttreten**

Diese Satzung tritt am 1. Januar 2024 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung vom 2. November 2022 (SächsABl. 2023 Nr. 4 S. 141 vom 26. Januar 2023) außer Kraft.

Dresden, den 19.10.2023

Sächsische Tierseuchenkasse  
Bernhard John  
Vorsitzender des Verwaltungsrates

<sup>1</sup> Tiergesundheitsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2018 (BGBl. I S. 1938), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 21. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2852) geändert worden ist, in der jeweils gültigen Fassung

<sup>2</sup> Viehverkehrsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. Mai 2020 (BGBl. I S. 1170)

<sup>3</sup> Fischseuchenverordnung vom 24. November 2008 (BGBl. I S. 2315), die zuletzt durch Artikel 5 der Verordnung vom 19. November 2019 (BGBl. I S. 1862) geändert worden ist

<sup>4</sup> Bienenseuchen-Verordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2004 (BGBl. I S. 2738), die zuletzt durch Artikel 7 der Verordnung vom 17. April 2014 (BGBl. I S. 388) geändert worden ist

**Bekanntmachung  
des Sächsischen Staatsministeriums  
für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt  
zur Neunten Änderung der Satzung  
der näheren Beschlüsse des Verwaltungsrates  
zur Beihilfesatzung der Sächsischen  
Tierseuchenkasse für den Agrarsektor**

**Vom 4. Dezember 2023**

Das Sächsische Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde genehmigt hiermit die nachfolgende Neunte

Änderung der Satzung der näheren Beschlüsse des Verwaltungsrates zur Beihilfesatzung der Sächsischen Tierseuchenkasse für den Agrarsektor.

Dresden, den 4. Dezember 2023

Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt  
Dr. Stephan Koch  
Abteilungsleiter

# Neunte Änderung der Satzung der näheren Beschlüsse des Verwaltungsrates zur Beihilfesatzung der Sächsischen Tierseuchenkasse für den Agrarsektor

Vom 19.10.2023

Auf Grund von § 15 Abs. 1 des Sächsische Ausführungsgesetzes zum Tiergesundheitsgesetz (SächsAGTierGesG) vom 9. Juli 2014 (SächsGVBl. S. 386) in der jeweils gültigen Fassung und der Beihilfesatzung der Sächsischen Tierseuchenkasse für den Agrarsektor vom 29.10.2018 hat der Verwaltungsrat der Sächsischen Tierseuchenkasse folgende Neunte Änderung der Satzung der näheren Beschlüsse des Verwaltungsrates zur Beihilfesatzung der Sächsischen Tierseuchenkasse für den Agrarsektor beschlossen, die nach Genehmigung durch das Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde hiermit bekannt gemacht wird.

## Artikel 1

Die Satzung der näheren Beschlüsse des Verwaltungsrates zur Beihilfesatzung für den Agrarsektor der Sächsischen Tierseuchenkasse vom 29. Oktober 2018 (SächsABl. 2019 Nr. 1 S. 50 vom 3. Januar 2019), zuletzt geändert am 28.04.2023 (SächsABl. 2023 Nr. 24 S. 670), wird wie folgt geändert:

Näherer Beschluss des Verwaltungsrates der Sächsischen Tierseuchenkasse vom 10.11.2020, Bovine Virusdiarrhoe/Mucosal Disease (BVD/MD) Rinder“ erhält folgende Fassung:

### **Bovine Virusdiarrhoe/Mucosal Disease (BVD/MD) Rinder zu Anlage 1 Nr. 6 bzw. Anlage 7 Nr. 2 der Beihilfe- satzung für den Agrarsektor**

#### **zu Anlage 1 Nr. 6.1 Art und Höhe der Beihilfe**

##### **a. Untersuchung von Blut- und Gewebeproben:**

###### **Höhe**

In Höhe der Gebühr des 10. SächsKVZ<sup>4</sup>, laufende Nummer 62.

###### **Voraussetzungen**

Untersuchung von Proben entsprechend der BVDV-Verordnung und den Erlassen des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt i.d.g.F.<sup>6</sup> sowie den Allgemeinverfügungen der Landesdirektion Sachsen i.d.g.F.<sup>6</sup>.

###### **näheres Verfahren**

Es ist das Untersuchungsauftragsformular der LUA<sup>5</sup> zu verwenden.

###### **Kostentragung**

Die Kosten trägt gemäß § 29 Nr. 1 SächsAGTierGesG<sup>1</sup> der Freistaat Sachsen.

##### **b. Impfung (Zuschuss):**

###### **Höhe**

maximal 4,00 EUR pro Tier und Jahr und Betrieb auf der Grundlage der an die TSK3 gemeldeten Rinder und in Abhängigkeit der vorgelegten Rechnungen

###### **Voraussetzung**

Beihilfe an den Tierhalter für amtlich angewiesene Impfungen gegen BVD/MD nach Vorlage der Anordnung der Impfung und der Rechnungen. Die Beihilfe kann nur gewährt werden, wenn serologische Untersuchungen gemäß BVD/MD-Programm des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt und der TSK<sup>3</sup> im Jahr des Ausbruchs vor der Feststellung der Infektion bzw. im vorhergehenden Kalenderjahr durchgeführt wurden und die Impfung in einem betrieblichen BVD-Programm unter Einbeziehung des Rindergesundheitsdienstes (RGD) festgelegt wurde.

###### **näheres Verfahren**

Der Tierhalter stellt einen Beihilfeantrag (Antragsformular: „Beihilfeantrag Bovine Virusdiarrhoe/Mucosal Disease zur Bekämpfung der BVD/MD“) für die Beantragung einer Beihilfe zur Impfung unter Angabe seiner TSK-Nummer und Vorlage der Kopien der Impfanordnung und der Kopien der Rechnungen bei der TSK<sup>3</sup>.

Der Tierarzt erhält einen Beihilfebonus in Höhe der Impfbeihilfe zur Einlösung bei der TSK<sup>3</sup>.

###### **Kostentragung**

Die Kosten trägt gemäß § 32 Abs. 2 SächsAGTierGesG<sup>1</sup> die TSK<sup>3</sup>.

##### **c. Merzungsbeihilfe (Zuschuss):**

###### **Höhe**

PI-Tier (persistently infiziertes Tier)	100,00 EUR pro Tier
---	---------------------

###### **Voraussetzungen**

Beihilfe zur unverzüglichen Merzung von persistent BVDV-infizierten Rindern nach Feststellung eines Ausbruchs von BVD/MD durch das zuständige LÜVA<sup>2</sup>.

Darüber hinaus müssen folgende Voraussetzungen erfüllt sein:

- Einbeziehung des Rindergesundheitsdienstes (RGD) in die Klärung des epidemiologischen Sachverhaltes.
- Tier ist persistent infiziert gemäß § 1 Nummer 3 BVDV-Verordnung.
- Es wurden serologische Untersuchungen gemäß BVD/MD-Programm des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt und der TSK<sup>3</sup> im Jahr des Ausbruchs vor der Feststellung der

Infektion bzw. im vorhergehenden Kalenderjahr durchgeführt.

Merzungsbeihilfen werden nicht gewährt, sofern für diese Tiere eine Entschädigung erfolgt. Die Beihilfe ist an das nicht schuldhaft Verhalten des Tierhalters gebunden.

#### **näheres Verfahren**

Der Tierhalter stellt einen Beihilfeantrag (Antragsformular: „Beihilfeantrag – Merzung BVD- zur Merzung persistent BVDV-infizierter Rinder im Zusammenhang mit der Bekämpfung der BVD/MD“) unter Angabe seiner TSK-Nummer und des Nachweises, dass das betreffende Tier persistent infiziert ist (Untersuchungsergebnisse) bei der TSK<sup>3</sup>.

Merzungsbeihilfen werden direkt an den Tierhalter gezahlt.

#### **Kostentragung**

Die Kosten trägt gemäß § 32 Abs. 2 SächsAGTierGesG<sup>1</sup> die TSK<sup>3</sup>.

#### **zu Anlage 7 Nr. 2.1 a Art und Höhe der Beihilfe**

##### **Untersuchung von Milchproben:**

##### **Höhe**

In Höhe der Gebühr des 10. SächsKVZ<sup>4</sup>, laufende Nummer 62.

##### **Voraussetzungen**

Untersuchung von Proben entsprechend den Erlassen des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt i.d.g.F.<sup>6</sup> sowie den Allgemeinverfügungen der Landesdirektion Sachsen i.d.g.F.<sup>6</sup>.

#### **näheres Verfahren**

Es ist das Untersuchungsauftragsformular der LUA<sup>5</sup> zu verwenden.

#### **Kostentragung**

Die Kosten trägt gemäß § 29 Nr. 1 SächsAGTierGesG<sup>1</sup> der Freistaat Sachsen.

#### **zu Anlage 1 Nr. 6.2 bzw. Anlage 7 Nr. 2.2 Grundsätzliche Voraussetzungen zur Gewährung der Beihilfe**

Die Maßnahmen müssen aufgrund der Verordnung zum Schutz der Rinder vor einer Infektion mit dem Bovinen Virusdiarrhoe-Virus (BVDV-Verordnung) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Juni 2016 (BGBl. I S. 1483) i.d.g.F.<sup>6</sup> bzw. gemäß der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates i.d.g.F.<sup>6</sup> i.V.m. der Delegierten Verordnung (EU) 2020/689 der Kommission i.d.g.F.<sup>6</sup> amtlich angeordnet oder vorgeschrieben sein.

Merzungsbeihilfen dürfen nur gewährt werden, wenn das betreffende Tier gemäß der BVD-Verordnung persistent infiziert ist.

Es muss sich um Maßnahmen im Rahmen des Gemeinsamen Programms des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt und der Sächsischen Tierseuchenkasse zum Schutz von Rinderbeständen vor einer Infektion mit dem Virus der Bovinen Virusdiarrhoe/Mucosal Disease (BVD/MD) (BVD/MD-Programm) vom 10. November 2020 (SächsABl. S. 1519) handeln.

#### **Artikel 2**

Die Satzung tritt rückwirkend zum 28. Juli 2023 in Kraft.

Sächsische Tierseuchenkasse  
Bernhard John  
Vorsitzender des Verwaltungsrates

**Bekanntmachung  
des Sächsischen Staatsministeriums  
für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt  
zur Ersten Änderung der Allgemeinen Beihilfesatzung  
der Sächsischen Tierseuchenkasse**

**Vom 4. Dezember 2023**

Das Sächsische Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde genehmigt hiermit die nachfolgende Erste

Änderung der Allgemeinen Beihilfesatzung der Sächsischen Tierseuchenkasse.

Dresden, den 4. Dezember 2023

Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt  
Dr. Stephan Koch  
Abteilungsleiter

**Erste Änderung der Allgemeinen Beihilfesatzung  
der Sächsischen Tierseuchenkasse**

**Vom 19.10.2023**

Auf Grund von § 15 Absatz 1 des Sächsischen Ausführungsgesetzes zum Tiergesundheitsgesetz vom 9. Juli 2014 (SächsGVBl. S. 386) in der jeweils gültigen Fassung hat der Verwaltungsrat der Sächsischen Tierseuchenkasse folgende Erste Änderung der Allgemeinen Beihilfesatzung der Sächsischen Tierseuchenkasse beschlossen, die nach Genehmigung durch das Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde hiermit bekannt gemacht wird.

**Artikel 1**

Die Allgemeine Beihilfesatzung vom 28.04.2023 (Sächs-ABI. 2023 Nr. 24 S. 661) wird wie folgt geändert.

1. § 1 Abs. 1 Buchst. g) erhält folgende Fassung: „Beschluss der Europäischen Kommission vom 08.08.2023 im Verfahren SA. 107619 (2023/N) zum Betreff „Beihilfe zum Ausgleich der Kosten des Abtransports und der unschädlichen Entsorgung toter Tiere“,“.
2. In § 5 Abs. 2 wird ein neuer Spiegelstrich „- es handelt sich um Beihilfen zur Entfernung und Beseitigung von Falltieren gemäß Teil II Abschnitt 1.2.1.4 der Rahmenregelung“ eingefügt.

3. Anlage – § 3 Beihilfen Nr. 2.1. Art und Höhe der Beihilfe wird wie folgt gefasst: „Die Sächsische Tierseuchenkasse erstattet Kosten an den Beseitigungspflichtigen gemäß § 3 SächsAGTierNebG auf der Grundlage des Beschlusses der Kommission vom 08.08.2023 (SA.107619 (2023/N)) unter Beachtung der Vorschriften der Rahmenregelung (Agrarsektor). Die Sächsische Tierseuchenkasse erstattet Kosten an den Beseitigungspflichtigen gemäß § 3 SächsAGTierNebG unter Beachtung der Vorschriften der VO (EU) 2022/2473 (Aquakultursektor).“
4. In Anlage – § 3 Beihilfen Nr. 4.2. Voraussetzung wird der Satz: „Die Aufwandsentschädigungen für Bienensachverständige wird als Beihilfe im Rahmen des Artikels 26 der VO (EU) Nr. 2022/2472 nur an Tierhalter die kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sind, gewährt.“ durch den Wortlaut „Die Aufwandsentschädigungen für Bienensachverständige werden als Beihilfe im Rahmen des Artikels 26 der VO (EU) 2022/2472 nur an Tierhalter die kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sind, gewährt.“ ersetzt.

**Artikel 2**

Diese Satzung tritt rückwirkend zum 08.08.2023 in Kraft.

Sächsische Tierseuchenkasse  
Bernhard John  
Vorsitzender des Verwaltungsrates

**Bekanntmachung  
des Sächsischen Staatsministeriums  
für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt  
– Landesjugendamt –  
über die Termine des Landesjugendhilfeausschusses 2024**

**Vom 7. Dezember 2023**

Die Sitzungen des Landesjugendhilfeausschusses des Freistaates Sachsen sind öffentlich. Die ordentlichen Sitzungen im Jahr 2024 finden gemäß Beschluss vom 7. Dezember 2023 zu folgenden Terminen statt:

**Mittwoch, den 27. März 2024**

**Donnerstag, den 6. Juni 2024**

**Donnerstag, den 12. September 2024**

**Donnerstag, den 5. Dezember 2024**

Die Sitzungen finden in der Regel in Chemnitz mit Beginn um 10:00 Uhr statt.

Der konkrete Sitzungsort sowie die Tagesordnung sind jeweils aktuell auf der Internetseite des Landesjugendamtes einzusehen.

Chemnitz, den 7. Dezember 2023

Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt  
– Landesjugendamt –  
Enrico Birkner  
Leiter des Landesjugendamtes

# **Sächsisches Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft**

## **Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft Allgemeinverfügung zum Vollzug des Vorkaufsrechts nach § 99a des Wasserhaushaltsgesetzes für das Jahr 2024**

**Vom 7. Dezember 2023**

Das Sächsische Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft als oberste Wasserbehörde nach § 109 Absatz 1 Nummer 1 des Sächsischen Wassergesetzes vom 12. Juli 2013 (SächsGVBl. S. 503), das zuletzt durch Artikel 12 des Gesetzes vom 20. Dezember 2022 (SächsGVBl. S. 705) geändert worden ist, erlässt folgende Allgemeinverfügung zum Vollzug des Vorkaufsrechts nach § 99a des Wasserhaushaltsgesetzes vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 3. Juli 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 176) geändert worden ist:

1. Der Freistaat Sachsen verzichtet hiermit vollumfänglich auf die Ausübung des Vorkaufsrechts nach § 99a des Wasserhaushaltsgesetzes für alle Rechtsgeschäfte, die im Zeitraum zwischen 1. Januar 2024 und 31. Dezember 2024 (jeweils einschließlich) beurkundet werden. Vom Verzicht ausgenommen sind Grundstücke, die in dem als Anlage beigefügten Verzeichnis (Positivliste) aufgeführt sind. Für nicht in der Positivliste aufgeführte Grundstücke wird kein Einzelnegativtest erteilt.
2. Die sofortige Vollziehung der Nummer 1 wird angeordnet.
3. Die Ausübung des Vorkaufsrechts obliegt dem Staatsbetrieb Sächsisches Immobilien- und Baumanagement. Anfragen zum Vorkaufsrecht nach § 99a des Wasserhaushaltsgesetzes sind für die in der Positivliste aufgeführten Grundstücke in allen Fällen an den  
Staatsbetrieb Sächsisches Immobilien-  
und Baumanagement (SIB)  
Geschäftsbereich Zentrales  
Flächenmanagement Sachsen  
Außenstelle Dresden  
Königsbrücker Straße 80  
01099 Dresden  
zu adressieren. Notare haben die Möglichkeit einer Online-Abfrage.
4. Die Begründung zu dieser Allgemeinverfügung kann vom 2. Januar 2024 bis zum 6. Februar 2024 im Dienstgebäude des Sächsischen Staatsministeriums für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft, Wilhelm-Buck-Straße 2, 01097 Dresden, eingesehen werden. Die vorherige Vereinbarung eines Termins ist erforderlich (Telefon: 0351 564-24101; E-Mail: Abteilung4-SMUL@smekul.sachsen.de).
5. Die Allgemeinverfügung einschließlich Begründung ist auch auf der Internetseite des Sächsischen Staatsministeriums für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft unter <https://www.wasser.sachsen.de/vorkaufsrecht-nach-99a-whg-6725.html> einsehbar.

6. Die Allgemeinverfügung gilt am Tag nach ihrer Veröffentlichung im Sächsischen Amtsblatt als bekannt gegeben.

### **Begründung**

I. Nach § 99a Absatz 1 Satz 1 des Wasserhaushaltsgesetzes steht den Ländern ein Vorkaufsrecht an Grundstücken zu, die für Maßnahmen des Hochwasser- oder Küstenschutzes benötigt werden. Nach § 99a Absatz 3 des Wasserhaushaltsgesetzes darf das Vorkaufsrecht nur ausgeübt werden, wenn dies aus Gründen des Hochwasserschutzes oder des Küstenschutzes erforderlich ist. Nach § 99a Absatz 5 des Wasserhaushaltsgesetzes können die Länder das Vorkaufsrecht auf Antrag auch zugunsten von Körperschaften und Stiftungen des öffentlichen Rechts ausüben.

Aufgrund der konkurrierenden Gesetzgebung des Bundes gemäß Artikel 74 Absatz 1 Nummer 32 des Grundgesetzes auf dem Gebiet des Wasserhaushalts und mangels einer abweichenden Landesregelung im Sinne von § 99a Absatz 6 des Wasserhaushaltsgesetzes gilt § 99a des Wasserhaushaltsgesetzes im Freistaat Sachsen unmittelbar, ohne dass es einer Umsetzung in Landesrecht bedarf.

II. a) Die Zuständigkeit des Sächsischen Staatsministeriums für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft für den Erlass der vorliegenden Allgemeinverfügung ergibt sich aus § 99a Absatz 1 und 5 des Wasserhaushaltsgesetzes in Verbindung mit § 109 Absatz 1 Nummer 1 des Sächsischen Wassergesetzes. Nach § 99a Absatz 1 und 5 des Wasserhaushaltsgesetzes sind zur Ausübung des Vorkaufsrechts „die Länder“ befugt. Als die nach § 109 Absatz 1 Nummer 1 des Sächsischen Wasserhaushaltsgesetzes bestimmte oberste Wasserbehörde des Freistaates Sachsen ist das Sächsische Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft ermächtigt, zur Sicherstellung der rechtmäßigen und zweckmäßigen Aufgabenwahrnehmung im Freistaat Sachsen landesweit konkretisierende Festlegungen zum Vollzug des § 99a des Wasserhaushaltsgesetzes zu treffen.

b) Die Festlegungen erfolgen in Form einer Allgemeinverfügung gemäß § 35 Satz 2 des Verwaltungsverfahrensgesetzes. Bei einer Allgemeinverfügung handelt es sich um einen Verwaltungsakt, der sich an einen nach allgemeinen Merkmalen bestimmten oder bestimmbaren Personenkreis richtet oder die öffentlich-rechtliche Eigenschaft einer Sache oder ihre Benutzung durch die Allgemeinheit betrifft.

Die vorliegende Anordnung richtet sich an nach allgemeinen Merkmalen bestimmte Kreise von Adressaten, insbesondere an die von der Ausübung des Vorkaufsrechts



betroffenen Personen, d.h. die Eigentümer und Käufer von Grundstücken im Freistaat Sachsen, und alle, zu deren Gunsten der Freistaat das Vorkaufsrecht nach § 99a Absatz 5 des Wasserhaushaltsgesetzes auf Antrag ausüben kann, d.h. Körperschaften und Stiftungen des öffentlichen Rechts. Die Anordnung richtet sich außerdem mittelbar an alle Notare, die Kaufverträge über Grundstücke im Freistaat Sachsen zu beurkunden haben. In der vorliegenden Allgemeinverfügung wird verbindlich mit Wirkung gegenüber den vorgenannten Personenkreisen erklärt, dass der Freistaat Sachsen für alle Grundstücke mit Ausnahme derer, die in einem Verzeichnis (Positivliste) aufgeführt sind, auf die Ausübung des Vorkaufsrechts nach § 99a des Wasserhaushaltsgesetzes verzichtet.

c) Der Erlass der Allgemeinverfügung ist erforderlich, weil aufgrund der allgemein gehaltenen Beschreibung des Vorkaufstatbestandes in § 99a Absatz 1 Satz 1 des Wasserhaushaltsgesetzes („Grundstücke, die für Maßnahmen des Hochwasser- oder Küstenschutzes benötigt werden“) für Käufer, Verkäufer und Notare nicht erkennbar ist, ob der Freistaat oder ein Begünstigter nach § 99a Absatz 5 des Wasserhaushaltsgesetzes ein Grundstück für Maßnahmen des Hochwasserschutzes benötigt.

Daher müssten die beurkundenden Notare, wenn sie sich keinem Haftungsrisiko aussetzen wollen, zu allen Kaufverträgen über Grundstücke im Freistaat Sachsen Vorkaufsanfragen nach § 99a des Wasserhaushaltsgesetzes stellen. Dies würde sowohl bei den Notaren als auch bei den Behörden, die die Vorkaufsanfragen erhalten, zu einem erheblichen Aufwand führen, der in keinem Verhältnis dazu steht, dass tatsächlich nur ein geringer Teil der Grundstücke im Freistaat Sachsen für Maßnahmen des Hochwasserschutzes benötigt wird. Außerdem würde der Grundstücksverkehr im Freistaat Sachsen dadurch unnötig erschwert.

d) **Zu Nummer 1:** Um den Aufwand für alle Beteiligten so gering wie möglich zu halten und den Grundstücksverkehr zu erleichtern, wird durch das Sächsische Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft als oberste Wasserbehörde in Nummer 1 Satz 1 und 2 für alle Grundstücke, die nicht in einem Verzeichnis (Positivliste) aufgeführt sind, welches der Allgemeinverfügung als Anlage beigelegt ist, der Verzicht auf die Ausübung des Vorkaufsrechts erklärt (Generalverzicht).

Damit ist der weitaus größte Teil aller Grundstücke im Freistaat Sachsen von der Ausübung des Vorkaufsrechts nach § 99a des Wasserhaushaltsgesetzes ausgenommen. Für diese Grundstücke brauchen keine Vorkaufsanfragen an den Freistaat gestellt zu werden. In Nummer 1 Satz 3 wird daher ausdrücklich klargestellt, dass zu Vorkaufsanfragen für die vom Generalverzicht umfassten Grundstücke vom Freistaat Sachsen kein Einzelnegativtest erteilt wird.

Durch die Aufnahme eines Grundstücks in die Positivliste und die Veröffentlichung dieser Liste entsteht den Grundstückseigentümern und -käufern kein Nachteil gegenüber der Rechtslage, wie sie ohne die Positivliste bestünde.

Denn ohne Positivliste müssten alle Eigentümer und Käufer von Grundstücken im Freistaat Sachsen sowie die beurkundenden Notare in allen Bundesländern mangels anderer Anhaltspunkte damit rechnen, dass ein Vorkaufsrecht des Freistaates Sachsen nach § 99a des Wasserhaushaltsgesetzes besteht.

So ist auch die Lage eines Grundstücks fernab eines Gewässers kein hinreichender Anhaltspunkt für das Nichtbestehen des Vorkaufsrechts, da Maßnahmen des Hoch-

wasserschutzes häufig gerade nicht unmittelbar an einem Gewässer getroffen werden, wie zum Beispiel bei der Rückverlegung eines Deiches oder dem Bau eines Hochwasserrückhaltebeckens.

Umgekehrt ist aus der Lage eines Grundstücks unmittelbar an einem Gewässer nicht der Rückschluss zu ziehen, dass das Grundstück für eine Maßnahme des Hochwasserschutzes benötigt wird. Dies ist erst dann der Fall, wenn hierfür ein konkretes Hochwasserschutzprojekt geplant ist, für das das Grundstück in Anspruch genommen werden soll.

Die Tatsache, dass ein Grundstück in der Positivliste aufgeführt ist, stellt auch insoweit keinen Nachteil für die Eigentümer und Käufer von Grundstücken dar, als damit noch nicht präjudiziert wird, ob der Freistaat das Vorkaufsrecht hierfür tatsächlich ausüben wird.

Darüber wird erst im Rahmen einer konkreten Vorkaufsanfrage entschieden. Dabei ist insbesondere nach § 99a Absatz 3 des Wasserhaushaltsgesetzes zu prüfen, ob der Grundstückserwerb tatsächlich für eine geplante Hochwassermaßnahme erforderlich ist oder ob vielleicht rechtliche Alternativen bestehen, die das durch Artikel 14 GG geschützte Eigentumsrecht weniger stark einschränken, wie zum Beispiel die Eintragung einer Dienstbarkeit in das Grundbuch.

Während die Positivliste für die Eigentümer und Käufer der darin aufgeführten Grundstücke jedenfalls zu keinem rechtlichen Nachteil führt, wirkt sich der Generalverzicht auf die Eigentümer und Käufer aller übrigen Grundstücke ausschließlich vorteilhaft aus, da sie von vornherein Klarheit haben, dass für diese Grundstücke kein Vorkaufsrecht nach § 99a des Wasserhaushaltsgesetzes besteht und sich damit entsprechende Vorkaufsanfragen erübrigen.

Die Positivliste enthält einerseits Grundstücke, die für Hochwasserschutzmaßnahmen des Freistaates Sachsen benötigt werden. Dahinter stehen konkrete Hochwasserschutzvorhaben des Staatsbetriebes Landestalsperrenverwaltung, wie der Bau von Deichen, Flutungspoldern und Hochwasserrückhaltebecken. Diese Projekte haben schon einen fortgeschrittenen Planungs- oder Umsetzungsstand erreicht, so dass abzusehen ist, dass die in der Positivliste aufgeführten Grundstücke tatsächlich für Maßnahmen des Hochwasserschutzes benötigt werden.

Die Liste enthält im Hinblick auf die Regelung des § 99a Absatz 5 des Wasserhaushaltsgesetzes auch Grundstücke, die Gemeinden im Freistaat Sachsen für öffentliche Hochwasserschutzmaßnahmen benötigen. Gemeinden haben die Möglichkeit, entsprechende Grundstücke zur Aufnahme in die Positivliste vorzuschlagen. Hiervon macht eine steigende Anzahl von Gemeinden Gebrauch. Voraussetzung ist auch hier, dass die Grundstücke für konkrete Hochwasserschutzmaßnahmen benötigt werden, die sich in einem fortgeschrittenen Planungs- oder Umsetzungsstand befinden.

Die Wirksamkeit der Positivliste und des Generalverzichts wird in Nummer 1 Satz 1 auf ein Jahr begrenzt. Danach sollen für wiederum begrenzte Zeiträume regelmäßige Fortschreibungen der Positivliste und eine Erneuerung des Generalverzichts erfolgen.

Damit soll allen Trägern öffentlicher Hochwasserschutzmaßnahmen die Möglichkeit eröffnet werden, zu bestimmten Zeitpunkten je nach dem Planungs- und Umsetzungsfortschritt neuer Hochwasserschutzmaßnahmen weitere Grundstücke in die Positivliste aufzunehmen oder aber Grundstücke wieder herauszunehmen, zum Beispiel wenn Hochwasserschutzvorhaben in der Zwischenzeit umgesetzt

oder alle hierfür benötigten Grundstücke mittlerweile erworben oder auf andere Weise für das Vorhaben gesichert worden sind.

e) **Zu Nummer 2:** Die Anordnung der sofortigen Vollziehung der Nummer 1 wurde auf der Grundlage von § 80 Absatz 2 Nummer 4 der Verwaltungsgerichtsordnung erlassen. Die Anordnung der sofortigen Vollziehung erfordert ein besonderes Vollzugsinteresse, das über jenes hinausgeht, das den Bescheid rechtfertigt. Es liegt im besonderen öffentlichen Interesse, dass die Ausübung der Vorkaufsrechte zur Erleichterung des Grundstücksverkehrs und zur Vereinfachung von Verfahren des Hochwasserschutzes grundstücksbezogen konkretisiert wird. Diesem besonderen öffentlichen Interesse stehen keine vorrangigen oder gleichwertigen Interessen der Grundstückseigentümer oder sonstiger Dritter gegenüber, die es rechtfertigen könnten, die Wirksamkeit der Allgemeinverfügung bis zu einer zeitlich noch nicht absehbaren unanfechtbaren Entscheidung über einen möglichen Rechtsbehelf hinauszuschieben. Mit der Verzichtserklärung sind für die Adressaten keine Nachteile verbunden. Die Aufnahme in die Positivliste ermöglicht zwar die Ausübung des Vorkaufsrechts, hat aber keine rechtsbegründende Wirkung. Das Vollzugsinteresse ist dagegen wesentlich höher.

f) **Zu Nummer 3:** Seit dem 1. Januar 2020 obliegt gemäß § 110 Absatz 1 und 2 Satz 1 SächsWG in Verbindung mit § 4a der Sächsischen Wasserzuständigkeitsverordnung die Ausübung des Vorkaufsrechts nach § 99a des Wasserhaushaltsgesetzes dem Staatsbetrieb Sächsisches Immobilien- und Baumanagement.

Für Notare besteht unter:  
<https://www.zfm.sachsen.de/whg-registerrauskunft-4270.html>  
die Möglichkeit einer Onlineauskunft (die über das Netz der Bundesnotarkammer erfolgt).

#### **Rechtsbehelfsbelehrung:**

Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach ihrer Bekanntgabe Klage beim zuständigen sächsischen Verwaltungsgericht schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle des Gerichts erhoben werden. Örtlich zuständig ist das sächsische Verwaltungsgericht, in dessen Bezirk das Grundstück liegt:

Bezirk Chemnitz: Verwaltungsgericht Chemnitz, Zwickauer Straße 56, 09112 Chemnitz

Bezirk Dresden: Verwaltungsgericht Dresden, Hans-Oster-Straße 4, 01099 Dresden

Bezirk Leipzig: Verwaltungsgericht Leipzig, Rathenaustraße 40, 04179 Leipzig

Die Klage kann auch elektronisch erhoben werden nach Maßgabe der Sächsischen E-Justizverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. April 2014 (SächsGVBl. S. 291), die zuletzt durch die Verordnung vom 2. August 2023 (SächsGVBl. S. 626) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung.

Dresden, den 7. Dezember 2023

Sächsisches Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft  
Dr. Regina Heinecke-Schmitt  
Abteilungsleiterin

Anlage: Positivliste für das Jahr 2024

## Anlage

## Positivliste des Freistaates Sachsen zu § 99a des Wasserhaushaltsgesetzes gültig vom 1. Januar 2024 bis 31. Dezember 2024

**Hinweis:** Die folgende Liste ist jeweils alphabetisch nach Kreisfreien Städten und Landkreisen, Gemeinden, Gemarkungen geordnet.

<b>Stadt Chemnitz</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Adelsberg	1329/101, 1399/1, 1406/10, 1411/11
Draisdorf	55/1, 55/2, 55/3, 56, 61
Grüna	649/8, 649/9, 649/10, 649/11, 650/9, 651/9, 653/6, 653/7, 654, 655/2, 657/4, 661/6, 661/7, 663, 667/6
Harthau	4/1, 9/2, 18/1, 19/5, 23, 24/2, 55, 56/1, 90/1, 91/1, 92/1, 93/1, 94/1, 110, 115, 119/1, 119/2, 122, 123/2, 123/3, 147, 162/1, 163/1, 164, 187/2, 187/b, 289/1, 296/1, 297/17
Klaffenbach	1/4, 1/5, 1/6, 2/5, 4/5, 4/6, 270/3, 270/4, 272/1, 273/1, 274/1, 275/1, 276/1, 277/3, 277/4, 278/3, 278/5, 279/1, 280/2, 280/a, 281/12, 282/1, 296/5, 298/1, 312/2, 312/3, 338, 341/1, 343/1, 415/1, 417/7, 418/1, 425/5, 426/1, 431/6, 463/2, 464/5, 464/6, 466/1, 468/1, 469/1, 470/7, 471/1, 472/1, 473/1, 474/1
Mittelbach	184/4, 187, 187/1, 187/3, 189, 190, 191, 192
Reichenbrand	427/a

<b>Stadt Dresden</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Bühlau	271/b, 272/2, 272/5, 273/a, 273/d, 274/2
Cotta	166/10, 172/a, 176/6, 176/7, 177, 179/1, 256/3, 256/24, 258/5, 259/2, 260/3, 260/4, 262/3, 262/4
Cunnersdorf	31/5, 32/1, 33, 35/1, 36/1, 37/1, 40/1, 41
Dobritz	1/1, 51/5, 52/1, 56/1, 123/1, 123/3, 124/3, 147, 149/1, 155/1, 159/3, 160/3, 161/1, 162, 177
Friedrichstadt	412/7, 412/10, 412/11, 413/4, 413/5
Gorbitz	266/5, 1053
Großzschochwitz	28/2, 32/a, 34/1, 39, 40/a, 44/m, 44/n, 44/q, 101/1, 102/1, 103/1, 106/1, 109/1, 110, 111, 112/1, 115/1, 116, 117, 118/1, 121/1, 122, 123, 124/1, 126/1, 127/1, 128/1, 129/2, 129/3, 130/1, 130/2, 132, 133
Gruna	34/2
Hosterwitz	73/1, 74/2
Kaditz	88/1, 88/3, 1500/52
Kaitz	223/1, 224/4
Kleinzschochwitz	1/4, 1/10, 87/2, 87/3, 116/3, 119/3, 120/1
Langebrück	86, 88, 91, 97, 107/5, 115, 119, 121, 123, 125/1, 139/1, 148/1, 148/a, 173, 229/16
Laubegast	220/1
Lausa	33, 34/1, 35/1, 37, 39/a, 39/c, 44/3, 47/4, 48, 48/a, 49/4, 49/5, 52/1, 52/2, 55/1
Leuben	59/8, 78, 79/1, 79/3, 81/3, 83/5, 88/2, 91, 92, 93, 97, 117, 118, 119, 126, 127, 129, 130/1, 130/2, 133/1, 133/2, 133/3, 134, 135/1, 136/1, 137/1, 137/2, 138, 139, 140, 141, 142, 143/1, 143/2, 144/1, 145, 146, 235/1, 241/2, 242/1, 243/1, 247/1, 248/1, 249/2, 250/3, 252/1, 254/1, 256/1, 257/1, 431/1, 432/1
Leubnitz-Neuostra	249/5
Malschendorf	202/1
Meußlitz	26/1, 27, 28/1, 28/2, 28/i, 92, 95, 96, 97, 98, 99, 100, 101, 103, 104, 106
Mockritz	27/3
Neustadt	431, 431/b, 432/4, 433/e, 433/f, 434, 436/4, 436/6, 436/h, 437/c, 440
Niedersedlitz	112/3, 112/4, 112/5
Niederwartha	8/3, 50/7
Prohlis	11/1, 20/3, 224, 225, 233, 235, 237, 239, 340, 381, 382, 384, 385, 388
Reick	16/2, 17/11, 162/1, 164/6, 164/7, 164/8, 165/3, 165/4, 166/4, 166/5, 166/7, 167/6, 167/16, 167/17, 174/2, 174/7, 207/1, 212/24, 212/49
Seidnitz	189/1, 210/3, 395/1, 397/2, 397/3, 398/19, 398/31, 398/47
Sporbitz	15, 16, 31/a, 32/a, 37/1, 120, 121, 124
Tolkewitz	26/4, 64, 65, 66, 70/r, 70/s, 70/t, 70/u, 80, 80/1, 80/2, 80/4, 80/c, 168/3, 168/4, 189, 273
Weißig	363, 599/a, 599/b, 600/a, 602, 616/1, 616/2, 619/3, 619/4, 621/3, 622/2, 623/c, 639/1, 652, 653/1, 657/24, 658/1, 658/2, 659/b, 666, 702/1, 703/1

Wölfnitz	19/1, 206, 207, 208, 209, 216/4
Zschieren	102/d, 102/e, 111/b, 121/1

<b>Stadt Leipzig</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Böhlitz-Ehrenberg	217, 223, 225, 226, 227, 229, 230, 231, 232, 234/3, 257
Burgau	2/1, 2/3, 2/4, 2/23, 2/c
Burghausen	61, 402, 403, 405, 407, 409, 415, 417, 419, 421, 423, 425, 431, 433, 434, 440, 441
Dölitz	179, 180
Dösen	28/b, 28/h, 36/3, 37/1, 41/21, 46, 58
Eutritzsch	40/6, 41/3, 43/7, 44/7, 45/2, 46/1, 47/1, 47/3, 47/4, 47/6, 48, 50/b, 50/d, 50/f, 50/g, 398/1, 402/2, 403, 404/1
Gohlis	351/22
Großwiederitzsch	10, 10/a, 45/9, 54, 73, 73/e, 73/g, 73/i
Gundorf	61, 62, 63, 70/1, 175, 176, 276, 278, 279, 313/b, 314, 316, 316/b, 317, 317/b, 319, 320, 321, 334, 335, 410/5, 410/6, 410/7, 412, 449/5, 476/2, 478/3, 478/4, 480/1, 480/2, 481/1, 481/2, 694
Hänichen	74, 76, 84/a, 86, 179/a, 180/2, 185/2, 189/2, 191/2, 211/2, 212/1, 212/2, 213, 214/1, 214/2, 215, 217, 218, 222, 223, 224, 225, 226, 227, 228, 228/b, 228/c, 228/d, 228/e, 228/g, 228/h, 229, 230, 231, 232, 233, 235, 236, 238, 239, 240, 241/1, 241/2, 244, 245, 246, 247, 248, 249, 250, 253, 262/b, 262/i, 326/1, 326/2, 398, 399/1, 399/2, 400/1, 400/2, 401, 402/1, 402/2, 429/2, 429/3, 429/4, 429/5, 430, 435, 437
Holzhausen	194/14, 194/15, 194/16, 194/17, 194/18, 194/19, 194/33, 194/34, 194/35, 194/36, 253/c, 253/d, 254/1, 254/2, 255/1, 255/2, 889
Kleinpösna	257, 258, 259
Kleinwiederitzsch	58, 59, 60, 61/1, 63, 64/6, 64/g, 145/s
Leutzsch	197/2, 197/4, 198, 203/8, 203/9, 203/11, 203/13, 203/16, 203/21, 203/23, 203/h, 203/i, 203/k, 204, 205, 232/4, 233/3, 233/5, 233/6, 235/3, 235/5, 291/39, 332/1
Lindenau	710/1, 721/10, 1306/2, 1306/3, 1306/6, 1306/9
Lützschena	121/2, 123/b, 129, 146/1, 146/4, 240, 241, 242, 243/a, 243/b, 244, 245, 246, 247, 248, 249/1, 249/2, 250, 251, 252, 253, 254, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 382/2, 383, 384
Möckern	310, 609/3, 609/4
Portitz	168/60
Probsteida	150/4, 496
Quasnitz	115/2, 115/b, 116/2, 117/b, 119, 120, 123/1, 123/2, 131/2, 134, 140, 141/1, 141/2, 145, 149, 150, 151, 153, 154, 155, 157, 157/a, 158, 160, 161/1, 161/2, 162, 163, 165, 167, 187, 197/b, 197/d, 331, 332/1, 332/2, 351, 352, 353/1, 354/1, 355, 357
Zuckelhausen	193/18
Zweinaundorf	1/4, 1/6, 1/7, 4, 64/1, 87/2, 431, 434, 436, 437, 439

<b>Landkreis Bautzen</b>	
<b>Gemeinde Crostwitz</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Crostwitz	75, 77/1, 107, 365, 368/2, 370, 371, 372
Nucknitz	256
<b>Gemeinde Cunewalde</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Mittlercunewalde	539
Niedercunewalde	501/3, 524, 525/1, 525/2, 526/2
Obercunewalde	1/a, 97/5, 113/a, 527/4, 532, 533/1, 533/2, 533/3, 645, 647, 649/a, 652/1, 652/a, 655, 657/a, 682/1, 682/2, 684, 691, 693, 701/a, 702, 704, 1012/6, 1075, 1076, 1374/2, 1423, 1424, 1425, 1426, 1427, 1428, 1433, 1435, 1436, 1438
<b>Gemeinde Demitz-Thumitz</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Pohla	10/a, 14/2, 14/4, 14/5, 14/b, 15/4, 15/b, 15/c, 15/f, 15/g, 16/3, 24/1, 25/3, 33/3, 33/5, 33/8, 33/11, 34/a, 35, 54/7, 83/a, 104, 133, 168/a, 414/2, 414/8, 414/9, 414/11, 417, 455/3, 457/3, 651/3
Wölkau	18/1, 18/2, 18/3, 18/4, 18/5, 18/6, 204/2, 204/3, 204/4, 219/1, 219/2, 220/1, 220/2, 220/3, 234/1, 234/2

<b>Gemeinde Doberschau-Gaußig</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Diehmen	10/2, 14, 17/2, 537, 538, 541
Naundorf	1, 14, 17/13, 22, 26/2, 26/7, 64/5, 83, 292/1
Preuschwitz	18/1, 18/5, 18/6, 20, 21, 133
Schlungwitz	26/1
<b>Gemeinde Elsterheide</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Neuwiese Flur 1	47/1, 52/1, 54/4, 141/1
Neuwiese Flur 7	174/9, 176/1, 178/1, 425/16, 433/5
Neuwiese Flur 8	9/3
<b>Gemeinde Malschwitz</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Kleinbautzen	44, 64, 65, 219/a, 221/2, 258, 442
Preititz	66, 70, 71/1, 71/2, 73/2, 73/3, 81, 147/1, 147/2, 147/3, 147/4, 154, 162, 164/1, 164/2, 165, 166/5, 168/1, 168/2, 169, 171/1, 173, 174/1, 175/2, 200, 203/1, 490
<b>Gemeinde Nebelschütz</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Nebelschütz	41/9, 41/22, 56
<b>Gemeinde Neukirch/Lausitz</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Niederneukirch	1682
Oberneukirch	266/1, 273, 274/a, 275, 277/a, 278, 279, 1460, 1461, 1462, 1466/1, 1470, 1471, 1472, 1476, 1478, 1526/1, 1863/d
<b>Stadt Radeberg</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Großberkmannsdorf	517, 518, 519, 523, 524, 530, 593, 594, 595, 596/1, 596/3, 598
Kleinerkmannsdorf	100, 101
Ullersdorf	185, 187/2, 188/a, 190, 191/a, 193, 194, 195, 200/g, 205/a
<b>Gemeinde Radibor</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Lomske/M	6, 164, 166/1, 173/1, 186, 245, 246, 247, 248, 252, 572, 573, 573/a, 574, 575, 592, 593, 602/2, 603/1, 603/2, 604/1, 604/2, 607/c, 607/d, 607/m, 646, 647, 648, 649, 652, 653, 655, 656, 657, 659, 660
<b>Stadt Schirgiswalde-Kirschau</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Halbendorf/Geb	146/1, 149/1, 149/2
Schirgiswalde	1176
<b>Gemeinde Sohland a. d. Spree</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Frühlingsberg	663/1, 663/2, 663/3, 666, 670
Wehrsdorf	183/1, 183/2, 726, 733/1, 1066/4, 1080, 1081, 1082, 1084/1, 1084/2, 1085, 1089, 1093, 1151, 1180, 1181, 1182, 1183, 1240, 1241, 1254, 1255, 1256, 1257, 1258, 1259, 1260, 1274, 1275, 1276, 1277, 1278, 1280, 1281, 1282, 1283, 1286/6, 1289, 1290, 1291, 1357/8, 2032
<b>Gemeinde Spreetal</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Spreewitz Flur 3	227/1, 227/2, 229, 230, 237/1, 237/2, 240/1
<b>Stadt Weißenberg</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Maltitz	577/1
Nechern	39/2, 50
<b>Stadt Wilthen</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Tautewalde	1, 2/1, 2/c, 7/4, 7/5, 7/6, 8/1, 8/2, 9/1, 9/3, 11/a, 13/1, 13/2, 14, 17, 18, 19, 20, 22, 25/a, 27/a, 28/a, 29, 30/a, 31/1, 33/2, 35/3, 36, 38/2, 38/4, 140, 140/a, 141, 172, 173, 174, 176, 177, 178, 180, 181, 182, 210, 212, 214/1, 214/2, 216, 221, 222, 223, 224, 225, 226, 228, 230/1, 236/1, 236/2, 239, 270/1, 270/2, 270/a, 275, 276, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 284, 285, 346, 347, 348, 349, 350, 351, 352, 353, 354, 355, 356, 357/1, 357/2, 358/2, 358/3, 358/6, 360, 361, 362, 364, 366, 369, 370, 435, 436, 437, 438, 440, 442, 443, 444, 446/a, 446/b, 448, 449, 450, 454/1, 455, 478/a, 492, 493, 496, 498, 500, 531, 688, 689, 692, 695

Wilthen	1/2, 1/3, 1/4, 2, 3/1, 4, 6/a, 7/2, 8/2, 8/3, 9/1, 9/3, 9/c, 10/1, 10/2, 11/a, 12, 14/1, 15, 16, 17, 18/1, 18/2, 19, 20, 21, 22, 23, 24/1, 26, 27, 28, 29, 30/1, 30/2, 31/2, 31/3, 32/1, 33, 34, 36, 37, 38/2, 38/3, 38/4, 39, 40/1, 41, 42, 47, 48/c, 49, 50/1, 50/2, 51, 52, 53, 54, 55/1, 55/3, 62, 63, 64/2, 64/3, 66, 67/1, 67/a, 68/1, 68/2, 69, 70, 71/1, 72, 73/1, 74/2, 75/1, 77/1, 77/2, 79/1, 79/3, 83, 84, 85, 86, 87/1, 88/1, 89/1, 89/2, 90, 91, 92/1, 92/2, 92/3, 92/4, 93, 94/a, 95, 96/a, 98/3, 103/1, 104/1, 104/2, 105/1, 106/3, 106/4, 107/1, 108/6, 108/7, 109/1, 111/1, 112/1, 113/1, 113/a, 114/1, 114/4, 115/3, 116/2, 117/2, 119/5, 119/6, 121/3, 121/4, 125/3, 125/4, 125/5, 125/a, 125/c, 125/d, 127/b, 127/e, 128/a, 129/a, 131, 132/3, 132/6, 132/7, 132/c, 133/2, 135/2, 135/3, 137/7, 155/3, 155/4, 155/5, 156, 156/1, 156/2, 156/c, 156/e, 156/f, 157, 158, 159/3, 159/4, 159/5, 159/6, 159/b, 159/c, 159/d, 159/e, 159/f, 160/2, 161/a, 161/b, 161/c, 161/d, 162/1, 163/2, 163/3, 163/8, 210, 211/3, 213/2, 213/3, 214/1, 215/a, 216, 217, 218/4, 218/c, 219/a, 222/4, 223/2, 223/a, 224/a, 224/b, 224/c, 225/2, 226/1, 300/1, 301/1, 301/2, 301/c, 301/d, 303, 304, 305, 307/1, 307/2, 307/a, 308, 309, 310/1, 310/3, 310/4, 310/c, 310/d, 311, 312, 313/1, 313/2, 313/a, 314/a, 314/b, 347, 351/2, 351/3, 351/4, 352/1, 352/2, 354, 355, 356/1, 357/4, 357/5, 358/1, 358/2, 359, 359/5, 359/6, 359/7, 359/11, 362/4, 362/8, 362/a, 363, 363/a, 363/b, 363/c, 363/d, 363/e, 363/f, 363/g, 363/h, 364/8, 364/9, 364/14, 364/16, 364/17, 364/19, 364/b, 364/c, 365/a, 365/c, 365/d, 365/e, 367/1, 368/a, 369, 369/8, 369/c, 369/d, 369/e, 369/f, 369/g, 370, 370/a, 371, 372/a, 372/d, 373, 374/3, 374/b, 403, 404, 426/1, 426/2, 427/a, 429, 429/a, 430/8, 430/9, 430/b, 432/a, 434/a, 434/b, 434/c, 445/1, 450/11, 450/15, 450/18, 450/21, 450/25, 450/26, 450/29, 457, 461, 462, 497/1, 497/2, 498/1, 498/2, 498/3, 498/4, 500/3, 500/4, 500/5, 503/1, 503/a, 504/1, 504/2, 504/3, 504/4, 506/9, 534, 535, 537, 538, 539, 540, 541, 542, 543, 544, 545, 546, 547, 549, 549/1, 550/3, 550/5, 698/2, 707, 708/b, 709, 710, 711, 712, 713, 714, 715, 716/1, 717/1, 752, 1075/2, 1075/3, 1075/4, 1075/5, 1076/b, 1078, 1078/b, 1127/a, 1128, 1129, 1130, 1131/1, 1131/2, 1131/3, 1132, 1133, 1134, 1135/1, 1135/3, 1143/a, 1144, 1144/1, 1144/2, 1144/a, 1144/b, 1144/d, 1144/e, 1156/9, 1156/10, 1159/4, 1159/a, 1159/c, 1161/12, 1161/13, 1161/21, 1161/22, 1161/30, 1161/31, 1161/b, 1161/i, 1161/k, 1161/l, 1185/26, 1191/12, 1191/18, 1191/23, 1193/m, 1193/n, 1193/q, 1193/r, 1194/6, 1194/11, 1215/1, 1215/3, 1215/l, 1215/m, 1215/o, 1224/5, 1225/1, 1249/8, 1249/10, 1250/14, 1251/11, 1251/12, 1251/13, 1251/14, 1254/m, 1255/1, 1258/1, 1276, 1279/a, 1280, 1284/6, 1284/7, 1284/11, 1284/12, 1284/k, 1284/o, 1289/a, 1289/b, 1289/c, 1298/13, 1298/14, 1298/15, 1298/16, 1298/a, 1300/1, 1300/2, 1302, 1303, 1304, 1330/c, 1330/d, 1333/2, 1333/5, 1333/7, 1333/8, 1333/9, 1340, 1341/1, 1341/4, 1341/5, 1341/6, 1342/4, 1342/b, 1342/c, 1342/d, 1342/e, 1342/f, 1342/g, 1342/h, 1342/i, 1342/k, 1343/5, 1345/1, 1348/5, 1348/7, 1348/8, 1349/6, 1349/f, 1349/g, 1349/h, 1350/b, 1350/c, 1351/h, 1351/i, 1351/k, 1351/l, 1351/m, 1351/q, 1356/3, 1356/5, 1358/1, 1366, 1370/2, 1371/1, 1373/2, 1373/3, 1373/11, 1373/12, 1373/13, 1373/14, 1373/15, 1375, 1376/1, 1376/2, 1377, 1378, 1380, 1383, 1387, 1389, 1392, 1406/1, 1410, 1410/a, 1411, 1412, 1424, 1425, 1426/a, 1427, 1428, 1431, 1440/2, 1447, 1464, 1465, 1469, 1470, 1471, 1472, 1496, 1500, 1501, 1502, 1505/1, 1505/2, 1505/3, 1508, 1509, 1532/1, 1568/23, 1568/b, 1573, 1574, 1575, 1576, 1613, 1613/a, 1614, 1615/a, 1615/b, 1615/c, 1615/d, 1615/e, 1616/8, 1616/9, 1616/11, 1616/16, 1616/17, 1616/35, 1620/a, 1620/b, 1620/c, 1620/d, 1621/5, 1621/12, 1621/17, 1621/24, 1621/49, 1621/55, 1621/58, 1621/61, 1621/62, 1621/63, 1621/64, 1621/b, 1621/c, 1623/2, 1623/3, 1644/7, 1644/8, 1644/11, 1644/12, 1644/13, 1644/14, 1644/15, 1644/16, 1644/17, 1644/18, 1644/19, 1644/20, 1644/21, 1644/22, 1644/23, 1644/24, 1644/25, 1644/26, 1644/29, 1644/30, 1644/31, 1644/a, 1645/2, 1645/3, 1645/4, 1645/5, 1647/2, 1647/4, 1647/6, 1647/7, 1647/8, 1647/9, 1649/5, 1651/1, 1651/2, 1653, 1654/3, 1654/4, 1654/5, 1654/6, 1654/7, 1654/8, 1654/9, 1659, 1659/a, 1661, 1665, 1667, 1671/1, 1671/2, 1671/3, 1671/c, 1699, 1700, 1701, 1702, 1703, 1704, 1706, 1707, 1708, 1708/a, 1708/c, 1708/d, 1709, 1710, 1711/5, 1711/6, 1711/7, 1711/9, 1711/11, 1711/a, 1712/2, 1712/8, 1712/10, 1712/b, 1712/c, 1714, 1715, 1716/1, 1717/2, 1734/2, 1734/7, 1734/8, 1734/10, 1735/7, 1735/10, 1745, 1746/1, 1747/4, 1755/4, 1755/6, 1761/4, 1762, 1765, 1780/2, 1780/3, 1780/4, 1780/a, 1781, 1793, 1794, 1796/1, 1847, 1848/a, 1950/1, 1952/1, 1953/3, 1953/5, 1953/7, 1953/8, 1953/10, 1953/11, 1953/12, 1954/4, 1954/5, 1955/1, 1955/3, 1957/3, 1958/3, 1958/23, 1958/24, 1958/25, 1969/1, 1971/1, 1971/2, 1971/3, 1971/4, 1971/5, 1976/1, 1976/2, 1976/3, 1976/4, 1976/5, 1976/6, 1976/7, 1977, 1980, 1982/1, 1982/2, 1982/3, 1983, 1985/2, 1985/3, 1986, 1992, 1998
---------	---

Erzgebirgskreis	
Stadt Aue-Bad Schlema	
Gemarkung	Flurstücke
Aue	36/a, 38, 39, 41/3, 47, 48, 48/b, 50, 51, 56/1, 83/1, 95/1, 95/3, 137/1, 137/3, 138/1, 139/3, 953, 957/5, 957/9, 958/2, 1283/10, 1309/6, 1371/1, 1372/1, 1372/a, 1373, 1374, 1376/1, 1377, 1381, 1384, 1384/1, 1386, 1387, 1388, 1389, 1390, 1391/b, 1397/d
Gemeinde Burkhardttsdorf	
Gemarkung	Flurstücke
Burkhardttsdorf	423, 427/1, 428, 429, 432
Gemeinde Drebach	
Gemarkung	Flurstücke
Venusberg	94/7, 161, 164/8, 200/1, 372/3
Stadt Ehrenfriedersdorf	
Gemarkung	Flurstücke
Ehrenfriedersdorf	393/a, 394/7, 394/22, 419/1, 419/2, 420/1, 420/4, 427/5, 446/1, 448/3, 449/1, 449/2, 454/4, 454/5, 520/a, 520/b, 951, 1004/2

<b>Gemeinde Jahnsdorf/Erzgeb.</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Leukersdorf	256, 272, 273, 320/3, 328, 336, 824/7, 842/1
<b>Stadt Jöhstadt</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstück</b>
Steinbach	271/6
<b>Stadt Lugau/Erzgeb.</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstück</b>
Lugau	434/9
<b>Stadt Marienberg</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Marienberg	1092/2, 1136/3, 1137, 1143/28, 1143/c, 1146/5, 1658/5
Rübenau	304/2, 375/3, 375/4
<b>Gemeinde Neukirchen/Erzgeb.</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Adorf	36/5, 36/10, 36/11, 36/e, 41/1, 41/2, 41/3, 41/e, 42/2, 475
Neukirchen	511/4, 997/3
<b>Gemeinde Niederdorf</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Niederdorf	55, 59
<b>Gemeinde Niederwürschnitz</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstück</b>
Niederwürschnitz	167/d
<b>Stadt Olbernhau</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Olbernhau	50/26, 50/27, 50/28, 58/10, 58/11, 58/12, 59/6, 59/7, 59/8, 60/8, 60/9, 60/10, 69/10, 69/13, 69/14, 69/15, 69/16, 69/17, 69/18, 78/4, 78/5, 78/6, 79/4, 79/5, 79/6, 79/7, 79/8, 79/9, 96, 97/1, 97/2, 98/1, 101/7, 101/8, 237/5, 237/6, 237/7, 238/7, 238/8, 239, 240/3, 244/1, 246/a, 247, 248, 296, 297, 298, 299, 300, 300/a, 301, 301/a, 302/1, 302/2, 305, 306, 314/1, 314/2, 330, 331, 332/1, 332/2, 364/1, 364/2, 364/3, 364/4, 364/5, 364/6, 373/7, 373/8, 383/11, 383/12, 401/15, 420/11, 420/12, 420/13, 481/1, 481/2, 482, 483/2, 483/3, 486/4, 486/5, 490/1, 491/4, 491/5, 493/4, 499, 500/1, 500/2, 561/1, 561/2, 562, 563, 563/a, 565/1, 565/2, 566, 567/7, 567/8, 567/9, 569/5, 569/6, 571/5, 571/6, 579/1, 579/2, 579/3, 582/1, 582/2, 582/3, 584/1, 584/4, 584/5, 584/6, 584/7, 584/8, 584/9, 1063/3, 1096/14, 1096/15, 1096/16, 1096/17, 1096/18, 1096/19, 1097, 1102/4, 1103, 1122/9, 1129/1, 1129/2, 1129/3, 1129/4, 1129/5, 1129/7, 1129/8, 1129/9, 1129/10, 1129/11, 1129/12, 1129/13, 1129/14, 1129/15, 1129/16, 1129/17, 1129/18, 1129/19, 1180/1, 1180/2, 1180/3
<b>Stadt Pockau-Lengefeld</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Pockau	9/1, 9/2, 9/3, 9/4, 9/5, 16/1, 16/2, 17/6, 17/7, 17/8, 17/9, 18, 18/1, 18/2, 26, 29/1, 29/2, 30/1, 30/2, 32, 32/a, 33, 33/a, 40/1, 40/d, 41/a, 42, 46, 47, 48, 55/21, 57/12, 57/13, 57/14, 71, 72, 78/1, 79/2, 80, 83, 86, 88/c, 90, 91/2, 109/2, 109/4, 111/3, 112, 113, 115/4, 115/5, 116/1, 121, 149, 188/4, 188/5, 189, 192/2, 193/12, 369, 456, 461/6, 461/14, 461/15, 518/1, 518/2, 578/3, 578/4, 580/20, 580/21, 633/6, 633/7, 633/14, 633/28, 633/51, 633/52, 633/53, 633/54, 633/l, 652/23, 659
<b>Gemeinde Raschau-Markersbach</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Raschau	355/7, 355/18, 355/20, 355/21, 355/22, 357/11, 357/15, 357/16, 358/10, 358/11, 358/12, 358/13
<b>Stadt Schleittau</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Schleittau	196/5, 196/6, 196/8, 217/1, 224, 225, 230, 334/1, 334/2, 334/3, 334/4, 347/1, 350/6, 1129/3, 1130/11, 1139/11
<b>Gemeinde Schönheide</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Schönheide	748/16, 748/18, 748/21, 772/1, 772/3, 772/a, 774, 780/11, 780/13, 780/14, 781/3, 781/5, 782/1, 785/1, 796, 797, 799, 800, 801, 802, 803/1, 803/3, 803/8, 837/3, 838, 1205/1, 1211/1, 1240, 2859, 2860, 2898, 2899, 2900, 2901, 2902, 2903, 2904, 2905, 2907
<b>Stadt Schwarzenberg/Erzgeb.</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Grünstädtel	51/4, 51/5, 51/8, 51/9, 51/a, 51/e, 51/f, 51/h, 51/i, 51/m, 51/n, 51/q, 352/2, 353/4, 353/6, 353/7, 353/8, 370/8
Neuwelt	160/2, 160/3, 160/5, 160/b
Schwarzenberg	196/4, 414, 1150/18, 1150/19, 1150/25, 1150/26, 1150/27, 1150/44, 1154/32, 1154/49, 1157, 1158, 1159/1, 1179/6, 1179/7, 1276, 1277, 1278/1, 1278/5, 1278/6, 1278/7, 1278/12, 1278/d, 1278/e, 1298/2

<b>Stadt Thalheim/Erzgeb.</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Thalheim	15/2, 15/3, 15/6, 15/8, 15/d, 186, 188, 216/26, 299/1, 373, 384/1
<b>Gemeinde Thermalbad Wiesenbad</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Wiesa	115, 159/2
<b>Stadt Thum</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Herold	95/1, 95/2, 98/2
Jahnsbach	134/1, 180/1
Thum	708
<b>Stadt Zschopau</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Zschopau	1525/1, 1530/3, 1530/5, 1533/11

<b>Landkreis Görlitz</b>	
<b>Gemeinde Beiersdorf</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Beiersdorf	692/3, 694/a
<b>Stadt Bernstadt a. d. Eigen</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Bernstadt	348/34
Kemnitz	470/1, 499, 647/1, 647/2, 647/4, 650, 691
Kunnersdorf	176/4, 194/8, 353, 390/1
<b>Gemeinde Kodersdorf</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Kodersdorf Flur 2	78/8, 78/9, 93/1, 94/1, 98, 99/8, 103/3, 109/1
<b>Gemeinde Krauschwitz</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Klein Priebus Flur 3	258/3, 321, 322/7, 380, 391, 392, 393, 395, 396, 398, 400, 401, 404, 405/1, 405/2, 408
<b>Gemeinde Leutersdorf</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Oberleutersdorf	91/1, 117, 382/1, 383/8
Spitzkunnersdorf	208, 397/11, 480/4, 486/4, 486/5, 487
<b>Gemeinde Oppach</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Oppach	62, 68/b, 68/c, 642/5
<b>Stadt Ostritz</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Ostritz Flur 4	339, 341, 342, 344, 345, 346, 347, 348/3, 348/4, 348/5, 348/6, 348/7, 348/8, 348/9, 348/10, 348/11, 348/12, 348/13, 348/14, 348/15, 348/16, 348/17, 348/18, 348/19, 379/4, 379/9, 379/11, 380/1
<b>Stadt Reichenbach/O.L.</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Reichenbach	925/1, 926
Sohland	3/1, 17, 234
<b>Stadt Rothenburg/O.L.</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Lodenau Flur 3	71, 74/1, 74/2, 80, 81, 82, 83, 84, 92/1, 92/2, 101/1, 102, 103, 104/1, 104/2, 105, 106, 107, 108, 110, 111, 114, 115/1, 115/2, 116, 117, 118/2, 122
Lodenau Flur 4	79, 80, 81, 82/1, 82/2, 109/1, 109/2
Lodenau Flur 5	108, 112, 113, 120, 121/1, 129/1
Lodenau Flur 6	18/1, 18/2, 19, 20, 21
Lodenau Flur 7	11, 38/1
Lodenau Flur 10	3/1, 3/2
<b>Gemeinde Schönbach</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Schönbach	247/b, 247/c, 1283, 1297, 1373
<b>Gemeinde Waldhufen</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Jänkendorf Flur 4	144, 162/2, 182



Jänkendorf Flur 5	302, 304, 306/1, 323, 325, 326, 327, 328, 502
Nieder-Seifersdorf Flur 9	27/3, 64, 71
Nieder-Seifersdorf Flur 10	11, 12, 14, 15/1
<b>Stadt Zittau</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Hirschfelde	125/6, 511/4, 511/5, 514, 541/28, 541/29, 541/31, 541/32, 549/9, 550, 552/3, 557/25, 557/26, 557/30, 562/1, 562/2
Pethau	6/1, 6/2, 7/2, 13, 14, 15/4, 174/2, 183/6, 183/7, 183/8, 184/2, 185/3

<b>Landkreis Leipzig</b>	
<b>Gemeinde Belgershain</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Köhra	44/a, 88/a, 89, 95, 101, 103, 106/1, 107, 138, 139/1, 146, 147/1, 148/1, 150/9, 155/4, 156, 239/1, 241/1, 243/3, 247/17, 253/3, 286/2, 287/2, 514, 562, 564/1, 566, 567, 568, 569, 570, 571, 572, 573, 574, 575, 576, 586
<b>Gemeinde Borsdorf</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Panitzsch	6, 443/7, 599/3, 602/a
Zweenfurth	447/1, 448/1, 448/2
<b>Stadt Colditz</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Erlin	24/13, 25/3, 121/1, 122, 123, 124, 125, 126, 127/1, 128/1
Möseln	54/2, 54/3, 54/4, 55
Sermuth	170/2, 171, 172, 172/a, 172/b, 172/c, 172/d, 172/e, 172/f, 174, 175, 176/1, 177, 223, 223/a, 224/1, 225/1, 226/3, 226/5, 227/3, 228/2, 229/2, 229/3, 234
<b>Stadt Frohburg</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Sahlis	256, 257/1
Terpitz	191, 203, 204, 205, 206, 210/1, 211, 212, 215, 216/1, 218/1, 220/1, 221/1, 222/1, 244/12, 244/13, 249
<b>Stadt Grimma</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Grimma	73/2, 73/3, 598/3, 971/6, 972/2, 973/2
Kössern	642, 643, 644, 645, 646, 647, 648, 649/a, 649/b, 649/c, 649/d, 649/e, 649/f, 649/g, 649/h, 649/i, 649/k, 649/l, 649/m, 649/n, 649/o, 649/p, 649/q, 649/r, 649/s, 649/t, 649/u, 649/v, 649/w, 649/x, 649/y, 649/z, 650, 661, 662, 670, 671, 672, 673, 674, 675, 676, 677, 678, 679
<b>Gemeinde Machern</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Machern	230/1, 253/21, 740/6, 740/7, 754, 755, 756
<b>Stadt Markkleeberg</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Auenhain	7/79, 19/3, 19/5, 20/29, 39/4, 47, 48/2, 48/4, 48/8, 49, 58, 60, 94
Gaschwitz	48/9, 48/10, 48/12, 48/14, 48/15, 48/16, 48/17, 48/25, 51/1, 120/1
Gautzsch	248/4, 248/6
Großstädteln	35/1, 35/2, 35/3, 36/17, 71, 72, 73, 76/1, 136/21, 136/22, 136/26, 136/29, 136/30, 136/31, 136/33, 136/37, 136/50, 136/54, 136/62, 136/63, 146/6, 146/7, 146/10, 146/21, 146/26, 146/27, 156/2, 158/3, 161/10, 164/3
Markkleeberg	144/1, 145/1, 147, 148/1, 155/1
Oetzsch	23/16, 23/17, 23/26, 30/30, 30/38, 30/41, 30/45, 30/46, 30/49, 30/50, 30/51, 30/52, 30/53, 30/54, 30/55, 30/56, 30/57, 30/60
Prödel	73
Wachau	1/24, 1/25, 38/1, 39, 39/1, 39/2, 40, 41, 42/1, 42/a, 43/7, 43/8, 69/7, 69/8, 69/9, 79, 81, 82/1, 89/2, 90/3, 94/7, 96/3, 142/1, 154/1, 157/1, 158/3, 158/4, 177/3, 184
<b>Stadt Naunhof</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Naunhof	1324/1, 1389, 1394/3, 1395/4, 1395/5
<b>Gemeinde Otterwisch</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstück</b>
Otterwisch	689/1

<b>Stadt Wurzen</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Nitzschka	62/2, 70/2, 72/2, 75, 76/6, 86/1, 103/1, 103/r, 104/1, 105, 118/a, 457, 458
Oelschütz	8, 9
<b>Landkreis Meißen</b>	
<b>Stadt Coswig</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Brockwitz	431/13
Coswig/Sa.	283, 284
Kötitz	108/1, 108/2, 109
<b>Stadt Gröditz</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Gröditz	475, 478/1, 482/1, 490/1, 517/2, 759, 761, 763
Reppis	138/3
<b>Stadt Großenhain</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Großraschütz	342/6
Kleinraschütz	8/7, 9/a, 10/3, 10/4
Naundorf b. Großenhain	208/16
Rostig	15, 16/5, 16/6, 16/7, 18/2, 201/1, 201/2
Walda	95/23
Wildenhain	110, 120
<b>Gemeinde Moritzburg</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Boxdorf	278/2, 278/3
Eisenberg	173, 175, 177, 177/1, 179, 180
<b>Stadt Nossen</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Pinnewitz	246/1, 247/1, 248/1, 249/1, 254, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261
Rüsseina	82, 83, 84/a, 84/b, 85/a, 87, 88, 89, 90
<b>Stadt Radebeul</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Kötzschenbroda	217, 219, 222, 224, 228/3, 228/4, 230/1, 232, 234, 236, 238, 240, 243/3, 248, 249, 251, 253, 256, 257, 259/2, 261, 264, 371/1, 371/2, 372/2, 401, 469, 477, 480, 530, 556, 571/1, 582, 583, 584, 585, 588, 589, 591, 592, 593, 596, 602, 613, 624, 631, 724, 738, 882/a, 893/4, 897/2, 898/2, 899, 900, 902
Serkowitz	158, 165, 238, 239, 240, 245/1, 248, 249, 250, 251, 252, 253, 254, 256, 256/a, 257, 259, 260, 261, 262, 271/1, 309/2, 311, 394/1, 394/2, 395, 396/3, 396/4, 396/5, 396/7, 397/3, 637/1, 677, 690
<b>Stadt Radeburg</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Berbisdorf	343/b, 343/c, 344, 345/1, 345/b, 348/t, 348/u, 621/w, 625, 626, 627, 628
Radeburg	1136/c, 1140/a
<b>Gemeinde Röderaue</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Frauenhain	2211/1, 2212/1, 2213/1, 2214/1, 2215/1, 2222/1, 2230/5
<b>Stadt Strehla</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Paußnitz	alle Flurstücke
<b>Gemeinde Zeithain</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Bobersen	4/3, 12/3, 60, 60/1, 60/9, 60/f, 60/g, 60/h, 61/1, 61/e, 62, 77, 96, 97/1, 97/2, 98, 99, 100/7, 101/1, 118, 120, 121, 121/b, 121/c, 121/d, 121/e, 123/10, 124/1, 125, 128/8, 129/1, 136, 140/2, 140/3, 140/7, 140/9, 140/10, 140/12, 141, 146/4, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 157

Gohlis	2, 4, 6, 8, 10, 12, 17, 19/1, 19/2, 21, 23, 25, 27, 30, 30/a, 32, 32/a, 34/1, 34/2, 37, 42, 44/a, 45, 75, 77, 79, 81, 81/a, 81/b, 82/a, 122/1, 124, 125, 127, 131, 132, 137, 139, 141, 142, 142/b, 142/c, 142/d, 142/e, 142/f, 142/g, 142/h, 142/i, 142/k, 142/l, 142/m, 142/o, 142/p, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 158, 159, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 172, 173, 174, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 196, 197, 198, 201, 202, 203, 204, 212/2, 213, 214, 215, 217, 218, 219/1, 220/1, 220/3, 221/1, 223/1, 223/3, 223/5, 223/7, 223/9, 223/11, 225/3, 225/5, 231/3, 231/5, 233/6, 233/8, 234/1, 234/2, 234/3, 234/4, 234/5, 378/2, 416/1, 416/2, 416/3, 427/1, 427/2, 427/3, 428/1, 428/2, 428/3, 429/1, 429/3, 430/1, 432/3, 433/1, 433/3, 434, 435/1, 435/3, 436, 437/1, 437/3, 438, 439/1, 439/3, 442, 443/1, 443/3, 444, 445/1, 445/3, 448, 449/1, 449/3, 452, 452/a, 454, 455/1, 455/3, 456, 457/1, 457/3, 458/1, 458/3, 459, 460, 461, 462, 463, 482, 483, 484, 485, 486, 489, 493, 494, 495, 501/3, 515, 516, 517, 518, 520/1, 604/3, 604/4, 608, 609, 610, 611, 612, 614, 615, 616, 621/1, 621/3, 621/4, 622, 623, 624, 625, 626, 627, 628, 629, 630, 631, 632, 633, 634, 635, 636, 637, 638, 639, 640, 641, 642, 643, 644, 645, 646, 647, 648, 649, 650, 651, 652, 653, 654, 655, 656, 657, 658, 659, 660/1, 660/2, 661, 662, 663, 668, 697/2, 727, 728, 729, 730, 731, 733, 734, 735, 758, 763, 764/1, 764/4
Jacobsthal	146
Kottewitz	39, 40, 43, 44
Kreinitz	113/a, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 133/2, 133/3, 135, 137, 138, 140, 141, 142, 142/a, 143, 144, 145, 155/a, 155/b, 155/c, 156, 156/d, 158, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 167, 168, 168/a, 168/b, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 178/2, 178/3, 179/2, 179/3, 180, 189/1, 190, 191, 192/3, 192/5, 194, 194/a, 195/1, 197, 198, 199/1, 204, 205, 206, 207, 208, 215/2, 215/4, 231, 241, 241/a, 242, 244/1, 245, 248, 251, 251/a, 251/b, 251/c, 251/d, 251/e, 252/11, 254, 256/2, 256/3, 256/5, 256/6, 260, 261, 263/2, 263/3, 270, 274/5, 276/2, 277/1, 278, 279, 280/1, 331, 331/b, 335, 336, 349, 368/2, 502, 505, 506/1, 515, 520, 545, 546, 547/b, 548/1, 550/b, 550/c, 551/b, 552/b, 553/b, 554/b, 555/1, 556/a, 557/a, 558/a, 567/a, 568/2, 568/3, 570, 571, 573, 580, 582, 583, 584/a, 584/b, 608/1, 611, 612/1, 614, 615, 619, 620/1, 621/1, 622, 623/1, 625, 626/1, 631
Lessa	1/4, 2/10, 2/11, 5/2, 9/4, 9/15, 9/f, 12/1
Lorenzkirch	129, 130/1, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151/1, 152/1, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 198, 199, 207, 212/a, 212/b, 214, 215, 216, 217, 218, 219, 220/a, 220/b, 220/c, 220/d, 220/e, 221, 222, 223, 224, 225, 226, 227, 228, 229, 234/1, 235/1, 236/1, 237/1, 237/2, 238/1, 239, 240, 241, 242, 243/1, 243/2, 243/3, 244/1, 245/1, 245/2, 245/3, 246/1, 246/5, 246/7, 253/1, 256/1, 257, 258/1, 259/1, 259/3, 259/4, 259/6, 261, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 270, 271, 294/1, 296/1, 324, 325, 327, 369, 370, 371, 372, 373, 374, 376, 377/1
Moritz	23, 24, 25/1, 26/3, 28, 29, 43, 44/1, 44/2
Röderau	13/5, 13/10, 13/11, 15, 18, 23/1, 60/9, 128/3, 128/6, 129/3, 130/3, 130/4, 130/7, 132/6, 132/b, 132/c, 132/d, 132/e, 132/f, 132/g, 134/4, 134/5, 136/4, 136/5, 138, 139/4, 139/5, 141/8, 141/10, 141/11, 141/12, 141/13, 141/14, 141/15, 141/16, 141/17, 141/22, 141/23, 141/24, 141/25, 141/26, 141/28, 141/29, 141/30, 141/31, 141/33, 141/34, 141/35, 141/39, 141/40, 141/41, 141/42, 141/43, 141/44, 141/45, 141/46, 141/47, 141/48, 141/49, 141/50, 141/51, 141/53, 141/54, 141/55, 141/56, 141/57, 141/58, 141/59, 141/61, 141/62, 141/63, 141/64, 141/65, 141/66, 141/67, 141/72, 141/73, 141/74, 141/75, 141/77, 141/78, 141/79, 141/80, 141/81, 141/83, 141/84, 141/85, 141/86, 141/87, 141/88, 141/89, 141/90, 141/92, 141/94, 141/96, 141/97, 141/101, 141/102, 141/103, 141/104, 141/105, 141/106, 141/107, 141/108, 141/110, 141/111, 141/112, 141/113, 141/114, 141/115, 141/116, 141/119, 141/120, 141/121, 141/122, 141/123, 141/124, 141/125, 141/126, 141/127, 141/128, 141/129, 141/131, 141/132, 141/133, 141/134, 141/136, 141/139, 141/140, 141/141, 141/142, 141/143, 141/144, 141/145, 141/146, 141/147, 141/149, 141/150, 141/151, 141/152, 141/153, 141/155, 141/156, 141/157, 141/158, 141/159, 141/160, 141/161, 141/162, 141/163, 141/164, 141/165, 141/166, 141/168, 141/169, 141/170, 141/171, 141/172, 141/173, 141/174, 141/175, 141/176, 141/177, 141/178, 141/179, 141/180, 141/181, 141/182, 141/183, 141/184, 141/185, 141/186, 141/187, 141/188, 141/189, 141/190, 141/192, 141/193, 141/195, 142/4, 142/5, 142/6, 143/2, 143/4, 144/3, 145/1, 146/3, 147/1, 149/2, 150/1, 151/1, 152/2, 153/1, 159/14, 163, 237/4, 238/1, 304/5, 306/1, 307/1, 308, 309, 310, 311, 312, 313, 314, 316, 317, 318, 319, 320, 321, 323/2, 326, 327, 328, 329, 330, 331, 336, 337, 338, 339, 340, 341, 342/1, 342/2, 343, 344/1, 346, 347, 348, 349, 350, 351, 352, 358, 359, 360, 361, 362, 363, 364, 365, 366, 367, 369, 370, 374, 375, 376, 378, 384/2, 385, 386, 387, 388, 395, 405, 411, 426, 432, 475/4, 475/5, 552, 554, 556, 558, 559, 561, 562, 565, 566, 567, 569, 570, 571, 572, 573, 574, 575, 576, 577, 578, 579, 580, 582, 583, 584, 585, 587, 588, 589, 590, 591, 592, 593, 594, 595, 596, 597, 598, 600, 601, 602, 603, 605, 606, 607, 608, 609, 610, 611, 612, 613/5
Zeithain	162/1, 164/1, 173, 176, 177, 178, 180, 181, 186, 187, 188, 194, 197, 198, 452/1, 453/1, 453/2, 453/3, 454/3, 454/4, 454/5, 455/1, 456/1, 457/2, 457/3, 458/1, 459/2, 460/2, 460/3, 461/1, 462/1, 462/3, 463/1, 463/2, 463/5, 463/6, 464/1, 466, 472, 480, 481, 482, 486, 490, 491, 496, 498, 499, 504, 507, 510/a, 512, 513/1, 514/1, 515, 516, 517/1, 520, 521/1, 1297, 1298/1, 1298/2, 1298/3

Zschepa	11/7, 66, 67, 68, 71, 73, 75, 77, 79, 81, 83, 85, 86, 87, 88/1, 89/1, 90/1, 91/3, 91/4, 93/1, 94/1, 95/1, 98/1, 99/1, 103/1, 106/1, 107/1, 110/1, 111/1, 114/1, 115/1, 118/1, 119/1, 122/1, 126/1, 127, 137, 138, 139, 140, 140/a, 141, 142/1, 142/2, 153/3, 161/1, 163, 170/1, 171/1, 177/1, 178/1, 179/1, 180, 181/1, 182/1, 183, 184, 185/1, 186/1, 186/3, 187, 188/1, 188/4, 189/1, 189/4, 190/2, 190/7, 202/1, 203/1, 204/1, 205/1, 205/2, 206/1, 210, 211, 212, 213, 214, 215, 216, 217, 218, 219, 221, 223, 224, 225, 309, 310, 452/7, 457, 458, 460/1
---------	---

<b>Landkreis Mittelsachsen</b>	
<b>Gemeinde Bobritzsch-Hilbersdorf</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Oberbobritzsch	519/3, 529/1, 529/2, 529/4, 533, 542/11, 544/1, 1334/3, 1404, 1405, 1407, 1412, 1413, 1414, 1417
<b>Stadt Döbeln</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Döbeln	25/2, 26/1, 27/1, 30/5, 30/6, 161/1, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175/2, 175/3, 175/4, 182/1, 182/2, 183, 184, 218/2, 218/a, 221/8, 224/7, 225/4, 225/6, 225/9, 225/10, 235/1, 235/3, 235/5, 241/5, 241/7, 241/8, 348, 356/5, 357/9, 362/12, 362/22, 362/23, 362/24, 362/26, 382/4, 383/14, 383/15, 383/16, 383/19, 383/21, 543/40, 543/41, 543/43, 543/44, 543/45, 543/46, 543/49, 543/50, 543/51, 543/56, 543/57, 543/58, 543/59, 543/65, 543/66, 543/69, 543/b, 546, 546/2, 546/8, 546/b, 546/h, 546/i, 549/3, 549/4, 550/3, 550/4, 550/5, 551, 551/a, 552/1, 552/2, 552/3, 552/4, 565/8, 565/32, 565/36, 565/38, 565/44, 565/45, 583/4, 583/5, 583/6, 583/8, 583/b, 583/d, 583/e, 583/f, 583/g, 583/h, 583/i, 583/l, 583/n, 583/o, 646, 647, 648, 649, 650, 651, 652, 653, 654, 655, 783/1, 783/2, 785, 794/y, 817/1, 818/1, 819, 820, 821, 822, 829/5, 829/7, 831/4, 834/1, 839/2, 841/2, 842, 843, 844/1, 844/3, 858/15, 858/25, 873/29, 1027/a, 1052/2, 1052/3, 1052/4, 1052/7, 1052/8, 1052/10, 1052/a, 1054/1, 1054/3, 1054/4, 1054/5, 1055, 1056, 1057, 1058, 1059, 1060, 1061, 1062, 1064/3, 1064/4, 1065, 1188/1, 1188/2, 1189, 1189/a, 1189/b, 1189/c, 1190, 1190/1, 1190/2, 1190/b, 1190/c, 1233, 1244/2, 1251/1, 1273/6, 1273/11, 1273/12, 1273/14, 1273/15, 1297, 1298/6, 1298/8, 1298/9, 1300/1, 1300/2
Sörmitz	35/3, 38/1, 39, 40
<b>Gemeinde Dorfchemnitz</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Dorfchemnitz	883/g, 884, 894, 917/20, 946, 950, 955, 958, 959, 960, 961, 965, 966, 969, 970, 971, 975, 976, 977, 978, 979, 982, 1001, 1002, 1007, 1008, 1011, 1016, 1017, 1027, 1028, 1029, 1029/a, 1030, 1031, 1032, 1033, 1034, 1035, 1036, 1037, 1038, 1039, 1040, 1041, 1042, 1047, 1048, 1049, 1050, 1051, 1052, 1055, 1326, 1327, 1328, 1329, 1330, 1331, 1332, 1333, 1334
<b>Gemeinde Eppendorf</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Eppendorf	1234, 1235, 1255
<b>Stadt Flöha</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Flöha	177/19, 177/22, 177/54, 195/33, 208/3, 208/4, 341/5, 549/3, 562/2, 562/3, 736/2, 736/8, 736/10, 736/11, 736/13, 736/15, 736/16, 736/22, 736/23, 736/25, 738/2
Gückelsberg	5/7, 5/22
<b>Stadt Frankenberg/Sa.</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Dittersbach	51, 52/a, 55/3, 303/1, 578/4
Frankenberg	1010/1, 1011/1, 1011/2, 1011/3, 1015/3, 1137, 1165
Hausdorf	99/16
Langenstriegis	117/1, 130/4, 214/1, 214/c
Mühlbach	157, 976/17
<b>Stadt Frauenstein</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstück</b>
Burkersdorf	571/3
<b>Stadt Freiberg</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Freiberg	4071/3, 4078/3, 4146, 4152, 4154, 4156/1, 4156/2, 4158, 4159/1, 4162, 4167/1, 4167/2, 4167/3, 4168, 4170/4, 4172, 4173, 4175, 4176, 4177, 4178
Zug	53/a, 148
<b>Gemeinde Großhartmannsdorf</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstück</b>
Großhartmannsdorf	158/1

<b>Stadt Großschirma</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Großschirma	1094/1
Rothenfurth	75/3, 75/4, 76/4, 76/5
<b>Gemeinde Mühlau</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstück</b>
Mühlau	161
<b>Gemeinde Mulda/Sa.</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Mulda	377, 429, 430, 466, 601, 606, 620, 710, 711, 712, 713, 714, 715, 716/a, 716/b, 717, 718, 777, 778, 782/1, 787, 792, 793
Zethau	153/1, 420, 423/7, 427, 442/1, 442/a, 451, 452/b, 459, 460, 462, 470, 471, 473, 476, 480/a, 1263, 1282, 1284, 1285, 1286, 1287
<b>Gemeinde Niederwiesa</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Braunsdorf	25/5, 34/1, 34/a, 36/a, 36/c, 36/d, 37/9
Lichtenwalde	490/a
<b>Gemeinde Reinsberg</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Hirschfeld	336/16, 336/19, 336/21, 340/1, 341/4, 341/7, 341/8, 341/10, 342/3, 342/4, 346/3, 351/1, 351/2, 352, 353, 355, 360, 361, 362/1, 364, 365, 365/b, 365/c, 365/d, 365/e, 365/f, 365/g, 366, 367, 369, 373, 377, 379, 381/a, 381/b, 391/4, 391/c, 391/d, 391/e, 391/f, 391/g, 391/h, 391/i, 391/k, 398/1, 398/2, 511/1, 511/a, 511/b, 511/c, 511/d, 511/e, 511/f, 511/g, 511/h, 511/i, 514, 519/2, 522, 527/2
<b>Gemeinde Rossau</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Niederrossau	431/1
Oberrossau	45/a, 48/1, 49/20, 49/23, 50/20

<b>Landkreis Nordsachsen</b>	
<b>Gemeinde Arzberg</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Triestewitz Flur 7	alle Flurstücke
Triestewitz Flur 11	alle Flurstücke
<b>Stadt Bad Düben</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Bad Düben Flur 8	alle Flurstücke
Bad Düben Flur 12	alle Flurstücke
Bad Düben Flur 13	alle Flurstücke
Bad Düben Flur 17	alle Flurstücke
Bad Düben Flur 18	alle Flurstücke
Bad Düben Flur 19	alle Flurstücke
Schnaditz Flur 2	alle Flurstücke
Schnaditz Flur 3	alle Flurstücke
Schnaditz Flur 5	alle Flurstücke
Schnaditz Flur 6	alle Flurstücke
Tiefensee Flur 1	alle Flurstücke
Tiefensee Flur 2	alle Flurstücke
Tiefensee Flur 3	alle Flurstücke
Wellaune Flur 3	alle Flurstücke
<b>Gemeinde Beilrode</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Dautzschen Flur 1	alle Flurstücke
Dautzschen Flur 3	alle Flurstücke
Dautzschen Flur 4	alle Flurstücke
Dautzschen Flur 5	alle Flurstücke
Dautzschen Flur 7	alle Flurstücke
Dautzschen Flur 8	alle Flurstücke
Dautzschen Flur 9	alle Flurstücke
Dautzschen Flur 10	alle Flurstücke
Großtreben Flur 1	alle Flurstücke

Großtreben Flur 9	alle Flurstücke
Großtreben Flur 10	alle Flurstücke
Großtreben Flur 11	alle Flurstücke
Großtreben Flur 12	alle Flurstücke
Rosenfeld Flur 1	alle Flurstücke
Rosenfeld Flur 2	alle Flurstücke
Rosenfeld Flur 3	alle Flurstücke
Rosenfeld Flur 4	alle Flurstücke
Rosenfeld Flur 5	alle Flurstücke
Rosenfeld Flur 6	alle Flurstücke
Rosenfeld Flur 7	alle Flurstücke
Rosenfeld Flur 8	alle Flurstücke
Rosenfeld Flur 9	alle Flurstücke
<b>Stadt Belgern-Schildau</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Wohlau Flur 6	alle Flurstücke
Wohlau Flur 7	alle Flurstücke
Wohlau Flur 8	alle Flurstücke
Wohlau Flur 9	alle Flurstücke
<b>Gemeinde Cavertitz</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Schirmenitz	alle Flurstücke
Treptitz	alle Flurstücke
<b>Stadt Dahlen</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Börln	45/3, 46, 71/3, 259, 465/a, 538, 539, 541, 585/s, 589/1
Dahlen	45/2, 491, 3056, 3057
<b>Stadt Dommitzsch</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Dommitzsch Flur 11	alle Flurstücke
Dommitzsch Flur 12	alle Flurstücke
Dommitzsch Flur 13	alle Flurstücke
Dommitzsch Flur 14	alle Flurstücke
Dommitzsch Flur 15	alle Flurstücke
Dommitzsch Flur 16	alle Flurstücke
<b>Gemeinde Elsnig</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Drebligar Flur 1	alle Flurstücke
Drebligar Flur 2	alle Flurstücke
Drebligar Flur 3	alle Flurstücke
Drebligar Flur 4	alle Flurstücke
Drebligar Flur 8	alle Flurstücke
Drebligar Flur 9	alle Flurstücke
Drebligar Flur 10	alle Flurstücke
<b>Gemeinde Laußig</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Gruna Flur 1	alle Flurstücke
Gruna Flur 2	alle Flurstücke
Gruna Flur 3	alle Flurstücke
<b>Gemeinde Löbnitz</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Löbnitz Flur 2	alle Flurstücke
Löbnitz Flur 8	alle Flurstücke
Roitzschjora Flur 4	alle Flurstücke
<b>Gemeinde Naundorf</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Hof	54, 62/4, 397/2, 423/7

<b>Stadt Schkeuditz</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Dölzig	190/a, 190/b, 656/8, 707, 708, 709, 710, 711, 713/1, 913, 914, 915, 916, 919, 920/a, 920/b, 921, 922, 923, 924, 925, 927, 928, 933, 934, 937, 1075/10
Glesien Flur 1	92/4, 103/9
Glesien Flur 4	87/1
Kleinliebenau	7/1, 39, 42, 43, 44, 45, 47, 48, 49, 59, 77/1, 78/1, 79/1, 82/1, 83/1, 85/1, 86/1, 87/1, 89/1, 95/1, 96/1, 97/1, 98/1, 99/1, 124/1, 127/1, 134, 149/1, 227/1, 230/1
Schkeuditz Flur 7	78, 79/2, 79/3, 79/4, 83, 104, 110, 111
Schkeuditz Flur 21	42
<b>Stadt Taucha</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Dewitz	27, 38, 38/a, 77, 84, 163/1, 163/2, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 204, 242, 243/2, 251, 252
Döbitz	176/10, 177
Sehlis	9/8, 10, 10/a, 11, 12/1, 19/1, 21, 23, 24/1, 24/2, 24/a, 25, 26/1, 26/2, 27, 105, 107, 225
<b>Stadt Torgau</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Graditz Flur 1	alle Flurstücke
Graditz Flur 2	alle Flurstücke
Graditz Flur 3	alle Flurstücke
Torgau Flur 1	alle Flurstücke
Torgau Flur 3	alle Flurstücke
Torgau Flur 4	alle Flurstücke
Torgau Flur 21	alle Flurstücke
Torgau Flur 22	alle Flurstücke
Torgau Flur 38	alle Flurstücke
Torgau Flur 39	alle Flurstücke
Torgau Flur 40	alle Flurstücke
<b>Gemeinde Wiedemar</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Wiedemar Flur 3	39, 43/1, 64, 101/3, 604
Wiedemar Flur 5	7/3, 7/5, 18, 19, 20, 21, 22
Wiesenena Flur 2	9/2
Wiesenena Flur 4	9/2, 45, 70/1, 71, 74/1, 181/50
Wiesenena Flur 7	3/3, 6/4
Wiesenena Flur 11	4/2
<b>Gemeinde Zschepplin</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Glauchau Flur 1	alle Flurstücke
Glauchau Flur 2	alle Flurstücke
Glauchau Flur 6	alle Flurstücke
Zschepplin Flur 5	alle Flurstücke

<b>Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge</b>	
<b>Gemeinde Bannewitz</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstück</b>
Gaustritz	20
<b>Stadt Dippoldiswalde</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Niederpöbel	167, 169
Obercarsdorf	1/1, 129
Reichstädt	269/2, 269/3, 269/4, 269/5, 273/5, 275, 1165
Ulberndorf	1/g, 13, 19/5
<b>Stadt Dohna</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Dohna	281/1, 281/2
Gamig	1/21, 1/22
Krebs	17/1, 134, 136/1, 136/2, 140/1, 207/12, 207/14
Meusegast	222/3, 222/5, 250/1, 252/1, 253, 283/c, 284/1, 285/4

<b>Gemeinde Klingenberg</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Friedersdorf	275/1, 279, 281, 283/4, 283/5, 283/6, 283/7, 283/8, 283/9, 283/10, 283/11, 283/12, 283/13, 283/14, 283/15, 283/16, 283/17, 283/18, 283/19, 283/20, 283/21, 293, 295, 297/a, 297/b, 297/d, 300/b, 301, 303, 307, 767, 775, 778, 786, 798, 800, 808, 810, 814, 824, 849, 849/d, 849/f, 849/h, 849/i, 849/k, 849/l, 857/1, 866, 868, 869, 870, 871, 872, 873, 875, 876, 881, 883, 890, 892, 893, 894, 896, 897, 898, 899, 900, 901, 902, 903, 904, 905, 906
<b>Gemeinde Kreischa</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Brösgen	25, 26, 31, 36, 39, 59, 60, 62, 66, 72, 79
Gombsen	449/1
Kautzsch	44/a, 46, 48, 49, 51, 56/b, 57, 68, 69, 70, 71, 72/1, 73/7, 76/1, 77/1, 81/1, 126/2
Kleba	21, 24/4, 27/1, 27/2, 28, 29, 31/1, 33, 35/1, 37, 38, 94/1, 101, 104, 108, 110, 116
Kleincarsdorf	40/10, 40/11, 40/b, 40/c, 42, 42/1, 43, 44, 44/a, 45, 46, 48, 54, 54/a, 54/b, 54/c, 55, 55/e, 58, 65/a, 66, 70, 71, 73/1, 74, 77/1, 77/11, 80, 93/6, 130/2, 132, 134, 135, 137
Lungskwitz	126/1, 126/3, 126/5, 127/1, 127/2, 131/1, 313, 374, 375, 376/4, 379/3, 379/4, 392, 393, 396, 398, 399, 400
Mittelkreischa	50/c, 52/3, 54, 55, 62, 64/1, 72/2, 73/2, 84/2, 84/7, 84/12, 84/13, 84/14
Niederkreischa	104/2, 109/1, 117, 119, 122, 124, 125/2, 125/a, 125/b, 126, 127/3, 168, 170/1, 170/2, 176, 177, 178, 180, 180/a, 180/b, 194/1, 207/2, 208/1, 211/1, 222/1, 237/4, 322, 356, 357, 358, 359, 361, 362, 363, 364, 365, 366, 392
Oberkreischa	118
Saida	88/1
Theisewitz	5/1, 9/3, 14/2, 14/3, 16, 23/2
Wittgensdorf	34, 36/1, 37/1, 38/1, 39/1, 130, 150/1, 152/2, 152/5, 152/6, 155
Zscheckwitz	6/1, 12/1, 16/1, 25, 29, 39, 41/1
<b>Gemeinde Lohmen</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Lohmen	247, 248/1, 250/4, 250/6, 250/7, 264/b, 264/c, 401/34, 485/1, 499/d, 500/3, 500/4, 504, 505/1, 510/1, 511/9, 512/3, 513/4, 568/h, 568/i, 574/a, 574/b, 574/e, 574/f, 574/m, 574/o, 574/p, 574/q, 574/r, 574/s, 575/b, 575/f, 575/g, 575/h, 575/i, 575/m, 575/n, 575/p, 575/q, 587
<b>Stadt Neustadt in Sachsen</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Berthelsdorf	3, 4, 7, 8, 14/a, 16/1, 17/c, 35, 57/1, 59/1, 100, 101, 106/2, 106/3, 106/4, 108/4, 108/7, 108/10, 153/c, 153/f, 153/g, 153/k, 153/q, 155/b, 529/b, 552, 555/a, 555/b
Langburkersdorf	906/1, 934, 935
Neustadt	576/53, 577/1, 578/4, 717/1, 724, 730, 735, 736/1, 736/2, 736/a, 740/2, 740/3, 741/3, 800, 806, 814, 815/1, 815/2, 815/3
Niederottendorf	97, 98/1, 99/2, 165/7, 167/6, 235, 236, 237, 238, 240, 242, 243, 311, 311/1, 315, 319, 531/3, 1014
Polenz	408/f, 408/g, 410, 410/a, 1014/3, 1014/5, 1015/1
<b>Stadt Rabenau</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Großoelsa	356/1, 384/8
<b>Gemeinde Kurort Rathen</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstück</b>
Niederrathen	6/c
<b>Gemeinde Rosenthal-Bielatal</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Rosenthal	458/1, 458/b, 460/2
<b>Stadt Stadt Wehlen</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Dorf Wehlen	67/4, 423/1, 429/1, 430/1, 435/1, 437, 439, 441/1, 444/1, 448, 448/a, 474, 478/a, 478/b, 478/c, 479/a, 483/a, 490/a, 495/a
<b>Stadt Stolpen</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Langenwolmsdorf	74/a, 177, 207, 212/3, 215/3, 301, 302/a, 501, 502, 516, 537, 541, 547, 548/5, 868, 886, 1176, 1206, 1221, 1523/2, 1523/3, 1593/29
<b>Stadt Wilsdruff</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Grumbach	142/2, 143/5, 144, 145/4, 145/6, 145/8, 145/9, 145/10, 146/22, 148, 151/3, 152, 153, 174/2, 332/4, 495, 497, 501, 502, 508, 511, 518, 519, 531, 1326, 1347/1, 1351, 1352/1, 1353, 1353/a, 1385, 1388/1, 1513/2, 1513/3, 1513/4, 1513/6, 1770/1, 1770/2



Wilsdruff	485, 486/2, 496/9, 898, 899/1, 899/2, 911, 912, 915, 996, 998, 999, 1000, 1002, 1003, 1004, 1005, 1006, 1007, 1009, 1010, 1011, 1015
-----------	--

<b>Vogtlandkreis</b>	
<b>Stadt Falkenstein/Vogtl.</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Trieb	34/1, 38/b
<b>Stadt Netzschkau</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Netzschkau	415/7, 415/8, 415/15, 415/29, 415/32, 415/h, 416/3, 416/4, 416/6, 416/7, 545/7, 545/17, 603/10, 603/12, 603/13
<b>Gemeinde Pöhl</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Ruppertsgrün	574/2, 575/2, 583/2, 593, 598/7, 598/8
<b>Stadt Reichenbach im Vogtland</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Mylau	450/b, 453/7, 453/8, 453/9, 453/10, 453/11, 453/12, 454/3, 454/4, 456/1, 463/5, 682/c, 691, 692/3, 723/52, 723/53

<b>Landkreis Zwickau</b>	
<b>Gemeinde Bernsdorf</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Bernsdorf	953, 954, 955
Rüsdorf	91
<b>Gemeinde Callenberg</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Falken	486, 492, 492/a
Langenchursdorf	1053/6, 1069/1
Meinsdorf	77/2, 77/3, 77/a
<b>Gemeinde Dennheritz</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Niederschindmaas	269/2, 273/2
<b>Gemeinde Gersdorf</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Gersdorf	177/6, 179/2, 179/15, 446/4, 449, 452, 454, 455, 456
<b>Stadt Glauchau</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Gesau	195/5
Höckendorf	149/1, 152/3, 156/7, 158/3, 160/1, 166/1
Jerisau	228/6, 228/7, 228/8, 315/1, 316/1, 317/3, 318/1, 319/1, 329/2
Niederlungwitz	14/d, 38/f, 38/m, 38/n, 60/1, 72/1, 72/2, 72/3, 73/1, 73/2, 73/3, 74/1, 74/2, 74/3, 74/6, 74/7, 85/1, 90/1, 98/2, 101/1, 114/9, 114/14, 194/3, 197/2, 200/3, 200/4, 601/1, 642/2, 646/5, 658/3, 686/b, 688/3, 790/1, 790/6, 790/7, 790/8, 912/45, 912/47, 912/48, 912/i, 929/2, 930/2
Reinholdshain	93/2, 126/a, 448/3, 451/1, 466, 467/1, 468/3, 469/2, 469/3, 471/3
Wernsdorf	737, 789/2, 790/2, 793, 794, 795/2
<b>Gemeinde Langenbernsdorf</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstück</b>
Langenbernsdorf	93/7
<b>Stadt Lichtenstein/Sa.</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Lichtenstein	1124, 1128/1, 1128/a, 1133, 1138/1, 1143, 1460
<b>Stadt Limbach-Oberfrohna</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Bräunsdorf	3/b, 3/d, 3/f, 4/a, 4/h, 16, 17/1, 18/1, 19/8, 20/6, 20/9, 34, 35, 178/1, 187/1, 188/a, 188/c, 627/3, 634
Kändler	443/3
Pleißä	518, 524, 526/5
<b>Gemeinde Mülsen</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Mülsen St. Niclas	839, 840, 841, 845, 846, 849/2, 850, 851, 852, 853, 854, 855, 856, 857, 858, 859, 860/1, 861/1, 914/e, 1115/9

<b>Gemeinde Remse</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Kertzsch	136, 139
Remse	68/2, 114/2, 114/3, 114/10, 181/18, 181/19, 184/1, 184/6, 185/4, 185/8, 185/12, 185/13, 229/a, 333/6, 339/2, 436/1, 437/2, 438/1
<b>Gemeinde St. Egidien</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
St. Egidien	730, 731, 740/11
<b>Stadt Waldenburg</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Waldenburg	664/1, 674/1, 675/1, 676/1, 677/1, 677/3, 678, 679, 1339/6, 1339/8, 1339/9, 1340
<b>Stadt Wilkau-Haßlau</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Niederhaßlau	181/1, 182
<b>Stadt Zwickau</b>	
<b>Gemarkung</b>	<b>Flurstücke</b>
Bockwa	142/3
Crossen	409, 412/6, 680/2, 693/2, 696/2, 697/2
Mosel	408/8, 408/11, 408/12
Pölbitz	1/5, 6/f, 101/21, 292/1, 293/1, 297/2, 302/2, 305/2, 308/1, 311/1, 318/2, 322, 323/2, 324, 325, 329/2, 333/3, 342/1, 346, 347/1, 348, 348/1, 348/d, 348/e, 350/4, 351/1, 351/2, 352, 353/2, 357/5, 357/7, 693/6, 695/39
Schlunzig	124/2, 124/6, 124/8, 127/1, 129/2, 133, 134/1, 135/1, 136/1, 137/1, 137/4, 140/2, 141/2, 142/2, 143/1, 143/4, 143/7, 150/1, 150/4, 151/8, 180/6, 180/8, 181/12, 181/14, 182/7, 184/6, 184/8
Zwickau	1364/12

# Sächsisches Staatsministerium für Regionalentwicklung

## Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Regionalentwicklung zur Auslobung des Landeswettbewerbs „Stadtquartier mit Zukunft“

Vom 30. November 2023

### Inhalt:

1. Auslober
2. Hintergrund, Gegenstand und Ziele des Wettbewerbs
3. Thema des Wettbewerbs
4. Preisgericht
5. Teilnahmebedingungen
6. Einzureichende Unterlagen
7. Bewertungsmaßstäbe und -kriterien
8. Wettbewerbsverfahren
9. Dotierung des Wettbewerbs
10. Preisverleihung
11. Urheber- und Nutzungsrechte
12. Terminübersicht

### Hinweis:

Personenbezogene Begriffe gelten für alle Geschlechter.

### 1. Auslober

Der Landeswettbewerb „Stadtquartier mit Zukunft“ wird vom Freistaat Sachsen, vertreten durch das Sächsische Staatsministerium für Regionalentwicklung (SMR), erstmalig ausgelobt. Zusammen mit dem Staatspreis für Baukultur, dem Staatspreis ländliches Bauen und dem Sächsischen Landespreis „Baupraxis“ ist der Landeswettbewerb „Stadtquartier mit Zukunft“ Teil der Baukulturinitiative „Baukultur verbindet“ des SMR. Das Verfahren ist ein Impuls des simul+InnovationHubs. Es leistet einen Beitrag zur innovationsgestützten Regionalentwicklung und zur Innovationskultur im Freistaat Sachsen.

### 2. Hintergrund, Gegenstand und Ziele des Wettbewerbs

#### Hintergrund und Ziele

Das SMR beabsichtigt die Einleitung einer „Initiative für Zukunftsquartiere“. Beginnend mit der im Oktober 2023 erfolgten Auslobung des Sächsischen Landespreises „Baupraxis der Zukunft – nachhaltig, innovativ, zirkulär“ und der nun vorliegenden Auslobung des Landeswettbewerbes „Stadtquartier mit Zukunft“ sollen die aktuellen gesellschaftspolitischen Herausforderungen in der Stadtentwicklung und im Baubereich mit einem besonderen Schwerpunkt auf qualitätsvolle Stadträume, Energie- und Ressourceneffizienz, Teilhabe und Innovation in den Blick genommen werden. Im Einklang mit der neuen Innovationsstrategie des Freistaates Sachsen strebt das SMR eine innovationsgestützte Regionalentwicklung an, die ein intelligentes, ökologisch nachhaltiges und sozial integratives Wachstum in den sächsischen Städten und Regionen ermöglicht.

### Gegenstand der Auslobung

Der Landespreis „Stadtquartier mit Zukunft“ wird für beispielhafte Projekte auf dem Gebiet der Stadt- und Quartiersentwicklung in Sachsen verliehen. Mit ihm wird erstmals in Sachsen ein staatlicher Preis ausgelobt, der den städtebaulichen Planungsmaßstab mit seinen vielschichtigen entwerferischen Herausforderungen in den Mittelpunkt stellt. Die staatliche Anerkennung soll dabei die Städte und Gemeinden zusammen mit der Bauherrenschaft, den Stadtplanerinnen und Stadtplanern, den Architekturschaffenden sowie allen weiteren an Planung und Umsetzung beteiligten Fachleuten in ihrem gemeinsamen vorbildhaften Wirken für unsere bauliche Umwelt bestätigen und zu herausragenden Leistungen auf dem Gebiet der nachhaltigen Quartiersentwicklung und Baukultur motivieren. Für die Öffentlichkeit soll ein deutliches Zeichen zur Bewusstseinsstärkung für Baukultur, Nachhaltigkeit, Inklusion und Innovation gesetzt werden.

Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen von Stadtentwicklung unterliegen einem stetigen Wandel. Die sozio-ökologischen und sozial-räumlichen Herausforderungen erscheinen besonders hoch. Umso wichtiger wird es, dass Stadtquartiere trotz dieser vielfältigen funktionalen Anforderungen ein zukunftsfähiges und gut gestaltetes Umfeld für Wohnen und Arbeiten bilden. Nachhaltigkeitsaspekte, die im verantwortungsbewussten Umgang mit Energie- und Rohstoffressourcen und den Folgen des Klimawandels, aber auch in einem sparsamen Flächenverbrauch und der Nutzung von Bestandspotenzialen zum Ausdruck kommen, spielen als Querschnittsthema eine immer bedeutendere Rolle.

Der Landespreis nimmt deshalb die Schwerpunkte Ästhetik, Nachhaltigkeit, Inklusion und Innovation gleichermaßen in den Blick. Das gelungene, ganzheitliche Zusammenspiel dieser Aspekte in einem Stadtquartier im Sinne der Verwirklichung eines integrierten Ansatzes in der Stadt- und Gemeindeentwicklung ist eine wesentliche Voraussetzung für die Verleihung des Preises „Stadtquartier mit Zukunft“.

### 3. Thema des Wettbewerbs

Der Landeswettbewerb „Stadtquartier mit Zukunft“ im Jahr 2024 steht unter dem inhaltlich weit gefassten Thema der Gestaltung eines zukunftsfähigen Lebens- und Arbeitsumfeldes.

Schlüsselthema einer zukunftsfähigen Stadtentwicklung im Sinne der „dreifachen Innenentwicklung“ ist ein nachhaltiger Umgang mit der Ressource Boden im Zusammenspiel von aktiver und umweltfreundlicher Mobilität, grüner und blauer Infrastruktur sowie kompakter und energieeffizienter Bauweise im Innenbereich. Ein nachhaltiges Stadtquartier

zeichnet sich zusätzlich durch soziale Gerechtigkeit und langfristige wirtschaftliche sowie ökologische Tragfähigkeit aus.

Im Fokus des Landeswettbewerbs stehen deshalb sowohl bebaute und ehemals brachgefallene Flächen als auch Verkehrs-, Frei- und Grünräume innerhalb der Stadt, deren Gestaltung, Umnutzung, Sanierung oder Transformation zu einer hohen Lebensqualität, gesunden Umweltbedingungen und zur Stärkung der Stadtgemeinschaft beziehungsweise des gesellschaftlichen Zusammenhalts beitragen.

Als Stadtquartier im Sinne der Auslobung wird ein funktions-/nutzungsgemischtes Ensemble mit Wohnanteil verstanden, das räumlich/funktional mit dem Stadtgefüge verknüpft ist. In kleinen und sehr kleinen Städten kann unter Umständen die gesamte zentrale Ortslage oder ein Teil davon Gegenstand eines Stadtentwicklungsprojektes, und damit einer Einreichung sein.

Für das Wettbewerbsthema sind vor diesem Hintergrund insbesondere folgende Fragestellungen von Interesse:

- Kann das Stadtquartier als hervorragendes Beispiel für eine nachhaltige und zukunftsfähige Stadtentwicklung dienen?
- Leistet es einen wertvollen Beitrag für eine nachhaltige, ressourcenschonende und inklusive Quartiersentwicklung, die auch einem hohen Anspruch an Baukultur gerecht wird?
- Wie wurden Baustrukturen, Grün- und Freiflächen, öffentliche Räume und Verkehrsräume gemeinsam und unter Beachtung baukultureller Ansprüche qualifiziert entwickelt, um einen deutlichen Beitrag zum geistigen und körperlichen Wohlbefinden seiner Nutzer und Nutzerinnen zu leisten?
- Bietet das Stadtquartier attraktive öffentliche Räume, um Menschen in vielfältigen Umgebungen zusammenzubringen?
- Wie wurden Akteurinnen und Akteure bei der Planung/Konzeption berücksichtigt?
- Berücksichtigt das Stadtquartier die Bedürfnisse einer breitgefächerten Stadtgesellschaft?
- Wie tragen die durchgeführten Maßnahmen dazu bei, das gemeinschaftliche Miteinander im Quartier zu fördern?
- Wurden im Projekt gemeinwohlorientierte Eigentums- und Bodenmodelle entwickelt oder integriert, wie zum Beispiel Erbpacht, genossenschaftliches Bauen?
- Welche innovativen Ansätze, gegebenenfalls auch in experimenteller Form, wurden im Projekt angewendet oder erprobt?
- Gibt es Ansätze für innovative technische Lösungen im Quartier, beispielsweise im energetischen Bereich, oder im Bereich technische Infrastruktur?
- Werden digitale Lösungen eingesetzt, die zur Nachhaltigkeit und Klimaneutralität des Quartiers beitragen?
- Was leistet bei integrierten Quartierslösungen der Maßnahmen-Mix für das Quartier sowie für die angrenzenden Verflechtungsbereiche?
- Spielen bei der Planung und Durchführung der Quartiersmaßnahmen lokale und regionale Kreisläufe und Wertschöpfungsketten eine Rolle?
- Gibt es Ansätze für innovative Verkehrskonzepte im Quartier, auch im Hinblick auf Verflechtungsbereiche in der Region?

#### 4. Preisgericht

Über die Vergabe der Preise und ihre Staffelung entscheidet im Landeswettbewerb „Stadtquartier mit Zukunft“

ein unabhängiges, interdisziplinär zusammengesetztes Preisgericht aus fünf Mitgliedern. Ihm gehören an:<sup>1</sup>

- Prof. Dipl.-Ing. arch. Clemens Deilmann  
Experte für nachhaltige Stadtentwicklung, Dresden
- Frau Prof. Dr. Agnes Förster  
RWTH Aachen | Lehrstuhl für Planungstheorie und Stadtentwicklung  
Architektin und Stadtplanerin | STUDIO | STADT | REGION, München
- Frau Prof. Dipl.-Ing. Melanie Humann  
Technische Universität Dresden | Institut für Städtebau und Regionalplanung  
Architektin | Urban Catalyst GmbH Berlin
- Herr Dipl.-Ing. Andreas Krauth  
Architekt | Büro Teleinternetcafe Architektur und Urbanismus, Berlin
- Frau Barbara Meyer, Staatssekretärin  
Sächsisches Staatsministerium für Regionalentwicklung

Als Beraterin und stellvertretende Preisrichterin (ständig anwesend) wird benannt:

- Frau Prof. Dipl.-Ing. Annegret Stöcker  
HfWU Nürtingen Geislingen | Gast- und Vertretungsprofessur Landschaftsarchitektur  
Landschaftsarchitektin | QUERFELDEINS Landschaft | Städtebau | Architektur, Dresden

Als stellvertretende Preisrichter werden benannt:

- Herr Boris Harbaum, Referent (ständig anwesend)  
Sächsisches Staatsministerium für Regionalentwicklung
- Frau Stephanie Schmidt, Referentin (ständig anwesend)  
Sächsisches Staatsministerium für Regionalentwicklung

Das Preisgericht kann für seine Entscheidungsfindung nicht stimmberechtigte Sachverständige hinzuziehen.

#### 5. Teilnahmebedingungen

##### 5.1 Teilnahmeberechtigung

Die im Landeswettbewerb gesuchte Qualität kann nur dann entstehen, wenn alle an der Planung und Ausführung Beteiligten partnerschaftlich zusammenwirken. Daher würdigt der Landespreis nicht allein das Stadtquartier, sondern die jeweilige Gemeinde sowie Bauherren und Vorhabenträger zusammen mit den Planungsteams, die im Sinne einer gemeinsamen Urheberschaft zusammengearbeitet und dadurch das Gelingen des Projektes ermöglicht haben.

Zur Einreichung berechtigt sind deshalb Gemeinden und/oder öffentliche oder private Bauherren beziehungsweise Vorhabenträger gemeinsam mit Architekturschaffenden aller Fachrichtungen, Stadtplanenden und äquivalente Berufsgruppen. Die Benennung weiterer maßgeblich beteiligter Planender anderer Fachbereiche ist möglich. Sofern die Gemeinde nicht selber Einreichende ist, versichern die anderen Einreichenden, dass das Projekt im Einvernehmen mit der Gemeinde eingereicht wird.

Die Teilnehmenden müssen im Besitz des Urheberrechts beziehungsweise Nutzungsrechts an allen eingereichten Unterlagen sein.

Kleine und mittlere sächsische Städte sind ausdrücklich zur Einreichung von Stadtentwicklungsprojekten aufgefordert.

<sup>1</sup> in alphabetischer Reihenfolge

In der Verfassererklärung ist eine Vertretung für die Gemeinde und/oder die Bauherrenschaft beziehungsweise Vorhabenträgerschaft sowie eine Vertretung für die Entwurfsverfasser zu benennen. Im Fall einer Auszeichnung sind die in der Verfassererklärung namentlich genannten vertretungsberechtigten Personen zur Entgegennahme des Preises berechtigt.

Nicht teilnahmeberechtigt sind alle Personen sowie deren Partner, Angestellte und freie Mitarbeiter, die am Bewerbungsverfahren in irgendeiner Weise beteiligt sind. Der Teilnahmeausschluss gilt auch, wenn das Partnerschafts- oder Beschäftigungsverhältnis gelöst beziehungsweise beendet ist.

Die Teilnahme am Wettbewerb ist kostenfrei. Die Wettbewerbssprache ist Deutsch.

## 5.2 Zulassungsbereich

Zur Einreichung zugelassen werden alle Leistungen auf dem Gebiet der Gestaltung städtebaulicher Quartiere, die sich durch ihre herausragende Qualität hinsichtlich Ästhetik, Nachhaltigkeit, Inklusion und Innovation charakterisieren und in das Wettbewerbsthema „Stadtquartier mit Zukunft“ einordnen lassen.

Eingereicht werden können Projekte, die im Zeitraum seit 1. Januar 2010 im Freistaat Sachsen nutzungsfähig übergeben beziehungsweise nahezu vollständig fertig gestellt wurden. Konzeption und Entwurf können weiter zurückliegen.

Im Falle einer zunächst abschnittswisen Umsetzung muss der zur Beurteilung eingereichte Teilbereich in seiner Funktionalität ablesbar und vor Ort erlebbar sein, um eine Bewertung durch die Jury zu ermöglichen.

Eingereicht werden können beispielsweise vorbildliche Projekte aus der Städtebauförderung, der EFRE-Stadtentwicklung und der Stadtsanierung, aber auch Quartiersentwicklungen privater Vorhabenträger, zum Beispiel auf Grundlage vorhabenbezogener Bebauungspläne. Im Vordergrund steht der Quartiersbezug des Projektes, welcher sich insbesondere durch die Verwirklichung eines integrierten Ansatzes in den vier Schwerpunkten „Ästhetik, Nachhaltigkeit, Inklusion und Innovation“ auszeichnet. Dabei sollten mindestens drei dieser Elemente im Projekt berücksichtigt sein.

Mehrere Einreichungen sind möglich. Dies gilt auch, wenn die Planungsteams identisch sind. Bei Mehrfacheinreichung müssen die Beiträge einzeln eingereicht werden.

Wettbewerbsbeiträge, die bereits bei anderen Wettbewerben eingereicht oder ausgezeichnet wurden, sind zur Teilnahme zugelassen, insbesondere, wenn sie Teil beziehungsweise Einzelmaßnahmen innerhalb einer Quartiersentwicklung sind.

## 6. Einzureichende Unterlagen

### 6.1 Projektdokumentation

Die online einzureichende Projektdokumentation muss mindestens zehn und maximal fünfzehn hochwertige Foto-

aufnahmen und Plandarstellungen umfassen, die eine Beurteilung des Projektes ermöglichen:

- Übersichtsplan M 1:10 000 zur Verdeutlichung der städtebaulichen Einordnung und der Einbindung in die Umgebung
- Lageplan des Stadtquartiers/des Eingriffsbereiches im Stadtquartier
- Weitere Pläne zum Stadtquartier (Aufsichten, Isometrien/Perspektiven et cetera)
- mindestens fünf aussagekräftige Fotoaufnahmen

Optional können weitere Projektdokumente eingereicht werden:

- Gebäude- und Geländeschnitte des Quartiers
- Piktogramme, Funktionsschemata, gegebenenfalls Leitdetails et cetera
- Abbildungen vom Vorzustand

Die eingereichten Unterlagen sollen ein eindeutiges und vollständiges Bild des Stadtquartiers vermitteln und die besonderen Merkmale und Ziele des Projekts verdeutlichen.

Die Fotoaufnahmen und Zeichnungen sind in hoher, reproduktionsfähiger Qualität zu liefern.

Die Fotos sind als jpg-/tiff-Datei mit 300 dpi im Format DIN A3 einzureichen. Ein Schaubild ist in der Größe 80 cm x 45 cm (16/9) mit 300 dpi (maximal 20 MB) einzureichen.

Vektorbasierte Pläne sind als pdf-Datei einzureichen. Sonstige Plandarstellungen können als pdf- oder jpg-Datei eingereicht werden. Die Pläne sollten nur die für das Verständnis erforderlichen Beschriftungen enthalten. Bei der Einreichung der Projektdokumente ist zu beachten, dass die Abbildungen unter Umständen veröffentlicht werden und deshalb eine entsprechende Datenqualität und Anschaulichkeit aufweisen sollen.

### 6.2 Verfasser- und Einverständniserklärung

Die von der Bauherrenschaft und den Planenden unterschriebene Erklärung (Anlage der Auslobung) ist per Datei-Upload zu übertragen. Darin erklären die Einreichenden ihr Einverständnis

- zur Anerkennung der Wettbewerbsbedingungen gemäß der Auslobung einschließlich der Erklärung, dass die eingereichten Dateien frei von Rechten Dritter sind,
- zur Publikation des Wettbewerbsbeitrages und Nennung aller in der Einreichung namentlich Genannten,
- zur Speicherung der Daten zum Zwecke der Durchführung des Wettbewerbs entsprechend den geltenden Datenschutzbestimmungen,
- zur Überlassung von Nutzungsrechten an den im Rahmen des Wettbewerbs zur Verfügung gestellten Unterlagen wie Pläne und Abbildungen,
- zur Überlassung von Nutzungsrechten an den im Rahmen des Wettbewerbs zur Verfügung gestellten Fotos.

### 6.3 Weitere digitale Einreichungen

Das online auszufüllende Bewerbungstemplate enthält darüber hinaus folgende Angaben:

- Projektdaten (Projektbezeichnung, Lage des Projektes, Datum Entwurf, Baubeginn, Fertigstellung)
- Benennung der Beteiligten und deren Vertretung (Kontaktdaten Gemeinde/Bauherrenschaft/Vorhabenträgerschaft sowie Entwurfsverfasser/Planende/sonstige Akteure)

Die online auszufüllenden Erläuterungstexte sollen maximal 4 000 Zeichen umfassen und in kurzer und prägnanter Form folgende Aussagen enthalten:

- Projektbeschreibung (Aufgabenstellung, Lösungsansatz, Bearbeitungsschwerpunkt, Verfahren, Planungsprozess, Baulandmodell, et cetera), maximal 1 000 Zeichen
- Begründung der Projekteinordnung unter dem Wettbewerbsthema, maximal 1 000 Zeichen
- Erläuterungen entsprechend der in Punkt 7 aufgeführten fachlichen Schwerpunkte (ästhetische Qualität, Nachhaltigkeit, Inklusion sowie strategische Innovationsleistung des Projekts), jeweils maximal 500 Zeichen

## 7. Bewertungsmaßstäbe und -kriterien

Das Preisgericht prämiiert herausragende und beispielhafte Leistungen, die das Thema des Landeswettbewerbs „Stadtquartier mit Zukunft“ in der Einheit von besonderer ästhetischer Qualität, einem beispielhaften Anspruch an Nachhaltigkeit und Inklusion sowie von hohem Innovationsgehalt umgesetzt haben.

Bewertet wird, inwieweit die Einreichungen das Thema des Landeswettbewerbes aufgreifen und einen Beitrag zu den unter Punkt 2 der Auslobung aufgeführten Fragestellungen leisten. Die Einreichungen werden in Anlehnung an die NEB-Kriterien (New European Bauhaus) beurteilt (ohne Wichtung):

### Ästhetische Qualität

- (Entwurfs-)Idee und gestalterische Wertigkeit
- Umgang mit und Einbindung in den Standort/Stadt- und Landschaftsraum
- stadträumliche und stadtgestalterische Qualitäten

### Nachhaltigkeit

- Umnutzung/Wiedernutzung von Flächen und Bauwerken
- Ressourcen- und Energieeffizienz
- Klimaschutz und Klimaanpassung, Klimaresilienz

### Inklusion

- Beteiligungskultur im Planungs- und Umsetzungsprozess
- Teilhabe- und Aneignungsfähigkeit des Projektes
- Funktionsmischung und Beitrag zur Stärkung des Gemeinwesens

### Strategische Innovationsleistung

- Integration innovativer technischer Lösungen
- Innovative Ansätze in den Bereichen Ökologie, Wirtschaft, Soziales
- Innovative Formen der Beteiligung

Bei der Bewertung der Einreichungen wird grundsätzlich nicht zwischen großen oder kleinen Stadtquartieren, Neubau- oder Sanierungsvorhaben, öffentlichen oder privaten Projekten und großen oder kleinen Gemeinden unterschieden. Allein die Bewertungsmaßstäbe und -kriterien sind entscheidend.

Für den Fall, dass aus den Einreichungen eine deutliche Differenzierung zwischen den spezifischen Lösungen für große, mittlere und kleine Städte ersichtlich wird, kann das Preisgericht sich für eine Vergabe des Preises in mehreren Kategorien entscheiden.

## 8. Wettbewerbsverfahren

### 8.1 Auslobung

Die Auslobung des Landeswettbewerbs „Stadtquartier mit Zukunft“ wird am 30. November 2023 im sächsischen Beteiligungsportal unter

<https://mitdenken.sachsen.de/stadtquartiermitzukunft>

veröffentlicht.

### 8.2 Rückfragen

Rückfragen zu den Auslobungsunterlagen und zum Verfahren können bis zum 13. Dezember 2023 ausschließlich schriftlich unter [stadtentwicklung-eu-foerderung@smr.sachsen.de](mailto:stadtentwicklung-eu-foerderung@smr.sachsen.de) eingereicht werden. Die bis zum genannten Datum eingegangenen Rückfragen werden anonymisiert und gesammelt beantwortet.

Die Antworten stehen ab 20. Dezember 2023 in einem Zentralkokument (Rückfragenprotokoll) unter <https://mitdenken.sachsen.de/stadtquartiermitzukunft> zur Verfügung.

### 8.3 Bewerbung

Die Wettbewerbsbeiträge können bis zum 15. Januar 2024, 12:00 Uhr ausschließlich online über das Beteiligungsportal

(<https://mitdenken.sachsen.de/stadtquartiermitzukunft>) eingereicht werden.

Jeder Wettbewerbsbeitrag muss einzeln eingereicht werden und bekommt eine Antragsnummer zugewiesen.

Die Projektdokumentation (Fotoaufnahmen und Plan-darstellungen) gemäß Punkt 6.1 der Auslobung ist per Datei-upload zu übertragen. Die von der Vertretung der Gemeinde/Bauherrenschaft/Vorhabenträgerschaft sowie von der Vertretung des Entwurfsverfassers beziehungsweise der Entwurfsverfasserin zu unterschreibende Verfasser- und Einverständniserklärung (Anlage der Auslobung) ist ebenfalls per Upload zu übertragen.

Der Auslober behält sich vor, zusätzlich zu den online eingereichten Daten die original unterschriebene Verfasser- und Einverständniserklärung (keine Kopie) per Post einzufordern.

Die Bewerbung ist erfolgt, sobald die Bewerbungsunterlagen (nach Maßgabe der Auslobung) ordnungs- und fristgemäß hochgeladen sind.

### 8.4 Vorprüfung

Die Vorprüfung prüft die Bewerbungsunterlagen wer-tungsfrei auf Vollständigkeit und die Erfüllung der formalen und fachlichen Anforderungen der Auslobung. Kriterien sind unter anderem die Teilnahmeberechtigung der Einreichenden, die fristgerechte Einreichung und die Vollständigkeit und Richtigkeit der eingereichten Unterlagen, die Fertigstellung des Objekts im festgelegten Zeitrahmen ab 2010 und die Einordnung des Beitrages unter dem Wettbewerbsthema.

Die Ergebnisse der Vorprüfung werden in einem Vorprüfbericht aufbereitet und dem Auslober und dem Preisgericht mindestens eine Woche vor der ersten Sitzung (Auswahl-/Nominierungsrunde) zur Verfügung gestellt. Der Vorprüfbericht dient dem Preisgericht als Arbeitsgrundlage für die Bewertung in der Preisgerichtssitzung.

## 8.5 Sitzung des Preisgerichts

Das Preisgericht tritt zunächst in einer Auswahl- beziehungsweise Nominierungsrunde zusammen, in der aus allen Bewerbungen voraussichtlich zehn Einreichungen ausgewählt werden. In einer abschließenden Preisgerichtssitzung am 21. März 2024 erfolgt die Benennung des Landespreises und gegebenenfalls der Auszeichnungen beziehungsweise Anerkennungen. Das Preisgericht wählt die Beiträge aus, die die Anforderungen der Auslobung am besten erfüllen.

Die Preisgerichtssitzung findet unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Alle Beteiligten unterliegen der Schweigepflicht.

Das Preisgericht entscheidet frei und unabhängig, ist jedoch in seinem Votum der Auslobung verpflichtet. Es wird seine Entscheidungen zur Nominierung und zur Preisverleihung schriftlich begründen. Die Entscheidungen des Preisgerichts sind bindend und nicht anfechtbar. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

## 9. Dotierung des Wettbewerbs

Der Auslober dotiert den Landeswettbewerb „Stadtquartier mit Zukunft“ mit einem Preisgeld von insgesamt 20 000 Euro.

Das Preisgericht ist hinsichtlich der Preisvergabe und der Aufteilung des Preisgeldes in seiner Entscheidung frei. Die Festlegung der Anzahl der Auszeichnungen beziehungsweise Anerkennungen sowie die Aufteilung des Preisgeldes unter diesen obliegt dem Preisgericht. Auch eine Vergabe in mehreren Kategorien kann festgelegt werden.

Darüber hinaus erhalten die Preisträger und Nominierten ein umfangreiches Paket an medialer Präsenz, welches unter anderem

- ein Porträt im Rahmen der Wanderausstellung zum Landeswettbewerb,
- die Verbreitung des Projektes in den sozialen Medien des Auslobers einschließlich seiner Partner,
- die Darstellung auf der Website „Baukultur in Sachsen“,
- die Darstellung in der Broschüre zum Landeswettbewerb,
- eine Würdigung als Best-Practice-Beispiel im Zusammenhang mit Aktivitäten des simul+InnovationHub,
- die Präsentation im Rahmen eines Imagefilms sowie
- die Würdigung im Rahmen der Preisverleihung durch eine Laudatio umfasst.

Im prämierten Quartier wird an geeigneter Stelle eine Tafel mit einem den Wettbewerbsbeitrag würdigenden Text angebracht beziehungsweise eine Stele aufgestellt.

## 10. Preisverleihung

Die Entscheidung des Preisgerichts wird erst am Tag der Preisverleihung öffentlich bekannt gegeben. Die Preis-

verleihung findet am 25. April 2024 im Rahmen einer Festveranstaltung statt.

Die Teilnehmenden aller eingereichten Wettbewerbsbeiträge werden dazu schriftlich eingeladen. Diejenigen Wettbewerbsteilnehmenden, die ausgezeichnet werden, werden vor der Preisverleihung benachrichtigt.

## 11. Urheber- und Nutzungsrechte

Im Rahmen ihrer Bewerbung stellen die Teilnehmenden dem Auslober Texte, Fotos und Pläne (nachfolgend Werke) zur Verfügung, an denen Urheberrechte bestehen. Die digital eingereichten Unterlagen werden Eigentum des Auslobers. Das Recht des Urhebers nach § 14 UrhG bleibt unbenommen.

Die Urheber übertragen dem Auslober im Rahmen der gesetzlichen Schutzfrist das zeitlich, räumlich und inhaltlich unbeschränkte Recht zur körperlichen (zum Beispiel Print-) und unkörperlichen (zum Beispiel Internet-)Nutzung der von ihnen eingereichten Werke für alle in Betracht kommenden Nutzungsarten, soweit sie in Zusammenhang mit dem Landeswettbewerb stehen.

Darüber hinaus räumen die Urheber dem Auslober das Recht ein, die eingereichten Fotos sowie die eingereichten Werke in Größe/Beschnitt, Auflösung und Umfang zu bearbeiten beziehungsweise bearbeiten zu lassen, um eine einheitliche Darstellung aller eingereichten Werke zu erreichen. Die Urheber und Urheberinnen der zur Verfügung gestellten Fotos sind zu benennen.

Außerdem berechtigen die Urheber den Auslober dazu, die eingereichten Werke auf eigenen Wunsch innen und außen fotografieren und/oder filmen zu lassen und diese Fotos/Filme im Zusammenhang mit dem Landeswettbewerb „Stadtquartier mit Zukunft“ zu nutzen.

Ein Anspruch auf Veröffentlichung beziehungsweise Präsentation der Beiträge besteht nicht. Im Falle einer Veröffentlichung werden die Namen von Bauherrenschaft, Planenden sowie von Fotografierenden genannt.

Die Verfasser und Verfasserinnen versichern, dass durch eine Verwertung der von ihnen zur Verfügung gestellten Werke keine Rechte Dritter verletzt werden. Die Verfasser beziehungsweise Verfasserinnen stellen den Auslober von allen Ansprüchen Dritter bezüglich der Verwertung und Nutzung frei.

## 12. Terminübersicht

Bekanntmachung der Auslobung:	30. November 2023
Termin zur Einreichung von Rückfragen:	13. Dezember 2023
Termin zur Einreichung der Bewerbung:	15. Januar 2024, 12:00 Uhr
Entscheidung des Preisgerichts:	21. März 2024
Preisverleihung:	25. April 2024

Dresden, den 30. November 2023

Sächsisches Staatsministerium für Regionalentwicklung  
Annette Rothenberger-Temme  
Abteilungsleiterin Stadtentwicklung, Bau- und Wohnungswesen

**Anlage**

Verfasser- und Einverständniserklärung Landeswettbewerb „Stadtquartier mit Zukunft“

Antrags-Nummer: ..... (wird vom Auslober vergeben)

**Bewerbung für den Landeswettbewerb „Stadtquartier mit Zukunft“ 2024****Verfasser- und Einverständniserklärung des Bewerbers beziehungsweise der Bewerberin****Projektbezeichnung**.....  
.....

Mit den Wettbewerbsbedingungen entsprechend der Auslobung für den Landeswettbewerb „Stadtquartier mit Zukunft“ erklären wir uns einverstanden und reichen hiermit eine gemeinsame Bewerbung ein.

Einer öffentlichen Berichterstattung einschließlich der Veröffentlichung von Abbildungen und Texten sowie der Nennung der Bauherrenschaft und aller am Werk beteiligten Planer durch das Sächsische Staatsministerium für Regionalentwicklung (SMR) stimmen wir zu, ohne dass hierfür ein Anspruch auf eine Gegenleistung erhoben wird.

Wir erklären die Zustimmung zur Speicherung der Daten zum Zwecke der Durchführung des Wettbewerbs entsprechend den geltenden Datenschutzbestimmungen sowie zur unentgeltlichen Überlassung von zeitlich, räumlich und inhaltlich unbeschränkten Nutzungsrechten an den im Rahmen des Wettbewerbs zur Verfügung gestellten Daten, Texten, Fotos und Plänen, an denen Urheberrechte bestehen.

Wir versichern, dass durch die Veröffentlichung nicht die Rechte Dritter verletzt werden. Insofern stellen wir das Sächsische Staatsministerium für Regionalentwicklung von Ansprüchen Dritter frei.

Die Bauherrenschaft stimmt zu, dass an einer geeigneten Stelle im Quartier des Landeswettbewerbs „Stadtquartier mit Zukunft“ eine Tafel mit einem den Wettbewerbsbeitrag würdigenden Text angebracht oder eine Stele aufgestellt wird, ohne dass hierfür ein Anspruch auf eine Gegenleistung erhoben wird.

Es wird bestätigt, dass keine Verbindung (Partnerschaft, Anstellung, freie Mitarbeit) zu Personen besteht, die an diesem Bewertungsverfahren mitwirken.

Sofern die Einreichende/der Einreichende nicht die Gemeinde selber ist, versichern die Vertreter der Bauherren/der Vorhabenträger, dass die Einreichung im Einvernehmen mit der Gemeinde erfolgt.

Mit der Unterschrift bestätigen wir, dass wir Urheber der von uns eingereichten Leistungen sind. Unsere Angaben sind richtig und vollständig.

Vertretung für den Bauherrn/den Vorhabenträger/die Gemeinde<sup>2</sup>:

Ort, Datum: .....

Unterschrift: .....

Vertretung der Entwurfsverfasser:

Ort, Datum: .....

Unterschrift: .....

---

<sup>2</sup> Hinweis: Ein Gemeindevertreter kann sich hier eintragen, wenn diese auch Bauherrin beziehungsweise Vorhabenträgerin ist.



# **Landesdirektion Sachsen**

## **Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen über Anträge auf Erteilung von Leitungs- und Anlagenrechtsbescheinigungen Gemarkung Syrau**

### **Vom 16. November 2023**

Die Landesdirektion Sachsen gibt bekannt, dass der Zweckverband Wasser und Abwasser Vogtland, Hammerstraße 28 in 08523 Plauen Anträge auf Erteilung von Leitungs- und Anlagenrechtsbescheinigungen gemäß § 9 Absatz 4 des Grundbuchbereinigungsgesetzes vom 20. Dezember 1993 (BGBl. I S. 2182, 2192), das zuletzt durch Artikel 158 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist, gestellt hat.

Die Anträge (Az.: 32-0552/32/10 und 14) betreffen die vorhandene Trinkwasserleitung und die vorhandenen Abwasserleitungen einschließlich Zubehör, Sonder- und Nebenanlagen und Schutzstreifen.

Die von den Anlagen betroffenen Grundstückseigentümer der Gemeinde Rosenbach (Gemarkung Syrau) können die eingereichten Anträge sowie die beigelegten Unterlagen in der Zeit

vom 3. Januar bis einschließlich 31. Januar 2024

in der Landesdirektion Sachsen, Dienststelle Chemnitz, Altchemnitzer Straße 41, 09120 Chemnitz, einsehen. Im Vorfeld bitten wir um eine telefonische Kontaktaufnahme unter der Telefonnummer 0371/532-1145.

Ergänzend wird auf die Möglichkeit zur Einsichtnahme in die Planunterlagen während des vorgenannten Zeitraums unter <http://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung/> verwiesen (danach bitte die Rubrik Infrastruktur-Grundbuchbereinigung wählen). Im Internet erfolgt die Freischaltung mit Beginn des Auslegungszeitraumes.

Nach § 27a Absatz 1 Satz 4 des Verwaltungsverfahrensgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 2003 (BGBl. I S. 102), das zuletzt durch Artikel 24 Absatz 3 des Gesetzes vom 25. Juli 2021 (BGBl. I S. 2154) geändert worden ist, ist der Inhalt der zur Einsicht ausgelegten Unterlagen maßgeblich.

Die Landesdirektion Sachsen erteilt die Leitungs- und Anlagenrechtsbescheinigungen nach Ablauf der Ausle-

gungsfrist gemäß § 9 Absatz 4 des Grundbuchbereinigungsgesetzes in Verbindung mit § 7 Absatz 4 und 5 der Sachverhalts-Durchführungsverordnung vom 20. Dezember 1994 (BGBl. I S. 3900).

#### **Hinweise zur Einlegung von Widersprüchen**

Gemäß § 9 Absatz 1 Satz 1 des Grundbuchbereinigungsgesetzes ist von Gesetzes wegen eine beschränkte persönliche Dienstbarkeit für alle am 3. Oktober 1990 bestehenden Energiefortleitungsanlagen und Anlagen der Wasserversorgung und -entsorgung entstanden. Die durch Gesetz entstandene Dienstbarkeit dokumentiert nur den Stand vom 3. Oktober 1990. Da die Dienstbarkeit durch Gesetz bereits entstanden ist, kann ein Widerspruch nicht damit begründet werden, dass kein Einverständnis mit der Belastung des Grundstückes erteilt wird.

Ein zulässiger Widerspruch kann nur darauf gerichtet sein, dass die im Antrag dargestellte Leitungsführung nicht richtig ist. Dies bedeutet, dass ein Widerspruch sich nur dagegen richten kann, dass das Grundstück gar nicht von der Leitung oder in anderer Weise als dargestellt, betroffen ist. Wir möchten Sie daher bitten, nur in begründeten Fällen von Ihrem Widerspruchsrecht Gebrauch zu machen.

Der Widerspruch kann bei der Landesdirektion Sachsen, Altchemnitzer Straße 41, 09120 Chemnitz, oder den Dienststellen der Landesdirektion Sachsen in Dresden, Stauffenbergallee 2, 01099 Dresden, oder in Leipzig, Braustraße 2, 04107 Leipzig bis zum Ende der Auslegungsfrist erhoben werden. Die Schriftform kann durch die elektronische Form ersetzt werden. Der elektronischen Form genügt ein elektronisches Dokument, das mit einer qualifizierten elektronischen Signatur versehen ist. Die Schriftform kann auch ersetzt werden durch Versendung eines elektronischen Dokuments mit der Versandart nach § 5 Absatz 5 des De-Mail-Gesetzes. Die Adressen und die technischen Anforderungen für die Übermittlung elektronischer Dokumente sind über die Internetseite [www.lids.sachsen.de/kontakt](http://www.lids.sachsen.de/kontakt) abrufbar.

Leipzig, den 16. November 2023

Landesdirektion Sachsen  
Holger Keune  
Referatsleiter Planfeststellung

# **Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen über Anträge auf Erteilung von Leitungs- und Anlagenrechtsbescheinigungen Gemarkungen Scheibenberg und Crottendorf**

**Vom 16. November 2023**

Die Landesdirektion Sachsen gibt bekannt, dass der Abwasserzweckverband „Oberes Zschopau- und Sehmatal“, Talstraße 55 in 09488 Thermalbad Wiesenbad Anträge auf Erteilung von Leitungs- und Anlagenrechtsbescheinigungen gemäß § 9 Absatz 4 des Grundbuchbereinigungsgesetzes vom 20. Dezember 1993 (BGBl. I S. 2182, 2192), das zuletzt durch Artikel 158 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist, gestellt hat.

Die Anträge (Az.: 32-0552/32/11 und 13) betreffen die vorhandene Regenwasserleitung DN 300 und die vorhandene Mischwasserleitung DN 400 einschließlich Zubehör, Sonder- und Nebenanlagen und Schutzstreifen.

Die von den Anlagen betroffenen Grundstückseigentümer der Stadt Scheibenberg (Gemarkung Scheibenberg Flurst.-Nr. 478) und der Gemeinde Crottendorf (Gemarkung Crottendorf) können die eingereichten Anträge sowie die beigefügten Unterlagen in der Zeit

vom 3. Januar bis einschließlich 31. Januar 2024

in der Landesdirektion Sachsen, Dienststelle Chemnitz, Altchemnitzer Straße 41, 09120 Chemnitz, einsehen. Im Vorfeld bitten wir um eine telefonische Kontaktaufnahme unter der Telefonnummer 0371/532-1145.

Ergänzend wird auf die Möglichkeit zur Einsichtnahme in die Planunterlagen während des vorgenannten Zeitraums unter <http://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung/> verwiesen (danach bitte die Rubrik Infrastruktur-Grundbuchbereinigung wählen). Im Internet erfolgt die Freischaltung mit Beginn des Auslegungszeitraumes.

Nach § 27a Absatz 1 Satz 4 des Verwaltungsverfahrensgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 2003 (BGBl. I S. 102), das zuletzt durch Artikel 24 Absatz 3 des Gesetzes vom 25. Juli 2021 (BGBl. I S. 2154) geändert worden ist, ist der Inhalt der zur Einsicht ausgelegten Unterlagen maßgeblich.

Die Landesdirektion Sachsen erteilt die Leitungs- und Anlagenrechtsbescheinigungen nach Ablauf der Auslegungsfrist gemäß § 9 Absatz 4 des Grundbuchbereinigungsgesetzes in Verbindung mit § 7 Absatz 4 und 5 der Sachenrechts-Durchführungsverordnung vom 20. Dezember 1994 (BGBl. I S. 3900).

## **Hinweise zur Einlegung von Widersprüchen**

Gemäß § 9 Absatz 1 Satz 1 des Grundbuchbereinigungsgesetzes ist von Gesetzes wegen eine beschränkte persönliche Dienstbarkeit für alle am 3. Oktober 1990 bestehenden Energiefortleitungsanlagen und Anlagen der Wasserversorgung und -entsorgung entstanden. Die durch Gesetz entstandene Dienstbarkeit dokumentiert nur den Stand vom 3. Oktober 1990. Da die Dienstbarkeit durch Gesetz bereits entstanden ist, kann ein Widerspruch nicht damit begründet werden, dass kein Einverständnis mit der Belastung des Grundstückes erteilt wird.

Ein zulässiger Widerspruch kann nur darauf gerichtet sein, dass die im Antrag dargestellte Leitungsführung nicht richtig ist. Dies bedeutet, dass ein Widerspruch sich nur dagegen richten kann, dass das Grundstück gar nicht von der Leitung oder in anderer Weise als dargestellt, betroffen ist. Wir möchten Sie daher bitten, nur in begründeten Fällen von Ihrem Widerspruchsrecht Gebrauch zu machen.

Der Widerspruch kann bei der Landesdirektion Sachsen, Altchemnitzer Straße 41, 09120 Chemnitz, oder den Dienststellen der Landesdirektion Sachsen in Dresden, Stauffenbergallee 2, 01099 Dresden, oder in Leipzig, Braustraße 2, 04107 Leipzig bis zum Ende der Auslegungsfrist erhoben werden. Die Schriftform kann durch die elektronische Form ersetzt werden. Der elektronischen Form genügt ein elektronisches Dokument, das mit einer qualifizierten elektronischen Signatur versehen ist. Die Schriftform kann auch ersetzt werden durch Versendung eines elektronischen Dokuments mit der Versandart nach § 5 Absatz 5 des De-Mail-Gesetzes. Die Adressen und die technischen Anforderungen für die Übermittlung elektronischer Dokumente sind über die Internetseite [www.lids.sachsen.de/kontakt](http://www.lids.sachsen.de/kontakt) abrufbar.

Leipzig, den 16. November 2023

Landesdirektion Sachsen  
Holger Keune  
Referatsleiter Planfeststellung

**Bekanntmachung  
der Landesdirektion Sachsen  
über den Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes  
Antrag auf wesentliche Änderung  
der Biogaserzeugungsanlage Zwickau-Niederplanitz  
der Firma Bioenergieerzeugung Zwickau eG  
am Standort 08064 Zwickau, Zur Kohlenstraße 29  
– Auslegung des Antrages und der Unterlagen –**

**Gz.: 44-8431/2782**

**Vom 4. Dezember 2023**

Die Bioenergieerzeugung Zwickau eG in 08132 Mülsen, Lippoldsrh 20, beantragte mit Datum vom 24. Mai 2023 die Genehmigung nach § 16 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274, 2021 I S. 123), das zuletzt durch Artikel 11 Absatz 3 des Gesetzes vom 26. Juli 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 202) geändert worden ist, in Verbindung mit § 1 der Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2017 (BGBl. I S. 1440), die durch Artikel 1 der Verordnung vom 12. Oktober 2022 (BGBl. I S. 1799) geändert worden ist, und den Nummern 8.6.3.2, 1.2.2.2 und 9.1.1.2 des Anhangs 1 zur Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen für die wesentliche Änderung der Biogaserzeugungsanlage Zwickau-Niederplanitz am Standort 08064 Zwickau, Zur Kohlenstraße 29, Gemarkung Niederplanitz, Flurstück 283/9.

Die Änderungen beinhalten im Wesentlichen

- Errichtung eines zweiten BHKW-Moduls mit einer Feuerungswärmeleistung von 3.608 kW
- Errichtung einer Gasaufbereitung (Gaskühlung, Aktivkohlefilter) sowie eines Harnstoff-Lagertanks
- Errichtung einer Trafostation
- Erneuerung der gasdichten Abdeckung am Fermenter, Gärrestspeicher 1 und 2
- Erneuerung der Rührwerkstechnik am Fermenter, Gärrestspeicher 1 und 2
- Errichtung eines Annahmedosierers
- Errichtung von zwei Warmwasser-Pufferspeichern
- Errichtung eines Technikcontainers zur Wärmeauskoppelung
- Errichtung eines Notstromaggregates

Mit diesen Änderungen entsteht am Standort ein Betriebsbereich im Sinne des § 3 Absatz 5a des Bundes-Immissionsschutzgesetzes.

Genehmigungsbehörde ist die Landesdirektion Sachsen. Die Verfahrensführung erfolgt durch das Referat Immissionsschutz der Landesdirektion Sachsen in der Dienststelle Chemnitz, 09120 Chemnitz, Altchemnitzer Straße 41.

Das Vorhaben bedarf einer Genehmigung nach § 16 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes und wird hiermit gemäß § 19 Absatz 4 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes öffentlich bekannt gemacht.

Der Genehmigungsantrag und die von der Antragstellerin vorgelegten Unterlagen, mit Ausnahme der Unterlagen nach § 10 Absatz 2 Satz 1 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse), sowie die entscheidungserheblichen Berichte und Empfehlungen, die

der Landesdirektion Sachsen zum Zeitpunkt der Bekanntmachung vorliegen, liegen nach dieser Bekanntmachung einen Monat, vom

**21. Dezember 2023 bis einschließlich 19. Januar 2024**

für jedermann zur Einsichtnahme bei folgenden Stellen aus:

1. Landesdirektion Sachsen, Abteilung Umweltschutz,  
  
Zimmer 517,  
Altchemnitzer Straße 41 in 09120 Chemnitz,  
Montag bis Donnerstag von 8:00 Uhr bis 16:00 Uhr  
Freitag von 8:00 Uhr bis 12:00 Uhr
2. Bürgerservice im Erdgeschoss des Rathauses Zwickau,  
Hauptmarkt 1, 08056 Zwickau:  
Montag und Mittwoch von 7:00 Uhr bis 13:00 Uhr,  
Dienstag und Donnerstag von 8:00 Uhr bis 18:00 Uhr,  
Freitag und Sonnabend von 8:00 Uhr bis 13:00 Uhr

Weitere Informationen, die für die Entscheidung über die Zulässigkeit des Vorhabens von Bedeutung sein können und die der Landesdirektion Sachsen erst nach Beginn der Auslegung vorliegen, werden der Öffentlichkeit nach den Bestimmungen über den Zugang zu Umweltinformationen zugänglich gemacht.

Einwendungen gegen das Vorhaben können vom

**21. Dezember 2023 bis einschließlich 2. Februar 2024**

schriftlich oder elektronisch bei einer der vorgenannten Stellen vorgebracht werden. Der Zugang für elektronische Dokumente ist auf die Dateiformate .docx und .pdf beschränkt. Die Übermittlung des elektronischen Dokuments hat an die Adresse [post@lds.sachsen.de](mailto:post@lds.sachsen.de) zu erfolgen. Es gilt das Eingangsdatum. Mit Ablauf der Einwendungsfrist sind im Genehmigungsverfahren alle Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen. Das gilt nicht für ein sich anschließendes Widerspruchs- und Klageverfahren.

Einwendungsbefugt sind gemäß § 19 Absatz 4 Satz 3 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes Personen, deren Belange berührt sind, oder Vereinigungen, welche die Anforderungen des § 3 Absatz 1 oder des § 2 Absatz 2 des Umwelt-Rechtsbehelfsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. August 2017 (BGBl. I S. 3290), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 14. März 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 71) geändert worden ist, erfüllen.

Die Einwendungen müssen leserlich neben dem Vor- und Familiennamen auch die volle Anschrift des Einwenders tragen. Unleserliche Namen oder Anschriften werden bei gleichförmigen Einwendungen unberücksichtigt gelassen.

Einwendungen, die von mehr als 50 Personen entweder auf Unterschriftenlisten unterzeichnet oder in Form gleichlautender Texte eingereicht werden (gleichförmige Einwendungen), müssen einen Unterzeichner mit seinem Vor- und Familiennamen, seinem Beruf und seiner Anschrift als gemeinsamen Vertreter der übrigen Unterzeichner bezeichnen. Gleichförmige Einwendungen, die diese Angaben nicht deutlich sichtbar auf jeder mit einer Unterschrift versehenen Seite enthalten, werden ebenfalls nicht berücksichtigt.

Darüber hinaus können auch nur solche Einwendungen berücksichtigt werden, die konkret angeben, welche Beeinträchtigungen befürchtet werden. Die Einwendungsschrei-

ben werden der Antragstellerin zwecks Stellungnahme zur Kenntnis gegeben. Die Behörde soll auf Verlangen des Einwenders dessen Name und Anschrift vor der Bekanntgabe an die Antragstellerin unkenntlich machen, wenn diese Angaben zur ordnungsgemäßen Durchführung des Genehmigungsverfahrens nicht erforderlich sind. Informationen zum Datenschutz finden Sie unter [www.lids.sachsen.de/datenschutz](http://www.lids.sachsen.de/datenschutz).

Die Entscheidung über den Antrag wird öffentlich bekannt gemacht. Die Zustellung der Entscheidung über den Genehmigungsantrag an die Personen, die Einwendungen erhoben haben, kann durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden.

Diese Bekanntmachung ist bis zum Ende der Einwendungsfrist auch auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <http://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung> unter der Rubrik Umweltschutz einsehbar.

Chemnitz, den 4. Dezember 2023

Landesdirektion Sachsen  
Svarovsky  
Abteilungsleiter

# **Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen über die Auslegung der räumlichen Erweiterungen des Verordnungsentwurfes im Festsetzungsverfahren des Hochwasserentstehungsgebietes „Oberlausitzer Bergland/Hohwald“**

**Gz.: DD42-8612/1859/14**

**Vom 4. Dezember 2023**

**I.**

Die Landesdirektion Sachsen als obere Wasserbehörde beabsichtigt, eine Rechtsverordnung gemäß § 76 Absatz 1 Satz 2 Sächsisches Wassergesetz vom 12. Juli 2013 (SächsGVBl. S. 503), das zuletzt durch Artikel 12 des Gesetzes vom 20. Dezember 2022 (SächsGVBl. S. 705) geändert worden ist, zur Festsetzung des Hochwasserentstehungsgebietes „Oberlausitzer Bergland/Hohwald“ zu erlassen.

**II.**

Der Verordnungsentwurf lag in der Zeit vom 17. April bis 16. Mai 2023 öffentlich aus. Die während der Öffentlichkeitsbeteiligung vorgebrachten Anregungen und Hinweise wurden geprüft. Im Ergebnis der Prüfung wird der Entwurf der Rechtsverordnung räumlich erweitert. Bezüglich der räumlichen Erweiterungen wird die öffentliche Auslegung gemäß § 121 Absatz 5 Sächsisches Wassergesetz wiederholt.

Die räumlichen Erweiterungen umfassen eine Größe von 246 Hektar und erstrecken sich auf Teile der Gemeinde Schmölln-Putzkau (Gemarkung Oberputzkau) und der Gemeinde Neukirch/Lausitz (Gemarkungen Niederneukirch und Oberneukirch). Das Hochwasserentstehungsgebiet wird in nördliche Richtung erweitert. Nachfolgende Gebietsbeschreibung wird neu in den Rechtsverordnungsentwurf aufgenommen. „Westlich des Sportplatzes in der Gemarkung Oberneukirch verläuft die Grenze nach Norden entlang der August-Bebel-Straße bis an die Bahnanlage. Die Grenze folgt der Bahnanlage Neukirch (Lausitz) weiter nach Westen bis sie in der Gemeinde Schmölln-Putzkau, Gemarkung Oberputzkau der südlichen Bahnanlage bis zur Landkreisgrenze folgt, um am Ausgangspunkt wieder zu enden.“ Der konkrete Grenzverlauf ergibt sich aus den Detailkarten.

**III.**

Der erweiterte Verordnungsentwurf als Text mit einer Übersichtskarte, fünf Detailkarten und einem Flurstückverzeichnis liegt in der Zeit

**vom 9. Januar 2024 bis einschließlich 8. Februar 2024**

für jede Person zur kostenlosen Einsichtnahme in der Landesdirektion Sachsen, Dienststelle Dresden, Referat 42,

Stauffenbergallee 2, 01099 Dresden, zu den Dienstzeiten aus. Dienstzeiten sind

Montag und Mittwoch:	9 Uhr bis 12 Uhr sowie 13 Uhr bis 15 Uhr,
Dienstag und Donnerstag:	9 Uhr bis 12 Uhr sowie 13 Uhr bis 18 Uhr,
Freitag:	9 Uhr bis 12 Uhr.

Für die Einsichtnahme in den Verordnungsentwurf empfiehlt sich vorher eine **telefonische Terminvereinbarung** unter folgender Telefonnummer: 0351 825-4204.

Diese Bekanntmachung und der auszulegende Verordnungsentwurf sind während des oben genannten Zeitraums gemäß § 27a des Verwaltungsverfahrensgesetzes auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen

<https://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung>

unter der Rubrik Umweltschutz, Wasserwirtschaft einsehbar.

**IV.**

Einwendungen gegen die Festsetzung des Schutzgebietes im Verordnungsentwurf sowie Anregungen zum Entwurf können – soweit sie die räumliche Erweiterung betreffen – **innerhalb von zwei Wochen nach Ablauf der Auslegungsfrist, also bis einschließlich 22. Februar 2024, bei der Landesdirektion Sachsen schriftlich (09105 Chemnitz) oder zur Niederschrift (Stauffenbergallee 2, 01099 Dresden) vorgebracht werden.** Es gilt das Eingangsdatum.

Die Schriftform kann durch die elektronische Form ersetzt werden. In diesem Fall ist das elektronische Dokument mit einer **qualifizierten elektronischen Signatur** zu versehen. Der Zugang für elektronische Dokumente ist auf die Dateiformate .doc, .docx und .pdf beschränkt. Die Übermittlung des elektronischen Dokuments hat an die Adresse [post@lds.sachsen.de](mailto:post@lds.sachsen.de) zu erfolgen.

Einwendungen müssen in leserlicher Schrift den Vor- und Familiennamen sowie die vollständige Anschrift des Einwenders enthalten. Die Landesdirektion Sachsen prüft die fristgemäß vorgebrachten Bedenken und Anregungen.

Nach § 27a Absatz 1 Satz 4 des Verwaltungsverfahrensgesetzes ist der Inhalt der zur Einsicht ausgelegten Unterlagen maßgeblich.

Dresden, den 4. Dezember 2023

Landesdirektion Sachsen  
Svarovsky  
Abteilungsleiter

**Bekanntmachung  
der Landesdirektion Sachsen  
nach § 5 Absatz 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung  
über das Ergebnis der Vorprüfung zur Feststellung der UVP-Pflicht  
für das Vorhaben „Talsperre Forchheim,  
Neubau einer zusätzlichen Hochwasserentlastungsanlage  
zur Herstellung der Hochwassersicherheit nach DIN 19700/11“**

**Gz.: 42-8301/108/5**

**Vom 30. November 2023**

Gemäß § 5 Absatz 2 Satz 1 bis 3 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2021 (BGBl. I S. 540), das durch Artikel 2 des Gesetzes vom 22. März 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 88) geändert worden ist, wird Folgendes bekannt gemacht:

Die Landestalsperrenverwaltung des Freistaates Sachsen beantragte mit Schreiben vom 27. März 2023, Posteingang 29. März 2023, für das Vorhaben „Talsperre Forchheim, Neubau einer zusätzlichen Hochwasserentlastungsanlage zur Herstellung der Hochwassersicherheit nach DIN 19700/11“ bei der Landesdirektion Sachsen gemäß § 70 Absatz 1 Halbsatz 2 des Wasserhaushaltsgesetzes vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 3. Juli 2023 (BGBl. I S. 176) geändert worden ist, in Verbindung mit § 1 Satz 1 des Gesetzes zur Regelung des Verwaltungsverfahrens- und des Verwaltungszustellungsrechts für den Freistaat Sachsen vom 19. Mai 2010 (SächsGVBl. S.142), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 12. Juli 2013 (SächsGVBl. S. 503) geändert worden ist, und § 74 Absatz 6 des Verwaltungsverfahrensgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 2003 (BGBl. I S. 102), das zuletzt durch Artikel 24 Absatz 3 des Gesetzes vom 25. Juni 2021 (BGBl. I S. 2154) geändert worden ist, die Planfeststellung-/genehmigung und reichte hierzu entsprechende Planunterlagen ein. Damit wurde gemäß § 5 Absatz 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung das Verfahren eröffnet, um festzustellen, ob für das Vorhaben eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht.

1. Gegenstand der UVP-Vorprüfung sind mehrere Maßnahmen an der Talsperre Forchheim, die planungsseitig zu einem Vorhaben zusammengefasst sind. Vorrangiges Ziel der Maßnahme ist der Neubau einer linksseitigen Hangentlastung zur Herstellung der norm- und anforderungsgemäßen Hochwassersicherheit nach DIN 19700/11. Die vorhandene Hochwasserentlastungsanlage im Komplexbauwerk der Talsperre Forchheim ist technisch nicht in der Lage, Hochwasserabflüsse, die gemäß der aktuellen hydrologischen Betrachtung für den Nachweis der Anlagensicherheit nach DIN 19700/11 anzusetzen sind, schadlos abzuführen. Insbesondere die Ableitung des BHQ<sub>2</sub> ist unter Einhaltung des erforderlichen Freibordes rechnerisch nicht möglich. Bei Talsperren der Talsperrenklasse 1, zu denen auch die Talsperre Forchheim gehört, wird für das BHQ<sub>2</sub> ein HQ<sub>10.000</sub> angesetzt, also ein Hochwasserereignis, welches statistisch aller 10.000 Jahre zu erwarten ist. Bei einem derartigen Hochwasserfall würde es zum Kronenstau und mit hoher Wahrscheinlichkeit zur Überströmung der Dammkrone kommen. Aufgrund sehr hoher Fließgeschwindigkeiten im Extremhochwasserfall eines BHQ<sub>2</sub> ist zu befürchten,

dass es zu rückschreitender Erosion und in der Folge zur Gefährdung der Standsicherheit des Dammbauwerkes kommen kann. Daher beabsichtigt die Landestalsperrenverwaltung die bestehende Hochwasserentlastungsanlage zu erweitern, um die Anlagensicherheit nach DIN 19700/11 herzustellen.

Zudem ist ein teilweiser Umbau der vorhandenen Hochwasserentlastung im Komplexbauwerk vorgesehen. Dabei wird das bereits ausgebaute Gerinne im Auslauf des Grundablasskanals neu profiliert und erweitert, so dass der aus dem Komplexbauwerk zufließende Hochwasserabfluss schadlos vom Dammbauwerk weggeführt werden kann.

Für dieses Gewässerausbauvorhaben, welches der Nummer 13.18.1 (sonstiger Gewässerausbau) der Anlage 1 zum Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung zuzuordnen ist, wurde durch die Landesdirektion Sachsen zur Feststellung der Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung eine allgemeine Vorprüfung gemäß § 5 Absatz 1 Satz 1 und § 7 Absatz 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung in Verbindung mit der Anlage 3 zum Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt.

2. Im Ergebnis der allgemeinen Vorprüfung wurde am 30. November 2023 festgestellt, dass das Vorhaben voraussichtlich erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen haben wird, die nach § 25 Absatz 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei der Zulassungsentscheidung zu berücksichtigen wären. Danach besteht für dieses Vorhaben eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung.

Die wesentlichen Gründe für diese Entscheidung sind:

- Vom geplanten Vorhaben sind das Landschaftsschutzgebiet (LSG) „Saidenbachtalsperre“, das Flächennaturdenkmal (FND) „Haselbachwiesen“ sowie gesetzlich geschützte Biotop „natürliche Fließgewässer“, „Erlen-Eschenwald der Auen- und Quellbereiche“ und „Binsen-, Waldsimen- und Schachtelhalmsumpf“ (wie folgt) betroffen:
- Gemäß § 26 Absatz 2 des Bundesnaturschutzgesetzes sind in einem LSG alle Handlungen verboten, die den Charakter des Gebiets verändern oder dem besonderen Schutzzweck zuwiderlaufen. Es ist davon auszugehen, dass der Charakter des LSG durch das geplante Vorhaben nicht verändert wird und das Vorhaben dem Schutzzweck nicht zuwiderläuft.
- Gemäß § 28 Absatz 2 des Bundesnaturschutzgesetzes ist die Beseitigung eines Naturdenkmals sowie alle Handlungen, die zu einer Zerstörung, Beschädigung oder Veränderung des Naturdenkmals führen können, verboten. Das FND „Haselbachwiese“ wurde mit der Verordnung vom 20. Januar 1993 durch das Landrats-

amt Marienberg als FND rechtsverbindlich festgesetzt. Entsprechend der Schutzgebietsverordnung liegt der wesentliche Schutzzweck (vergleiche § 3 der Schutzgebietsverordnung) in der Erhaltung artenreicher Feucht- und Nasswiesen und eines naturnahen mäandrierenden Bachlaufs. Der Schutzzweck erstreckt sich auch auf die bachbegleitenden Gehölze.

- Gemäß §30 Absatz 2 des Bundesnaturschutzgesetzes sind Handlungen, die zu einer Zerstörung oder einer sonstigen erheblichen Beeinträchtigung gesetzlich geschützter Biotope führen können, verboten.
- Durch das Vorhaben kommt es durch Versiegelung/Teilversiegelung zu einem erheblichen dauerhaften Funktionsverlust des Bodens. Mit der Flächeninanspruchnahme sind gesetzlich geschützte Biotope und das FND „Haselbachwiesen“ betroffen. Hierbei kommt es zum dauerhaften Verlust an Lebensräumen für Pflanzen und

Tiere. Diese Auswirkungen werden als erheblich eingestuft.

Die Feststellung, dass für dieses Vorhaben eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht, ist gemäß § 5 Absatz 3 Satz 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung nicht selbstständig anfechtbar.

Die entscheidungsrelevanten Unterlagen sind der Öffentlichkeit gemäß den Bestimmungen des Sächsischen Umweltinformationsgesetzes vom 1. Juni 2006 (SächsGVBl. S. 146), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 10 des Gesetzes vom 19. August 2022 (SächsGVBl. S. 486) geändert worden ist, in der Landesdirektion Sachsen, Referat 42, Altchemnitzer Straße 41, 09120 Chemnitz, zur Einsichtnahme zugänglich.

Chemnitz, den 5. Dezember 2023

Landesdirektion Sachsen  
Pfeifer  
Referatsleiter

**Bekanntmachung  
der Landesdirektion Sachsen  
zur Entstehung der Stiftung „Stiftung Zukunft Gewandhaus zu Leipzig“**

**Gz.: 20-2245/762/1**

**Vom 13. Dezember 2023**

Durch Anerkennung der Landesdirektion Sachsen vom 7. Dezember 2023 ist die mit Stiftungsgeschäft vom 2. November 2023 errichtete Stiftung „Stiftung Zukunft Gewandhaus zu Leipzig“ als rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts in Leipzig entstanden. Zweck der Stiftung ist die Förderung von Kunst und Kultur, insbesondere Musik, des internationalen und nationalen kulturellen Austauschs sowie die Förderung der musikalischen Bildung, Erziehung und

Musikvermittlung für alle Alters- und Zielgruppen, die Förderung der Wissenschaft und Forschung und die Förderung mildtätiger Zwecke.

Diese Bekanntmachung kann auch auf der Internetseite der Landesdirektion <http://www.sachsen.de> unter der Rubrik Inneres, Gesundheit und Soziales – Kommunalwesen eingesehen werden.

Leipzig, den 13. Dezember 2023

Landesdirektion Sachsen  
Rossmanith  
Abteilungsleiter



**Bekanntmachung  
der Landesdirektion Sachsen  
zur Auflösung der „Familienstiftung Menze“**

**Gz.: 20-2245/102/1**

**Vom 4. Dezember 2023**

Die Landesdirektion Sachsen hat mit Bescheid vom 4. Dezember 2023 den Beschluss des Vorstandes der „Familienstiftung Menze“ mit Sitz in Leipzig vom 2. April 2023 über die Auflösung der Stiftung genehmigt. Die Stiftung hört damit auf zu bestehen und ist im Stiftungsverzeichnis bei der Landesdirektion Sachsen gelöscht worden.

Diese Bekanntmachung kann auch auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <https://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung> unter der Rubrik Inneres, Soziales und Gesundheit – Kommunalwesen eingesehen werden.

Leipzig, den 4. Dezember 2023

Landesdirektion Sachsen  
Rossmann  
Abteilungsleiter

**Bekanntmachung  
der Landesdirektion Sachsen  
zur Entstehung der Stiftung „Stiftung Gemeinsinn Limbach-Oberfrohna“**

**Gz.: 20-2245/735/1**

**Vom 5. Dezember 2023**

Durch Anerkennung der Landesdirektion Sachsen vom 28. November 2023 ist die mit Stiftungsgeschäft vom 2. November 2023 errichtete Stiftung „Stiftung Gemeinsinn Limbach-Oberfrohna“ als rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts in Limbach-Oberfrohna entstanden. Zwecke der Stiftung sind die Förderung der Jugend- und Altenhilfe, die Förderung der Erziehung, Volks- und Berufsbildung, die Förderung des Wohlfahrtswesens, die Förderung der Hilfe

für Behinderte und die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements zugunsten gemeinnütziger Zwecke.

Diese Bekanntmachung kann auch auf der Internetseite der Landesdirektion <http://www.sachsen.de> unter der Rubrik Inneres, Gesundheit und Soziales – Kommunalwesen eingesehen werden.

Leipzig, den 5. Dezember 2023

Landesdirektion Sachsen  
Rossmanith  
Abteilungsleiter

## **Andere Behörden und Körperschaften**

### **Bekanntmachung des Landratsamtes Bautzen über die Genehmigung der Satzung zur Änderung der Verbandssatzung des Abwasserzweckverbandes „Kamenz-Nord“**

**Vom 13. Oktober 2023**

Das Landratsamt Bautzen als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde für den Abwasserzweckverband „Kamenz-Nord“ hat mit Bescheid vom 13. Oktober 2023 (Az.: 15.2-093.1101:00-AZV-KM-Nord<24.11.2022) auf der Grundlage des § 61 Absatz 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134) geändert worden ist, wie folgt entschieden:

„Die am 24. November 2022 von der Versammlung des Abwasserzweckverbandes „Kamenz-Nord“ beschlossene Satzung zur Änderung der Verbandssatzung des Abwasserzweckverbandes „Kamenz-Nord“ vom 26. September 2000, zuletzt geändert am 06. Oktober 2021, wird genehmigt.“

Die Änderungssatzung zur Verbandssatzung wird hiermit bekannt gemacht.

Bautzen, den 13. Oktober 2023

Landratsamt Bautzen  
Udo Witschas  
Landrat

## Satzung zur Änderung der Verbandssatzung des Abwasserzweckverbandes „Kamenz-Nord“

Auf der Grundlage des § 61 Abs. 1 und des § 26 Abs. 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15.04.2019 (SächsGVBl. Seite 270) hat die Versammlung des Abwasserzweckverbandes „Kamenz-Nord“ am 24.11.2022 folgende Änderung der Verbandssatzung vom 26.09.2000 (SächsABl. Seite 826) in der Fassung der Änderungssatzungen vom 29.08.2001 (SächsABl. Seite 1112), 08.11.2001 (SächsABl. 2002 Seite 30), 28.02.2003 (SächsABl. Seite 406), 26.08.2003 (SächsABl. Seite 970), 01.07.2004 (SächsABl. Seite 782), 08.10.2004 (SächsABl. Seite 1181), 12.07.2005 (SächsABl. Seite 794), 18.12.2006 (SächsABl. 2007 Seite 229), 26.11.2008 (SächsABl. 2009 Seite 311), 29.03.2010 (SächsABl. Seite 687), 10.09.2013 (SächsABl. Seite 197), 21.09.2015 (SächsABl. 2016 Seite 109), 25.09.2017 (SächsABl. 2018 Seite 101),

24.09.2019 (SächsABl. Seite 1865) und 06.10.2021 (SächsABl. Seite 1496) beschlossen:

### Artikel 1 Änderung

§ 1 – Verbandsmitglieder und Verbandsgebiet – Absatz 2 Satz 3 wird gestrichen.

### Artikel 2 Inkrafttreten

Diese Änderungssatzung tritt am 01.01.2023 in Kraft.

Bernsdorf, den 24. November 2022

Abwasserzweckverband „Kamenz-Nord“  
Habel  
Verbandsvorsitzender

### Hinweis gemäß § 4 Absatz 4 der Sächsischen Gemeindeordnung in Verbindung mit § 47 Absatz 2 und § 6 Absatz 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit:

Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften zustande gekommen sind, gelten ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen. Dies gilt nicht, wenn

1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,
3. der Verbandsvorsitzende dem Beschluss nach § 56 Absatz 3 Satz 2 des Sächsischen Gesetzes über kommunale

nale Zusammenarbeit in Verbindung mit § 21 Absatz 3 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in Verbindung mit § 52 Absatz 2 Sätze 2 bis 5 der Sächsischen Gemeindeordnung wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat,

4. vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist
  - a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
  - b) die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschrift gegenüber dem Zweckverband unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach den Nummern 3 oder 4 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.

Bernsdorf, den 24. November 2022

Abwasserzweckverband „Kamenz-Nord“  
Habel  
Verbandsvorsitzender

# **Bekanntmachung des Landratsamtes Meißen über die Genehmigung der Neufassung der Verbandssatzung des Zweckverbandes Abwasserbeseitigung „Oberes Elbtal Riesa“**

**Vom 23. November 2023**

Das Landratsamt Meißen hat als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde mit Bescheid vom 23. November 2023 (Az.: 77114/2023) die am 29. September 2023 durch die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Abwasserbeseitigung „Oberes Elbtal Riesa“ beschlossene Neufassung der Verbandssatzung gemäß § 61 Absatz 1 Satz 1 und § 26 Ab-

satz 1 und 3 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134) geändert worden ist, genehmigt.

Meißen, den 23. November 2023

Landratsamt Meißen  
Ralf Hänsel  
Landrat

## **Verbandssatzung des Zweckverbandes Abwasserbeseitigung Oberes Elbtal Riesa – Neufassung –**

**Vom 29. September 2023**

Aufgrund von § 61 Abs. 1 i. V. m. § 26 Abs. 1 des Sächsischen Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), das durch Art. 3 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134) geändert worden ist, hat die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Abwasserbeseitigung Oberes Elbtal Riesa am 29. September 2023 im Wege der Änderung der bisherigen Verbandssatzung vom 10. Oktober 2005 (SächsABl. 2006 S. 392 ff.) zuletzt geändert durch die 5. Änderungssatzung vom 14. November 2011 (SächsABl. 2012 S. 11 f.) die folgende Neufassung der Verbandssatzung beschlossen:

### **I.**

#### **Allgemeine Bestimmungen**

##### **§ 1**

##### **Name und Sitz**

(1) Der Verband führt den Namen „Zweckverband Abwasserbeseitigung Oberes Elbtal Riesa“. Er ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

(2) Der Verband hat seinen Sitz in Riesa.

##### **§ 2**

##### **Verbandsmitglieder**

(1) Verbandsmitglieder sind die Große Kreisstadt Riesa, die Städte Lommatzsch und Strehla sowie die Gemeinden Hirschstein und Stauchitz.

(2) Andere Gemeinden oder Verbände (zum Beispiel Zweckverbände) können dem Zweckverband beitreten. Voraussetzung für den Beitritt ist eine schriftliche Erklärung der beitretenden Gemeinde beziehungsweise des beitretenden Verbandes gegenüber dem Verbandsvorsitzenden. Der Beitritt bedarf einer Änderung der Verbandssatzung. Über den Beitritt und die Beitrittsbedingungen (zum Beispiel Auswirkungen auf das Stimmrecht und den Umlagemaßstab) entscheidet die Verbandsversammlung. Die Bedingungen des Beitritts zum Verband werden zuvor zwischen ihm und dem beitretenden Mitglied schriftlich vereinbart.

(3) Das Verbandsgebiet umfasst die Gebiete seiner Mitglieder, soweit sie dem Verband Aufgaben der Abwasserbeseitigung übertragen haben.

##### **§ 3**

##### **Aufgaben des Verbandes**

(1) Der Zweckverband hat anstelle seiner Verbandsmitglieder die Aufgabe, das im Verbandsgebiet von den Verbandsmitgliedern gesammelte und vom Zweckverband an den jeweiligen Übergabestellen übernommene Abwasser nach § 54 Abs. 1 und 2 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushaltes vom 31. Juli 2009 (BGBl. I. S. 2585) in der jeweils geltenden Fassung zentral zu entsorgen. Die Aufgaben der Niederschlagswasserbeseitigung und der dezentralen Abwasserentsorgung verbleiben bei den Verbandsmitgliedern. Soweit das Niederschlagswasser in einen zentralen Mischwasserkanal eingeleitet wird, erfolgt die Beseitigung durch den Zweckverband.

(2) Der Verband kann über die Aufgabe nach Abs. 1 hinaus die Erfüllung von Aufgaben im Rahmen der Abwas-

serbeseitigung für die Verbandsmitglieder erledigen. Die Einzelheiten sind in separaten Verträgen mit diesen Verbandsmitgliedern zu regeln.

(3) Der Verband verfolgt keine Gewinnerzielungsabsicht. Er kann sich zur Erfüllung seiner Aufgaben Dritter bedienen, soweit die Grundsätze dieser Satzung nicht entgegenstehen.

(4) Das Recht, Abgaben und für die Benutzung von Einrichtungen Entgelte zu erheben, verbleibt bei den Verbandsmitgliedern. Der Verband hat darüber hinaus keine Befugnisse, Satzungen anstelle der Verbandsmitglieder zu erlassen. Im Übrigen gehen das Recht und die Pflicht der Verbandsmitglieder, die dem Verband übertragenen Aufgaben zu erfüllen, und die notwendigen Befugnisse auf den Verband über.

(5) Der Verband kann mit benachbarten Gemeinden und Zweckverbänden im Landkreis Meißen zusammenarbeiten. Die Einzelheiten sind in einer Vereinbarung entsprechend zu regeln.

#### § 4

##### **Verbandseigene und Verbandsmitglieder Anlagen/Übergabestellen**

(1) Der Verband übernimmt die zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlichen Anlagen und Einrichtungen der Verbandsmitglieder. Die Anlagen und Einrichtungen werden Eigentum des Verbandes. Der Verband wird zum gegebenen Zeitpunkt die übernommenen Anlagen je nach Bedarf erneuern oder erweitern. Die einzelnen Verbandsmitglieder bleiben verpflichtet, die in ihrem jeweiligen Gemeindegebiet befindlichen Ortsnetze in eigener Verantwortung zu überwachen und zu betreiben.

(2) Das jeweilige Ortskanalnetz des einzelnen Verbandsmitglieds bleibt dessen Eigentum. Die Eigentums-grenzen sind gleichzeitig die Übergabestellen, an denen das einzelne Verbandsmitglied das in seinem Gebiet anfallende Abwasser an den Verband übergibt.

(3) Vor wesentlichen Änderungen und Erweiterungen der Ortskanalisation, insbesondere bei der Erschließung von Wohn- und Gewerbegebieten, ist der Verband rechtzeitig zu unterrichten.

(4) Der Verband und die einzelnen Mitglieder können vereinbaren, den Betrieb von Ortskanalisationen zu übertragen. Eine Rückübertragung an die Verbandsmitglieder ist bei nachträglicher Leistungsunfähigkeit möglich.

#### § 5

##### **Anteile der Verbandsmitglieder (Stimmenanteil und Umlagemaßstab)**

(1) Der Stimmenanteil der einzelnen Verbandsmitglieder beträgt:

Gemeinde Hirschstein	1
Stadt Lommatzsch	4
Stadt Riesa	9
Gemeinde Stauchitz	2
Stadt Strehla	2

(2) Für die Bestimmung des Umlagemaßstabes wird der Anteil des Trinkwasserverbrauchs im Gebiet der Verbandsmitglieder im jeweiligen Abrechnungsjahr im Verhältnis zum Trinkwasserverbrauch des gesamten Verbandsgebietes ermittelt. Der anzusetzende Trinkwasserverbrauch ist auf der Basis einer vertraglichen Grundlage mit dem jeweils zu-

ständigen Trinkwasserversorger durch den Zweckverband abzurufen. Dieser ist um die Menge zu reduzieren, die nachweislich nicht in die Ortskanalisation der Verbandsmitglieder eingeleitet wird. Auf dieser Grundlage erfolgt die Festlegung des Umlagemaßstabes jährlich bis zum 30.06. für das darauffolgende Haushaltsjahr, auf der Basis des Trinkwasserverbrauches des Vorjahres.

#### § 6

##### **Ausscheiden von Verbandsmitgliedern**

(1) Das Ausscheiden von Verbandsmitgliedern aus dem Verband ist nach § 62 Abs. 2 Satz 1 i. V. m. Abs. 1 Sächs-KomZG zulässig, wenn die Verbandsversammlung mit einer Dreiviertelmehrheit der satzungsmäßigen Stimmenanzahl zustimmt. Der Austritt des Verbandsmitgliedes kann nur zum Ende eines Kalenderjahres erfolgen und muss mindestens 1 Jahr zuvor schriftlich erklärt werden; es bedarf einer Änderung der Verbandssatzung. Das ausscheidende Verbandsmitglied haftet für die bis zu seinem Ausscheiden entstandenen Verbindlichkeiten des Verbandes nach Maßgabe des Umlagemaßstabes gemäß § 5 Abs. 2 im Zeitpunkt des Ausscheidens weiter.

(2) Das ausscheidende Verbandsmitglied hat keinen Anspruch auf eine Beteiligung am Verbandsvermögen; die Verbandsversammlung kann jedoch beschließen, dem ausscheidenden Verbandsmitglied eine Entschädigung nach billigem Ermessen zu gewähren, falls das Ausscheiden die wirtschaftliche Lage des Verbandes nicht wesentlich beeinträchtigt. Eingebrahtes Vermögen erhält das Verbandsmitglied zurück, soweit es dieses zur Erfüllung seiner Aufgaben benötigt. Sofern es eingebrahtes Vermögen zur Erfüllung seiner Aufgaben nicht benötigt, wird es entschädigt.

#### II.

##### **Verfassung des Verbandes**

#### § 7

##### **Verbandsorgane**

(1) Die Organe des Verbandes sind:

1. die Verbandsversammlung und
2. der Verbandsvorsitzende.

(2) Die Vertreter der Verbandsmitglieder in der Verbandsversammlung sowie der Verbandsvorsitzende sind ehrenamtlich tätig. Für den Verbandsvorsitzenden sowie seinen Stellvertreter kann durch Satzung eine angemessene Aufwandsentschädigung festgesetzt werden.

#### § 8

##### **Zusammensetzung der Verbandsversammlung**

(1) Die Verbandsversammlung besteht aus einem Vertreter eines jeden Verbandsmitgliedes. Die Städte und Gemeinden werden in der Verbandsversammlung durch den Ober-/Bürgermeister vertreten, sofern nicht auf dessen Vorschlag das Hauptorgan des Verbandsmitgliedes einen anderen leitenden Bediensteten zum Vertreter wählt.

(2) Jedes Verbandsmitglied kann seine Stimmen nur einheitlich abgeben. Die Vertreter der Verbandsmitglieder in der Verbandsversammlung werden im Verhinderungsfall durch ihren allgemeinen Stellvertreter vertreten, soweit sie nicht einen Bediensteten gemäß § 59 Abs. 1 SächsGemO mit ihrer Vertretung beauftragen.

(3) Die Mitgliedschaft in der Verbandsversammlung erlischt mit dem Ausscheiden der gesetzlichen Vertreter aus

ihrem Amt. Die gesetzlichen Vertreter üben ihr Amt bis zum Amtsantritt der neuen Vertreter aus. Die Mitgliedschaft eines Vertreters nach § 8 Abs. 2, 2. Halbsatz erlischt mit seiner Abwahl durch das Hauptorgan des Verbandsmitgliedes oder mit seinem Ausscheiden aus dem Dienst- oder Arbeitsverhältnis. In diesem Fall wird der gesetzliche Vertreter des Verbandsmitgliedes Mitglied der Verbandsversammlung.

## § 9

### Zuständigkeit und Beschlussfassung der Verbandsversammlung

(1) Die Verbandsversammlung legt als Hauptorgan des Verbandes die Grundsätze für dessen Tätigkeit fest. Sie entscheidet über die durch Gesetz und diese Satzung zugewiesenen Angelegenheiten.

(2) Die Verbandsversammlung beschließt insbesondere über:

1. Änderung der Verbandssatzung, Erlass, Änderung und Aufhebung von sonstigen Satzungen,
2. Feststellung der Jahresabschlüsse,
3. Wahl des Verbandsvorsitzenden und seines Stellvertreters,
4. Festlegung des Umlagemaßstabes gemäß § 5 Abs. 2,
5. Abschluss von Rechtsgeschäften aller Art, die für den Verband Verpflichtungen von mehr als 75.000 EUR mit sich bringen, insbesondere kaufmännische und technische Geschäftsführungsverträge sowie Führung eines Rechtsstreites, Abschluss eines Vergleiches oder Verzicht auf Ansprüche im Wert von mehr als 15.000 EUR,
6. die Verfügung über Vermögen des Verbandes, den Erwerb, die Veräußerung und dingliche Belastung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten im Wert von mehr als 75.000 EUR,
7. Bestellung von Sicherheiten, Übernahme von Bürgschaften und Verpflichtung aus Gewährverträgen und Abschluss der ihnen wirtschaftlich gleichkommenden Rechtsgeschäften im Wert von mehr als 75.000 EUR,
8. Stundung, Niederschlagung und Erlass von Abgaben und Forderungen ab einer Höhe von mehr als 10.000 EUR,
9. Einstellung, Vergütung, Höhengruppierung und Entlassung des Geschäftsführers sowie weiterer Bediensteter im Einvernehmen mit den Verbandsvorsitzenden ab der Entgeltgruppe 11 TVöD; kommt es zu keinem Einvernehmen, entscheidet die Verbandsversammlung mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Stimmen,
10. die Übernahme von Aufgaben der Abwasserbeseitigung nach § 3 Abs. 2 und 5,
11. weitere in der Verbandssatzung festgelegte Maßnahmen,
12. den Beitritt weiterer Mitglieder und das Ausscheiden von Mitgliedern,
13. sonstige Angelegenheiten, die ihr wegen der besonderen Bedeutung für den Verband vom Verbandsvorsitzenden vorgelegt werden oder deren Vorlage sie verlangt.

(3) Die Verbandsversammlung ist mindestens zweimal jährlich einzuberufen. Sie muss außerdem unverzüglich einberufen werden, wenn die Geschäftslage es erfordert oder ein Fünftel der Gesamtstimmzahl es verlangt.

(4) Die Verbandsversammlung ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Gesamtstimmzahl der Verbandsmitglieder und mindestens drei Verbandsmitglieder anwesend sind. Die Verbandsversammlung stimmt in der Regel offen ab, sie kann aus wichtigem Grund geheime Abstimmung beschließen. Die Beschlüsse werden mit Stimmenmehrheit gefasst, soweit nicht Verbandssatzung oder das Sächsische

Gesetz über kommunale Zusammenarbeit insbesondere eine andere Stimmenmehrheit festlegen. Bei Stimmengleichheit ist der Antrag abgelehnt. Stimmenenthaltungen werden für die Ermittlung der Stimmenmehrheit nicht berücksichtigt. Wahlen werden geheim mit Stimmzetteln vorgenommen; es kann offen gewählt werden, wenn kein Verbandsmitglied widerspricht. Gewählt ist, wer die Mehrheit der Stimmen der anwesenden Stimmberechtigten erhalten hat. Wird eine solche Mehrheit bei der Wahl nicht erreicht, findet zwischen den beiden Bewerbern mit den meisten Stimmen eine Stichwahl statt, bei der die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen entscheidet. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los. Steht nur ein Bewerber zur Wahl, findet im Falle des Satzes 8 ein zweiter Wahlgang statt, bei dem die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen ausreicht.

(5) Die Verbandsversammlung wird durch den Verbandsvorsitzenden schriftlich einberufen. Die Einladung muss Tagungszeit, Tagungsort und die Beratungsgegenstände angeben und den Verbandsmitgliedern spätestens eine Woche vor der Sitzung zugehen. Mit der Einladung ist mitzuteilen, welche Tagesordnungspunkte öffentlich beraten werden. Dabei sind die für die Beratung erforderlichen Unterlagen beizufügen, soweit nicht das öffentliche Wohl oder berechnete Interessen Einzelner entgegenstehen.

(6) Über Gegenstände einfacher Art und geringer Bedeutung kann im schriftlichen oder elektronischen Verfahren beschlossen werden; ein hierbei gestellter Antrag ist angenommen, wenn kein Verbandsmitglied widerspricht.

(7) In Ausnahmefällen, die durch Naturkatastrophen, aus Gründen des Infektionsschutzes oder sonstigen außergewöhnlichen Notsituationen entstehen, können Sitzungen der Verbandsversammlung ohne persönliche Anwesenheit der Mitglieder im Sitzungsraum durchgeführt werden, sofern eine Beratung und Beschlussfassung durch zeitgleiche Übertragung von Bild und Ton mittels geeigneter technischer Hilfsmittel, insbesondere in Form einer Videokonferenz, möglich ist. Bei öffentlichen Sitzungen nach Satz 1 muss eine unmittelbare Übertragung von Bild und Ton an einen öffentlich zugänglichen Ort erfolgen. § 36a SächsGemO gilt entsprechend.

## § 10

### Der Verbandsvorsitzende

(1) Die Verbandsversammlung wählt aus ihrer Mitte den Verbandsvorsitzenden und seinen Stellvertreter. Der Verbandsvorsitzende ist Vorsitzender der Verbandsversammlung, Leiter der Verwaltung, Vorgesetzter der Verbandsbediensteten und vertritt den Verband. Er erledigt in eigener Zuständigkeit die Geschäfte der laufenden Verwaltung und die ihm sonst durch Rechtsvorschrift, diese Satzung oder von der Verbandsversammlung übertragenen Aufgaben.

(2) Der Verbandsvorsitzende und sein Stellvertreter werden für die Dauer von fünf Jahren, sofern sie Inhaber eines kommunalen Wahlamtes eines Verbandsmitgliedes sind, für die Dauer ihres kommunalen Wahlamtes, gewählt. Eine Wiederwahl ist möglich. Sie üben ihr Amt nach Ablauf der Zeit, für die sie gewählt sind, bis zum Amtsantritt ihres Nachfolgers als gesetzlichem Vertreter des Verbandsmitgliedes weiter aus. Vertreter eines Verbandsmitgliedes nach § 8 Abs. 1 Satz 2 2. Halbsatz, die Verbandsvorsitzender oder stellvertretender Vorsitzender sind, scheiden durch Abwahl durch das Hauptorgan des Verbandsmitgliedes oder durch Beendigung ihres Arbeits- oder Dienstverhältnisses zum Verbandsmitglied als Verbandsvorsitzender oder stellvertretender Verbandsvorsitzender aus. In diesem Fall ist unverzüglich eine Neuwahl durchzuführen.

(3) Der Verbandsvorsitzende bereitet die Sitzungen der Versammlungen vor. Er leitet diese, vollzieht die Beschlüsse und führt die ihm übertragenen Aufgaben durch. Er ist insbesondere zuständig für:

1. Personalangelegenheiten, soweit nicht die Versammlung zu entscheiden hat,
2. Angelegenheiten unterhalb der in § 9 Abs. 2 Nrn. 5 bis 8 genannten Wertgrenzen und
3. die Aufnahme und Umschuldung von Krediten und Darlehen als auch die Aufnahme äußerer Kassenkredite im Rahmen der Festsetzung des jeweiligen Höchstbetrages innerhalb der Haushaltssatzung.

(4) In dringenden Angelegenheiten, deren Erledigung nicht bis zu einer ohne Frist und formlos einberufenen Sitzung der Versammlung aufgeschoben werden kann, entscheidet der Verbandsvorsitzende anstelle der Versammlung. Die Gründe für die Eilentscheidung und die Art der Erledigung sind der Versammlung in der nächsten Sitzung mitzuteilen.

#### **§ 11 Bedienstete**

Der Verband hat hauptamtliche Bedienstete.

### **III. Wirtschaftsführung und Aufwandsdeckung**

#### **§ 12 Wirtschaftsführung**

Für die Wirtschafts- und Haushaltsführung des Zweckverbandes gelten die Vorschriften über die Gemeindegewirtschaft entsprechend § 58 Abs. 1 SächsKomZG.

#### **§ 13 Deckung des Finanzbedarfes**

(1) Der Finanzbedarf des Verbandes wird durch Entgelte, Gebühren, sonstige Erträge, Zuwendungen und Kredite gedeckt. Die Entgelthoheit verbleibt bei den Verbandsgliedern.

(2) Soweit seine Erträge und Einzahlungen nach Abs. 1 zur Deckung des Finanzbedarfes aus laufender Verbandstätigkeit nicht ausreichen, erhebt der Verband von seinen Mitgliedern eine Umlage zum Ausgleich des Ergebnishaushaltes (Betriebskostenumlage).

(3) Soweit seine Einzahlungen nach Abs. 1 zur Deckung des Finanzbedarfes aus der Investitionstätigkeit nicht ausreichen, erhebt der Verband von seinen Mitgliedern eine Umlage zum Ausgleich des Finanzhaushaltes (Investitionskostenumlage).

(4) Die Höhe der Umlagen wird für jedes Haushaltsjahr in der Haushaltssatzung festgesetzt. Sie soll getrennt für den Ergebnishaushalt und den Finanzhaushalt festgesetzt werden. Die Umlagen sind mit Bescheid festzusetzen und einen Monat nach Bekanntgabe zur Zahlung fällig.

(5) Vom Verband für einzelne Verbandsglieder gem. § 3 Abs. 2 erbrachte Sonderleistungen sind von diesen kostendeckend zu vergüten und vertraglich zu vereinbaren. Die Höhe der Vergütung beschließt die Versammlung.

#### **§ 14 Betriebskostenumlage**

(1) Die nicht anderweitig gedeckten Aufwendungen des Ergebnishaushaltes werden durch eine Betriebskostenumlage aufgebracht.

(2) Für die Umlage können zum 15.02., 15.05., 15.08. und 15.11. des Haushaltsjahres Vorauszahlungen von den Verbandsgliedern durch schriftliche Vorauszahlungsbescheide erhoben werden. Liegt zum Zeitpunkt des Anforderens der Umlage kein rechtswirksamer Haushaltsplan vor, ist der Zweckverband berechtigt, Vorauszahlungen bis zu einer Höhe von drei Vierteln des Umlagebetrages des Vorjahres anzufordern. Die Vorauszahlungen werden mit den tatsächlichen Umlagen verrechnet. Rückständige Umlagen- und Vorauszahlungsanforderungen sind mit zwei Prozent über dem jeweiligen Basiszinssatz nach § 247 des Bürgerlichen Gesetzbuchs in der jeweils geltenden Fassung zu verzinsen.

(3) Der Umlagemaßstab ergibt sich aus § 5 Abs. 2 dieser Satzung.

#### **§ 15 Investitionskostenumlage**

Die nicht anderweitig gedeckten Auszahlungen für Investitionstätigkeit des Finanzhaushaltes werden durch eine Investitionskostenumlage aufgebracht. Die Höhe der Umlage bestimmt sich auf Grundlage des ungedeckten Finanzbedarfes im Finanzhaushalt, welcher sich aus der Differenz des Finanzbedarfes aus der Investitionstätigkeit und den Überschüssen aus Verwaltungstätigkeit und Finanzierungstätigkeit ergibt. § 14 Abs. 2 und 3 gelten entsprechend.

#### **§ 16 Prüfungswesen**

Der Verband bedient sich zur Gewährleistung seines Prüfungswesens gemäß § 59 SächsKomZG eines Wirtschaftsprüfers oder des Rechnungsprüfungsamtes eines Verbandsgliedes. Über die Beauftragung entscheidet die Versammlung.

### **IV. Sonstiges**

#### **§ 17 Satzungsänderungen**

(1) Änderungen der Verbandssatzung werden von der Versammlung mit einer Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der Stimmen aller Vertreter in der Versammlung beschlossen. § 6 Abs. 1 dieser Satzung bleibt unberührt.

(2) Anträge auf Satzungsänderungen müssen schriftlich beim Verbandsvorsitzenden eingereicht und begründet werden.

#### **§ 18 Auflösung des Verbandes**

(1) Die Auflösung des Verbandes kann von der Versammlung nur mit einer Mehrheit von drei Vierteln ihrer satzungsmäßigen Stimmenzahl beschlossen werden. Öffentlich-rechtliche Genehmigungserfordernisse bleiben unberührt.



(2) Im Falle der Auflösung ohne Gesamtrechtsnachfolger werden verbleibende Verbindlichkeiten und noch vorhandenes Verbandsvermögen an die Verbandsmitglieder aufgeteilt, die dem Verband bei der Beschlussfassung über die Auflösung angehören. Die Aufteilung ist grundsätzlich entsprechend dem Umlagemaßstab (§ 5 Abs. 1) zur Zeit der Beschlussfassung über die Auflösung und nach näherer Abstimmung der Verbandsversammlung vorzunehmen.

### § 19

#### **Öffentliche Bekanntmachung und ortsübliche Bekanntgabe**

(1) Die öffentlichen Bekanntmachungen erfolgen im WochenKurier Ausgabe Riesa und Meißen. Als maßgeblicher Tag der Bekanntmachung gilt der Erscheinungstag in der jeweiligen Ausgabe.

(2) Ortsübliche Bekanntgaben werden auf der Homepage [www.zvabwasserriesa.de](http://www.zvabwasserriesa.de) des Verbandes veröffentlicht.

(3) Die öffentliche Auslegung erfolgt in den Geschäftsräumen am Sitz des Verbandes.

### § 20

#### **Ersatzbekanntmachung**

Sind Pläne oder zeichnerische Darstellungen, insbesondere Karten, Bestandteil einer Satzung, so kann die öffentliche Bekanntmachung dieser Teile dadurch ersetzt werden, dass

1. ihr wesentlicher Inhalt in der Satzung mit Worten umschrieben wird,
2. in den Geschäftsräumen des Verbandes zur kostenlosen Einsicht durch jedermann wöchentlich mindestens zwanzig Stunden während der Dienstzeiten für die

Dauer von mindestens zwei Wochen niedergelegt werden und

3. hierauf bei der Bekanntmachung der Satzung hingewiesen wird.

### § 21

#### **Notbekanntmachung**

Ist eine rechtzeitige Bekanntmachung in der nach § 19 und § 20 vorgeschriebenen Form nicht möglich, erfolgt die öffentliche Bekanntmachung durch Aushang an der Bekanntmachungstafel im Rathaus der Großen Kreisstadt Riesa, Rathausplatz 1 in 01589 Riesa. Die Bekanntmachung ist unverzüglich nach Wegfall des Hindernisses in der vorgeschriebenen Form gemäß §§ 19, 20 zu wiederholen, wenn sie nicht durch Zeitablauf gegenstandslos geworden ist.

### § 22

#### **Übergangsregelung und In-Kraft-Treten**

(1) Abweichend von § 5 Abs. 2 Satz 3 dieser Satzung erfolgt die Festlegung des Umlagemaßstabes für das Haushaltsjahr 2024 bis zum 31.12.2023 auf der Basis des Anteils des Trinkwasserverbrauchs des jeweiligen Verbandsmitgliedes im Verhältnis zum Trinkwasserverbrauch des gesamten Verbandsgebietes des Kalenderjahres 2022 durch Beschluss der Verbandsversammlung.

(2) Diese Satzung tritt, mit Ausnahme der §§ 13 Abs. 2 und Abs. 3, 14 und 15, am Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung und der öffentlichen Bekanntmachung der Genehmigung durch die Rechtsaufsichtsbehörde in Kraft. Gleichzeitig tritt die Verbandssatzung vom 10. Oktober 2005 in ihrer zuletzt gültigen Fassung, mit Ausnahme der §§ 13 Abs. 2 und Abs. 3, 14 und 15 außer Kraft. Die §§ 13 Abs. 2 und Abs. 3, 14 und 15 treten zum 01.01.2024 in Kraft. Gleichzeitig treten die §§ 13 Abs. 2 und Abs. 3, 14 und 15 der Verbandssatzung vom 10. Oktober 2005 außer Kraft.

Riesa, den 23.10.2023

Marco Müller  
Verbandsvorsitzender

#### **Hinweis nach § 4 Absatz 4 der Sächsischen Gemeindeordnung:**

Gemäß § 4 Absatz 4 Sächsische Gemeindeordnung gelten Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften zustande gekommen ist, ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen. Dies gilt nicht, wenn

1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgte,
2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,

3. der Verbandsvorsitzende dem Beschluss nach § 52 Absatz 2 der Sächsischen Gemeindeordnung wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat,
4. vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist
  - a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
  - b) die Verletzung der Verfahrens- und Formvorschrift gegenüber dem Zweckverband unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach Satz 2 Nummer 3 oder 4 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.

# **Bekanntmachung des Landratsamtes Sächsische Schweiz-Osterzgebirge über die Genehmigung der Neufassung der Gemeinschaftsvereinbarung der Verwaltungsgemeinschaft zwischen der Stadt Dohna (erfüllende Gemeinde) und der Gemeinde Müglitztal (beteiligte Gemeinde)**

**Vom 1. Dezember 2023**

Das Landratsamt Sächsische Schweiz-Osterzgebirge hat mit Bescheid vom 16. November 2023 die Neufassung der Gemeinschaftsvereinbarung der Verwaltungsgemeinschaft zwischen der Stadt Dohna (erfüllende Gemeinde) und der Gemeinde Müglitztal (beteiligte Gemeinde) vom 1. November 2023 auf der Grundlage der §§ 38 Absatz 1 und 74 Absatz 1 Nummer 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), das durch

Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134) geändert worden ist, rechtsaufsichtlich genehmigt. Die Genehmigung ist bestandskräftig. Gemäß § 38 Absatz 1 in Verbindung mit § 13 Absatz 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit werden hiermit die Genehmigung und die Neufassung der Gemeinschaftsvereinbarung öffentlich bekannt gemacht. Die Neufassung der Gemeinschaftsvereinbarung tritt am Tag nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Pirna, den 1. Dezember 2023

Landratsamt Sächsische Schweiz-Osterzgebirge  
M. Geisler  
Landrat

## **Neufassung der Gemeinschaftsvereinbarung zur Verwaltungsgemeinschaft Dohna-Müglitztal**

zwischen  
der Stadt Dohna,  
vertreten durch ihren Bürgermeister, Herrn Dr. Ralf Müller,  
  
und  
  
der Gemeinde Müglitztal,  
vertreten durch ihren Bürgermeister, Herrn Michael Neumann.

Ziel ist es, durch eine gemeinsame Organisationsform den Herausforderungen stetig steigender Verwaltungsaufgaben bei gleichzeitigem Sinken der zur Verfügung stehenden öffentlichen Mittel wirksam zu begegnen, dem Wohl und der gesicherten Versorgung der Bürger durch zuverlässige Bewältigung der Aufgaben zu dienen und dabei die wirtschaftliche, kulturelle, demokratische und rechtliche Identität der beteiligten Kommunen zu erhalten.

### **Präambel:**

Die Stadt Dohna und die Gemeinde Müglitztal vereinbaren die nachfolgende Neufassung der Gemeinschaftsvereinbarung in Fortschreibung der Gemeinschaftsvereinbarung vom 24.11.1999 auf den Grundlagen der §§ 36, 37 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15.04.2019 (SächsGVBl. S. 270), geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 09.02.2022 (SächsGVBl. S. 134) und des Gemeindegebietsreformgesetzes Oberes Elbtal/Osterzgebirge vom 28.10.1998 (SächsGVBl. 562, geändert durch Artikel 29 des Gesetzes vom 05.05.2004 SächsGVBl. 148). Der Verwaltungsgemeinschaftsausschuss hat am 04.10.2023 mit Beschluss VGA 040/05/2023 die Neufassung der Gemeinschaftsvereinbarung beschlossen.

### **§ 1**

#### **Mitgliedsgemeinden der Verwaltungsgemeinschaft Dohna-Müglitztal**

(1) Die Stadt Dohna und die Gemeinde Müglitztal bilden eine Verwaltungsgemeinschaft, der die Stadt Dohna als erfüllende Gemeinde, die Gemeinde Müglitztal als Mitgliedsgemeinde angehören.

(2) Die Stadt Dohna erfüllt für die Gemeinde Müglitztal nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen die Aufgaben einer Verwaltungsgemeinschaft.

(3) Die Verwaltungsgemeinschaft trägt den Namen „Verwaltungsgemeinschaft Dohna-Müglitztal“.

## § 2

**Übergang von Aufgaben auf die erfüllende Gemeinde – Stadt Dohna**

(1) Auf die Stadt Dohna gehen nach § 36 Abs. 3 in Verbindung mit § 7 Abs. 1 SächsKomZG folgende Aufgaben der Gemeinde Müglitztal über:

1. die Weisungsaufgaben einschließlich des Erlasses von dazu erforderlichen Satzungen und Rechtsverordnungen.

Dies sind insbesondere:

- 1.1. Aufgaben der Meldebehörde
- 1.2. Personenstandswesen
- 1.3. Passwesen
- 1.4. Vollzug der Gewerbeordnung
- 1.5. Vollzug des Gaststättengesetzes
- 1.6. Statistiken
- 1.7. Allgemeine Gefahrenabwehr – Ordnungsbehördliche Aufgaben Ortspolizeibehörde
- 1.8. Sterbefälle ohne Angehörige – Aufgaben der Ortspolizeibehörde
- 1.9. Ordnungswidrigkeiten Melderecht
- 1.10. Ordnungswidrigkeiten Vollzugsdienst
- 1.11. Verkehrsrechtliche Anordnungen

2. die Aufgaben der vorbereitenden Bauleitplanung.

(2) Darüber hinaus kann die Gemeinde Müglitztal der Stadt Dohna nach § 36 Abs. 3 in Verbindung mit § 7 Abs. 2 SächsKomZG weitere Aufgaben durch einen öffentlich-rechtlichen Vertrag übertragen. Der öffentlich-rechtliche Vertrag wird erst mit der Änderung der Gemeinschaftsvereinbarung wirksam. Hinsichtlich der Rückübertragung dieser weiteren, übertragenen Aufgaben wird auf § 7 Abs. 2 Satz 3 bis 6 SächsKomZG verwiesen.

(3) Soweit die Stadt Dohna Aufgaben nach Abs. 1 und 2 übernimmt, wird sie im eigenen Namen tätig.

## § 3

**Erledigung von Aufgaben durch die erfüllende Gemeinde – Stadt Dohna**

(1) Die Stadt Dohna erledigt nach § 36 Abs. 3 in Verbindung mit § 8 Abs. 1 SächsKomZG folgende Aufgaben der Gemeinde Müglitztal nach deren Weisung:

- a) Vorbereitung und Vollzug der Beschlüsse der Mitgliedsgemeinden,
- b) Besorgung der Geschäfte, die für die Gemeinde Müglitztal keine grundsätzliche Bedeutung haben und keine erheblichen Verpflichtungen erwarten lassen (Geschäfte der laufenden Verwaltung),  
Geschäfte der laufenden Verwaltung, welche von der Stadt Dohna erledigt werden, sind insbesondere im:

**Fachbereich Finanzen:**

- Haushaltsplanung und Überwachung des Haushaltsverzuges, gemeindegewirtschaftliche Berichtspflichten durch Statistiken, erstellen der Jahresabschlüsse
- die Abwicklung des Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesens
- die Einrichtung und Führung der Kassengeschäfte
- die Erstellung von Finanzierungsplänen
- Durchführung von Verwaltungsvollstreckungsverfahren
- Heranziehung zu Gemeindeabgaben (Steuern)
- Organisation der örtlichen Rechnungsprüfung
- die Verwaltung der Kommunalbeteiligung (z.B.: Erstellung des Beteiligungsberichts)
- die Verwaltung von Fördermitteln

- Bearbeitung der Steuerangelegenheiten (Gemeinde als Steuerschuldner)

**Fachbereich allgemeine Verwaltung und Bau:****Allgemeine Verwaltung:**

- Organisation, Durchführung und Abrechnung der Bundestags-, Landtags-, Europa-, Bürgermeister-, Landrats- und Kommunalwahl
- Allgemeine Verwaltungstätigkeit (Erlass von Verwaltungsakten, Erteilung von Auskünften und Hinweisen)
- Umsetzung der interkommunalen Zusammenarbeit der beiden Bauhöfe
- Erledigung der Verwaltungsangelegenheiten im Bereich des Brand- und Katastrophenschutzes einschließlich Mitglieder der Feuerwehr (Kameraden)
- die Verwaltung der kommunalen Straßen, Wege & Plätze (Straßenbestandsverzeichnis)
- Erteilung von Sondernutzungserlaubnissen

**Bau:**

- Zuordnung von Hausnummern
- Allgemeine Bauverwaltungsangelegenheiten, ausgenommen Bauhof
- Unterhaltung, Planung, Bauleitung und örtliche Bauaufsicht bei Vorhaben des Hochbaus (nur öffentliche Gebäude: Schule, Turnhalle, Kita, Feuerwehr) und Tiefbaus (Abwasser und Straßen, Gewässer)
- Erledigungen der Verwaltungsangelegenheiten im Bereich des Brand- und Katastrophenschutzes einschließlich Mitglieder der Feuerwehr (Kameraden)
- Verwaltungsaufgabe bei der verbindlichen Bauleitplanung
- Erschließung von Baugebieten
- Die Verwaltung von Straßen, Wegen, Plätzen (Straßenbestandsverzeichnis)
- Erteilung von Sondernutzungserlaubnissen
- Kontroll- und Aufsichtspflichten der Straßenbeleuchtung
- Pflicht zur Abwasserbeseitigung, Anschluss- und Benutzungszwang für Schmutz- und Regenwasser
- Verkehrslenkung, Verkehrsplanung, Verkehrssicherung
- Natur- und Landschaftspflege (Aufstellung von Landschafts- und Grünordnungsplänen)

**Fachbereich Zentrale Dienste und Soziales:**

- Bearbeitung von Personalangelegenheiten
- Führung der Personalakten
- Gehaltsabrechnung
- Verwaltungsaufgaben entsprechend dem Sächsischen Kindertagesstättengesetz und dem Schulgesetz des Freistaates Sachsen einschließlich Tagespflege
- Zusammenarbeit mit freien und öffentlichen Trägern der Sozialhilfe/ Jugendhilfe
- Abschluss von Dienst- und Werkverträgen des alltäglichen Verkehrs für kommunale Kindertageseinrichtungen und Schule (Instandhaltungsarbeiten, usw.)
- Erstellung des gemeinsamen Amtsblattes (Lokalanzeiger der Stadt Dohna und der Gemeinde Müglitztal)
- E-Government
- Unterhaltung Kommunalarchiv
- Datenschutz für Aufgaben, welche durch die Stadt Dohna im Rahmen der Verwaltungsgemeinschaft für die Gemeinde Müglitztal bearbeitet werden (Auftragsverarbeitungsvertrag- externer Datenschutzbeauftragter)
- Übernahme der Aufgabe des Informationssicherheitsbeauftragten gemäß § 8 Abs. 1 Satz 5 Sächsisches Informationssicherheitsgesetz

**alle Bereiche:**

- statistische Erhebung
  - Erstellung von Satzungsentwürfen und Rechtsverordnungen zu übertragenen Aufgaben
  - die Beantragung von Fördermitteln sowie deren Abrechnung und das Führen von Verwendungsnachweisen für übertragene Aufgaben
  - Erhebung von Verwaltungsgebühren
  - Erstellung von Abhilfebescheiden, Entscheidung über Widersprüche von Bürgern gegen Verwaltungsakte der Gemeinde (vorbehaltlich der Beantragung der Gemeinde Müglitztal gemäß § 27 Abs. 2 Sächs. Justitzgesetz)
- c) Vertretung der Gemeinde Müglitztal in gerichtlichen Verfahren und förmlichen Verwaltungsverfahren, soweit die Verwaltungsgemeinschaft nicht selbst Beteiligte ist.

(2) Die Gemeinde Müglitztal kann der Stadt Dohna durch öffentlich-rechtlichen Vertrag die Erledigung weiterer Aufgaben gemäß § 36 Abs. 3 in Verbindung mit § 8 Abs. 2 SächsKomZG übertragen. Die Bestimmungen des § 7 Abs. 2 Satz 2 bis 6 SächsKomZG gelten entsprechend.

(3) Die Stadt Dohna wird bei Erledigung der Aufgaben nach Abs. 1 und 2 im Namen der Gemeinde Müglitztal tätig.

**§ 4****Aufgabenerledigungen durch die Gemeinde Müglitztal**

Die Gemeinde Müglitztal erledigt weiterhin die Aufgaben im Bereich des Bauhofes, der Verwaltung gemeindeneigener Wohnungen und Liegenschaften sowie der Grundschule Mühlbach (Schulsekretärin). Der Bürgermeister der Gemeinde Müglitztal informiert den Bürgermeister der Stadt Dohna über alle für die Verwaltungsgemeinschaft relevanten Sachverhalte.

**§ 5****Bildung und Verfahren des Gemeinschaftsausschusses**

(1) Die Stadt Dohna bildet zusammen mit der Gemeinde Müglitztal einen Gemeinschaftsausschuss. Der Gemeinschaftsausschuss besteht aus den Bürgermeistern der beteiligten Kommunen Dohna und Müglitztal sowie weiteren Vertretern, die von der Stadt Dohna und der Gemeinde Müglitztal in den Gemeinschaftsausschuss entsandt werden. Die Mitglieder des Ausschusses sind ausschließlich Stadträte/Gemeinderäte.

Es entsenden:

die Stadt Dohna                      3 weitere Vertreter und  
die Gemeinde Müglitztal        2 weitere Vertreter.

Für jeden weiteren Vertreter ist ein Stellvertreter zu wählen, der diesen im Falle seiner Verhinderung vertritt.

(2) Die Vertreter der Stadt bzw. Gemeinde können im Gemeinschaftsausschuss gemäß § 16 Absatz 1 SächsKomZG nur einheitlich abstimmen. Der Stadtrat/Gemeinderat kann den Vertretern ihrer Gemeinde im Gemeinschaftsausschuss Weisungen erteilen.

(3) Den Vorsitz im Gemeinschaftsausschuss führt der Gemeinschaftsvorsitzende. Gemeinschaftsvorsitzender ist der Bürgermeister der Stadt Dohna. Für den Fall der Verhinderung ist der Bürgermeister der Gemeinde Müglitztal, ist dieser verhindert, das älteste Mitglied des Ausschusses Stellvertreter.

**§ 6****Aufgaben des Gemeinschaftsausschusses**

(1) Soweit die Stadt Dohna anstelle oder für die Gemeinde Müglitztal Aufgaben wahrnimmt, entscheidet anstelle des Stadtrates der Stadt Dohna der Gemeinschaftsausschuss, es sei denn, dass der Bürgermeister der Stadt Dohna kraft Gesetzes zuständig ist oder dass ihm der Gemeinschaftsausschuss bestimmte Aufgaben zur dauernden Wahrnehmung übertragen hat. Die Entscheidungsbefugnisse der Gemeinde Müglitztal in eigenen Angelegenheiten bleiben hiervon unberührt.

(2) Der Gemeinschaftsausschuss entscheidet nicht über den Haushalt der Vertragsparteien. Diese haben den Finanzbedarf der Verwaltungsgemeinschaft nach Maßgabe des § 10 zu gewährleisten.

**§ 7****Form der öffentlichen Bekanntmachung**

Öffentliche Bekanntmachungen der Verwaltungsgemeinschaft erfolgen in der Stadt Dohna sowie in der Gemeinde Müglitztal jeweils in der Form, die die Satzung über die Form der öffentlichen Bekanntmachung festgelegt hat.

**§ 8****Deckung des Finanzbedarfs (§§ 42, 25 SächsKomZG)**

(1) Die Stadt Dohna als erfüllende Gemeinde erhebt zur Wahrnehmung der Aufgaben im Zusammenhang mit der Verwaltungsgemeinschaft von der Gemeinde Müglitztal eine Umlage. Alle aufgrund dieser Gemeinschaftsvereinbarung entstehenden Kosten der Stadt Dohna, die im Rahmen der Verwaltungsgemeinschaft für die Gemeinde Müglitztal erledigt oder durch die Gemeinde Müglitztal veranlasst werden, trägt die Gemeinde Müglitztal. Für die Berechnung der Umlage ist die vom statistischen Landesamt zum 30. Juni des Vorjahres fortgeschriebene Einwohnerzahl maßgebend.

(2) Der Gesamtbetrag der Umlage ist in der Haushaltsatzung für jedes Haushaltsjahr und zwar getrennt für den Ergebnishaushalt und den Finanzhaushalt festzusetzen. Gegenüber der Gemeinde Müglitztal erfolgt die Festsetzung im Einzelnen durch Bescheid.

(3) Ist der Umlagesatz bei Beginn des Haushaltsjahres noch nicht festgesetzt oder sind die endgültigen Umlagegrundlagen noch nicht bekannt, kann die Stadt Dohna vorläufig Teilbeträge wie im abgelaufenen Haushaltsjahr erheben. Diese Teilbeträge sind monatlich zum 15. des Monats fällig. Nach der Festsetzung des Umlagesatzes und endgültiger Bekanntmachung der Umlagegrundlagen für das laufende Haushaltsjahr findet die Verrechnung auf der Grundlage der endgültigen Festsetzung der jeweiligen Umlageforderung statt.

(4) Die Stadt Dohna kann für rückständige Beträge Verzugszinsen in Höhe von 2 v. H. über dem jeweiligen Diskontsatz verlangen.

(5) Der Ersatz von Auszahlungen für die Wahrnehmung der von der Gemeinde Müglitztal gemäß §§ 2 Abs. 2 und 3 Abs. 3 dieser Gemeinschaftsvereinbarung übertragenen Aufgaben bleibt der besonderen Regelung in einem öffentlich-rechtlichen Vertrag vorbehalten.

(6) Soweit Aufgaben kraft Gesetzes oder kraft Übertragung auf die Stadt Dohna übergehen (§ 2 dieser Gemein-

schaftsvereinbarung), geht das Recht, Entgelte von den Benutzern einer Einrichtung zu erheben, auf die Stadt Dohna über.

(7) Das Recht zur Erhebung von eigenen Steuern für die Gemeinde Müglitztal steht der Stadt Dohna nicht zu.

#### **§ 8a**

##### **Ermittlung des ungedeckten Finanzbedarfes**

(1) Die innerhalb der Verwaltungsgemeinschaft zu erbringenden Aufgaben werden durch die Stadt Dohna in einzelnen Produkten nachgewiesen, für die im Finanzhaushalt der Stadt Dohna Einzahlung und Auszahlungen zu veranschlagen sind. Der ungedeckte Finanzbedarf ergibt sich insoweit insgesamt und unmittelbar aus dem anteiligen veranschlagten Finanzierungsmittelbedarf. Der auf die Gemeinde Müglitztal entfallende Anteil ergibt sich aus dem Verhältnis der Einwohnerzahl, wobei hier auch die Einwohner der Stadt Dohna zu berücksichtigen sind. Soweit Leistungen durch die Stadt Dohna ausschließlich für die Gemeinde Müglitztal erbracht werden, erfolgt keine Aufteilung. Diese Leistungen werden über ein gesondertes Budget nur der Gemeinde Müglitztal zugerechnet.

(2) Der in den Teilfinanzhaushalten insgesamt ausgewiesene anteilige Finanzierungsmittelbedarf ist Grundlage für die Festsetzung der Umlage für den Finanzhaushalt in der Haushaltssatzung der Stadt Dohna. Soweit der Finanzierungsmittelbedarf der laufenden Verwaltungstätigkeit zuzuordnen ist, ist er gleichzeitig Grundlage für die Festsetzung der Umlage für den Ergebnishaushalt.

(3) Darüber hinaus kann die Stadt Dohna eine Umlage im Finanzhaushalt festsetzen, soweit ein besonderer Liquiditätsbedarf besteht. Im Übrigen gelten die Bestimmungen nach § 10c dieser Gemeinschaftsvereinbarung.

#### **§ 8b**

##### **Abrechnung der Umlage**

(1) Mit der Abrechnung der Umlage werden die tatsächlichen Entwicklungen im Haushaltsjahr berücksichtigt. Ergibt sich hieraus ein Abrechnungsguthaben oder Nachzahlungsansprüche, werden diese mit der Umlage in der nächsten noch nicht aufgestellten Haushaltssatzung oder Nachtragsatzung verrechnet.

(2) Der Abrechnung der Umlage liegt der in den Teilfinanzhaushalten bezogen auf die einzelnen Produkte erzielte anteilige Finanzierungsmittelsaldo zugrunde. Der auf die Produkte entfallende Finanzierungsmittelsaldo wird auf Basis der Finanzrechnung der erfüllenden Gemeinde des Umlagejahres zum 30.03. des Folgejahres ermittelt. Der so ermittelte Finanzierungsmittelbedarf ergibt unter Anwendung der Grundsätze nach § 10a der Gemeinschaftsvereinbarung den tatsächlichen, ungedeckten Finanzbedarf der Verwaltungsgemeinschaft.

(3) Die Umlagen im Finanzhaushalt sind grundsätzlich nach dem tatsächlichen Mittelbedarf abzurechnen. Die Festlegung von Haushaltsermächtigungen obliegt dem Stadtrat der Stadt Dohna.

#### **§ 8c**

##### **Vermögen der Verwaltungsgemeinschaft**

(1) Vermögensgegenstände des Anlagevermögens erwirbt die Stadt Dohna aus Mitteln des Finanzhaushaltes. Die Gemeinde Müglitztal beteiligt sich im Rahmen einer investiven Umlage anteilig an den Kosten. Die Festlegung von Haushaltsermächtigungen obliegt dem Stadtrat der Stadt Dohna. Die Umlage ist in der Haushaltssatzung der Stadt Dohna festzusetzen. Die Zuwendung der Gemeinde Müglitztal ist in der Vermögensrechnung der Stadt Dohna als passiver Sonderposten auszuweisen und entsprechend der Wertentwicklung des bezuschussten Vermögensgegenstandes aufzulösen. Die Gemeinde Müglitztal weist hierfür einen aktiven Sonderposten aus. Das Wahlrecht nach § 36 Abs. 8 SächsKomHVO ist insoweit eingeschränkt.

(2) Die von der Stadt Dohna erworbenen Vermögensgegenstände stehen ausschließlich im Eigentum der Stadt Dohna. Die Gemeinde Müglitztal wird nicht über planmäßige Abschreibungen unter Berücksichtigung der anteiligen Auflösungen der Sonderposten an der Finanzierung der Vermögensgegenstände beteiligt.

(3) Im Falle der Aufhebung der Verwaltungsgemeinschaft verbleibt das von der Stadt Dohna erworbene Vermögen bei dieser. Lediglich die von der Gemeinde Müglitztal eingebrachten Vermögensgegenstände werden an diese übereignet, soweit eine Übereignung noch möglich ist. Soweit die Gemeinde Müglitztal zu einer investiven Zuwendung im Finanzhaushalt herangezogen wurde und die Bindungsdauer noch nicht abgelaufen ist, hat sie einen Anspruch auf anteilige Rückzahlung der Zuwendung.

#### **§ 9**

##### **Pflichten der beteiligten Kommunen**

(1) Die Stadt Dohna als erfüllende Gemeinde berät und unterstützt die Gemeinde Müglitztal bei der Erfüllung ihrer Aufgaben.

(2) Die Gemeinde Müglitztal unterstützt die Stadt Dohna als erfüllende Gemeinde bei der Durchführung ihrer Aufgaben.

#### **§ 10**

##### **Änderungen der Gemeinschaftsvereinbarung**

(1) Änderungen der Gemeinschaftsvereinbarung erfolgen durch übereinstimmende Beschlüsse der Stadträte der Stadt Dohna und der Gemeinderäte Gemeinde Müglitztal.

(2) Die Änderung der Gemeinschaftsvereinbarung bedarf der Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde. Diese entscheidet nach pflichtgemäßem Ermessen. Will die Rechtsaufsichtsbehörde die Genehmigung versagen, sind die Beteiligten vorher zu hören.

#### **§ 11**

##### **Aufhebung der Verwaltungsgemeinschaft**

(1) Die Verwaltungsgemeinschaft kann aus Gründen des öffentlichen Wohls auf Antrag einer Gemeinde mit Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde im Einvernehmen mit der obersten Rechtsaufsichtsbehörde aufgehoben werden, wenn feststeht, dass jede Mitgliedsgemeinde mit Wirksamwerden der Aufhebung in eine andere Gemeinde eingegliedert wird, sich mit einer anderen Gemeinde zu einer neuen

Gemeinde vereinigt oder noch den Anforderungen des § 3 Abs. 3 SächsKomZG entspricht. Im Übrigen gelten die Bestimmungen des § 38 SächsKomZG.

(2) Die Aufhebung kann nur zum Ende eines Haushaltsjahres durchgeführt werden.

(3) Die oberste Rechtsaufsichtsbehörde entscheidet nach pflichtgemäßem Ermessen. Will sie die Genehmigung versagen, sind die Beteiligten vorher zu hören.

## § 12 Schlussbestimmungen

(1) Die Neufassung der Gemeinschaftsvereinbarung bedarf der Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde. Die Rechtsaufsichtsbehörde entscheidet nach pflichtgemäßem Ermessen. Will sie die Genehmigung versagen, sind die

Beteiligten vorher zu hören. Die Genehmigung wird von der Rechtsaufsichtsbehörde öffentlich bekannt gemacht.

(2) Sollte eine in dieser Vereinbarung getroffene Regelung unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, berührt dies die Wirksamkeit der übrigen Regelungen nicht.

(3) Die Neufassung der Gemeinschaftsvereinbarung tritt am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung der Genehmigung und der Gemeinschaftsvereinbarung durch die Rechtsaufsichtsbehörde in Kraft. Gleichzeitig tritt die

- Gemeinschaftsvereinbarung über die Gründung der Verwaltungsgemeinschaft Dohna-Müglitztal vom 24.11.1999 außer Kraft.

(4) Je eine Ausfertigung dieser Vereinbarung erhalten

- jede beteiligte Gemeinde
- die Rechtsaufsichtsbehörde

Dohna, den 1. November 2023

Dr. Ralf Müller  
Bürgermeister

Müglitztal, den 1. November 2023

Michael Neumann  
Bürgermeister

---

## Impressum

**Herausgeber:**

Sächsische Staatskanzlei  
Archivstraße 1  
01097 Dresden  
Telefon: 0351 564 11312

**Verlag:**

SV SAXONIA Verlag  
für Recht, Wirtschaft und Kultur GmbH  
Ludwig-Hartmann-Straße 40  
01277 Dresden  
Telefon: 0351 485260  
Telefax: 0351 4852661  
E-Mail: [gvbl-abl@saxonia-verlag.de](mailto:gvbl-abl@saxonia-verlag.de)  
Internet: [www.recht-sachsen.de](http://www.recht-sachsen.de)  
Verantwortlicher Redakteur: Frank Unger

**Druck:**

Stoba-Druck GmbH  
Am Mart 16, 01561 Lampertswalde

**Redaktionsschluss:**

14. Dezember 2023

**Bezug:**

Bezug und Kundenservice erfolgen ausschließlich über den Verlag. Der Preis für ein Jahresabonnement des Sächsischen Amtsblattes beträgt 229,49 Euro (gedruckte Ausgabe zzgl. 47,08 Euro Postversand) bzw. 127,14 Euro (elektronische Ausgabe). Der Preis dieser Einzelausgabe beträgt 12,53 Euro zzgl. 3,37 Euro bei Postversand. Alle genannten Preise verstehen sich inklusive gesetzlicher Mehrwertsteuer. Das Abonnement kann ausschließlich schriftlich mit einer Frist von sechs Wochen zum Kalenderjahresende gekündigt werden.

SV SAXONIA Verlag GmbH, Ludwig-Hartmann-Str. 40, 01277 Dresden  
ZKZ 73797, PVSt +4, **Deutsche Post** 